

# RICHTIGSTELLUNGEN ZUR ZEITGESCHICHTE

## Heft 15

Dr.  
Heinrich Wendig

USA Schrittmacher der Eugenik  
Lügen über die Hitler-Jugend  
Britisches KZ auf Mauritius  
Terrorangriffe auf Paris  
Hitler und Aids  
Revision von KZ-Opferzahlen  
»Todesspritzen für Soldaten«  
Die Beneš-Dekrete  
Gefangene unter Hitler und Stalin  
Feindstaatenliste und -klauseln  
Der Fall Erich Priebke  
u. a.



GRABERT

72006 Tübingen · Postfach 1629

# ZEITGESCHICHTE BEI GRABERT

Franz Katzer

## **Das große Ringen**

Der Kampf der Sudetendeutschen  
untert Konrad Henlein  
720 S., Ln., 120 Abb. € 29.90

David L. Hoggan

## **Der erzwungene Krieg**

Die Ursachen und Urheber des  
Zweiten Weltkriegs  
16. Aufl., 936 S., Ln. € 35.50

Paul Rassinier

## **Die Jahrhundert- Provokation**

Wie Deutschland in den Zweiten  
Weltkrieg getrieben wurde  
368 S., Pb., Abb. € 18.90

Shigetoshi Wakaki

## **Hiroshima**

Die infame Maximierung eines  
Massenmordes  
208 S., kart. Sonderpreis € 5.-

David L. Hoggan

## **Meine Anmerkungen zu Deutschland**

Der anglo-amerikanische Kreuz-  
zugsgedanke im 20. Jahrhundert  
380 S., geb., Abb. € 15.30

Wolfgang Popp

## **Wehe den Besiegten!**

Versuch einer Bilanz der Folgen des  
2. Weltkrieges für das deutsche Volk  
543 S., 2. Aufl. € 17.80

Karl Höffkes

## **Deutsch-sowjetische Geheimverbindungen**

300 S., Sonderpreis € 12.50

Hans-Henning Bieg

## **Die Wurzeln des Unheils**

Zeitgeschichte ohne Mythen  
400 S., Pb. € 16.40

Peter N. Nicoll

## **Englands Krieg gegen Deutschland**

572 S., Pb., Abb. 3. Aufl. € 16.90

Ludwig Peters

## **Das Schicksal der deut- schen Kriegsgefangenen**

480 S., geb., zahl. Abb. € 12.70

Mansur Khan

## **Die geheime Geschichte der amerikanischen Kriege**

Verschwörung und Krieg in der US-  
Außenpolitik  
624 S., geb., Abb., 2. Aufl. € 25.50

Claus Nordbruch

## **Der deutsche Aderlaß**

Wiedergutmachung an Deutschland  
und Entschädigung für Deutsche  
508 S., Pb., Abb. 2. Aufl. € 17.-

Hans-Henning Bieg

## **Amerika – die unheimliche Weltmacht**

376 S., Pb. € 16.-

GRABERT-VERLAG-TÜBINGEN

**Dr. Heinrich Wendig**

# **RICHTIGSTELLUNGEN ZUR ZEITGESCHICHTE**

## **Heft 15**

**Lügen über Hitler-Jugend. Juden-KZ auf Mauritius  
1940–45. Terrorangriffe auf Paris. Revision von KZ-  
Opferzahlen. Die Beneš-Dekrete. Der Fall Priebke  
u.a.**

**Aus dem Institut für  
deutsche Nachkriegsgeschichte (IdN)**



**GRABERT – VERLAG – TÜBINGEN**

CIP-Titelaufnahme der deutschen Bibliothek

**Wendig, Heinrich:**

Richtigstellungen zur Zeitgeschichte/Heinrich Wendig, Heft 15. –  
Tübingen : Grabert

Aus dem Institut für deutsche Nachkriegsgeschichte (IdN). – 2003

ISBN 3-87847-207-2

© 2003 by Grabert-Verlag, Postfach 1629, D-72006 Tübingen

Printed in Germany

Alle Rechte, insbesondere das der Übersetzung in fremde Sprachen,  
vorbehalten. Ohne ausdrückliche Genehmigung des Verlages sind  
Vervielfältigungen dieser Schrift auf fotomechanischem Weg (Fotokopie,  
Mikrokopie) nicht gestattet.

# Inhaltsverzeichnis

<b>Einleitung .....</b>	<b>5</b>
<b>1. USA Schrittmacher der Eugenik .....</b>	<b>7</b>
<b>2. SPD verharmlost .....</b>	<b>10</b>
<b>4. Sorbisch nach 1933 geduldet .....</b>	<b>12</b>
<b>5. Lügen über die Hitler-Jugend .....</b>	<b>13</b>
<b>6. Britisches Juden-KZ auf Mauritius 1940–45 .....</b>	<b>15</b>
<b>7. War die Sowjetunion 1939/40 deutschfreundlich? .....</b>	<b>17</b>
<b>8. An deutsche Truppen in Frankreich .....</b>	<b>19</b>
<b>9. Britische Terrorangriffe auf Paris .....</b>	<b>21</b>
<b>10. Zur Lage der Juden in Polen vor 1942 .....</b>	<b>24</b>
<b>11. Hitler habe Aids-Virus entwickelt .....</b>	<b>26</b>
<b>12. Zum Verhalten italienischer Partisanen .....</b>	<b>27</b>
<b>13. Revision von KZ-Opferzahlen .....</b>	<b>28</b>
<b>14. »Todesspritze für Soldaten« .....</b>	<b>33</b>
<b>15. Die Beneš-Dekrete .....</b>	<b>35</b>
<b>16. Unterdrückung der Vertreibungsverbrechen .....</b>	<b>41</b>
<b>17. Gefangene unter Hitler und Stalin .....</b>	<b>43</b>
<b>18. USA verheimlichen Atombombenversuche .....</b>	<b>45</b>
<b>19. Bundespresseamt fälscht Kapitulationsurkunde .....</b>	<b>46</b>
<b>20. Feindstaaten-Liste und Feindstaatenklauseln .....</b>	<b>50</b>
<b>21. »Zehn kleine Negerlein« umbenannt .....</b>	<b>53</b>
<b>22. Italien befördert Weltkriegssoldaten .....</b>	<b>55</b>
<b>23. Der Fall Erich Priebke .....</b>	<b>57</b>

## Worte zur Kriegsschuldfrage

»Wenn Hitler fehlschlägt, wird sein Nachfolger der Bolschewismus sein; wenn er Erfolg hat, wird er innerhalb von fünf Jahren einen europäischen Krieg bekommen.«

Der britische Politiker Lord Robert G. Vansittart (*Even now*, London 1933, S. 69)

»Deutschland wird zu stark, wir müssen es zerschlagen.«

Winston Churchill im November 1936 zu US-General Robert E. Wood

(zit. in Peter H. Nicoll, *Englands Krieg gegen Deutschland*, Verlag der deutschen Hochschullehrerzeitung, Tübingen 1963, S. 82)

»Wenn Deutschland zu stark wird, wird es wieder wie 1914 zerschlagen werden!«, sagte Churchill im Herbst 1937 in der Londoner Botschaft zum damaligen deutschen Botschafter Joachim von Ribbentrop. Auf dessen Antwort, daß es diesmal nicht so leicht sein werde, da Deutschland nun Freunde habe, erwiderte Churchill: »Oh, wir bringen es ganz gut fertig, sie schließlich doch zu uns herüberzuziehen.«

(zit. in: Annelies von Ribbentrop, *Verschwörung gegen den Frieden*, Druffel Verlag, Leoni 1963, S. 27)

»Es liegt ein gut Stück Wahrheit in den Vorwürfen in bezug auf die gegen die Achsenmächte gerichtete Einkreisung. Es ist gegenwärtig nicht mehr nötig, die Wahrheit zu verbergen.«

Winston Churchill am 21. Juni 1939

(zit. in Bolko Frhr. von Richthofen, *Kriegsschuld 1939/41*, 1968, S. 61)

»Über 400 Jahre ist es das Ziel der Außenpolitik Englands gewesen, sich der stärksten, aggressivsten, vorherrschenden Macht auf dem Kontinent entgegenzustellen. . . Die Frage ist nicht, ob es Spanien oder die französische Monarchie oder das französische Kaiserreich oder das deutsche Kaiserreich oder das Hitlerregime war. Es hat nichts zu tun mit Herrschern oder Nationen, sondern es richtet sich einfach danach, wer jeweils der stärkste oder möglicherweise der beherrschende. . . ist.«

Winston Churchill, *Der Zweite Weltkrieg*, Bd. 1, J.P. Toth, Hamburg 1949, S. 257 f.

»Wir müssen jetzt ehrlich über die deutsche Frage sein, so unbequem sie auch für die Deutschen, für unsere internationalen Partner und für uns selbst sein mag. . . Die Frage bleibt in der Essenz die gleiche. Nicht, wie wir verhindern, daß deutsche Panzer über die Oder oder Marne rollen, sondern wie Europa mit einem Volk fertig wird, dessen Zahl, Talent und Effizienz es zu unserer regionalen Supermacht werden läßt. Wir sind 1939 nicht in den Krieg eingetreten, um Deutschland vor Hitler oder die Juden vor Auschwitz oder den Kontinent vor dem Faschismus zu retten. Wie 1914 sind wir für den nicht weniger edlen Grund in den Krieg eingetreten, daß wir eine deutsche Vorherrschaft in Europa nicht akzeptieren konnten.«

Die britische Zeitung *Sunday Correspondent*, 16. 9. 1989 ( zit. in FAZ, 17. 9. 89)

# Einleitung

Mit dem vorliegenden Heft liegt die Nummer 15 der *Richtigstellungen zur Zeitgeschichte* vor. Damit sind bisher in mehr als 300 Einzelbeiträgen notwendige Korrekturen am einseitigen und vielfach verzerrten Geschichtsbild der Gegenwart über das vergangene Jahrhundert vorgenommen worden. Das beigeheftete Inhaltsverzeichnis dieser ersten 15 Hefte gibt einen Überblick über die bearbeiteten Themen. Für Hinweise, Anregungen und Quellenmaterialien, die in unsere Beiträge einfließen konnten, danken Verfasser und Verlag vielen Lesern.

Das vergangene Jahr 2002 hat – rund 60 Jahre nach dem damaligen Geschehen – zwei beachtenswerte Vorgänge in Richtung auf einen notwendigen Revisionismus in der Zeitgeschichte sowie für deren Behandlung in der Öffentlichkeit gebracht. Zum einen veröffentlichte der als Ostexperte angesehene Leitende Redakteur des *Spiegels* Fritjof Meyer in der Mai-Ausgabe der Fachzeitschrift *Osteuropa* einen Beitrag zu den Opferzahlen des Konzentrationslagers Auschwitz (siehe Seite 28). Darin korrigierte der Verfasser aufgrund der Auswertung neuer Quellen die herrschende Meinung über Art und Umfang der von dort berichteten Massenvernichtung vor allem in zwei Bereichen. Er setzte die Gesamtzahl der Opfer des Lagers, die in den neunziger Jahren bereits von ausländischen Auschwitz-Experten um mehrere Millionen vermindert worden war, weiter auf rund 510 000 herab. Daneben erhob er ernste Zweifel an der bisher von der herrschenden Lehre angenommenen Verwendung bestimmter dortiger Bauwerke als Gaskammern und gab für diesen Zweck andere Gebäude mit deutlich kleinerer Kapazität an.

Neben dem Inhalt dieses Zeitschriftenbeitrags, der, wenn er von einem rechten Verfasser zu verantworten gewesen wäre, diesem wohl sofort die strafrechtliche Verfolgung wegen Verharmlosung des Holocaust nach Art und Umfang eingebracht hätte, sind die äußeren Umstände der Veröffentlichung bemerkenswert. Der Artikel wurde in einem wenig gelesenen Fachblatt ›versteckt‹, für das unter anderen Frau Rita Süßmuth, die frühere Bundestagspräsidentin zeichnet, und nicht in der Hauszeitschrift des Verfassers, dem für solche brisanten Themen durchaus geeigneten *Spiegel*, gebracht. Bis auf Kritik in wenigen Medien blieb der Autor auch trotz des Tabubruchs und der offensichtlichen Verletzung der politischen Korrektheit – wenigstens bisher – von strafrechtlicher Verfolgung verschont, und das betreffende Heft wurde – wieder im Gegensatz zur herrschenden Praxis bei rechten revisionistischen Schriften – bislang nicht beschlagnahmt und nicht verboten.

Die zweite Überraschung im vergangenen Jahr ergab sich aus Erscheinen und Aufnahme des Buches *Der Brand* von Jörg Friedrich über den Bombenkrieg der Anglo-Amerikaner gegen die deutsche Zivilbevölkerung. In wenigen Herbstwochen waren mehrere Auflagen mit über 50 000 Exemplaren verkauft, und das Werk ›boomt‹ weiter. Alle großen Zeitungen brachten ausführliche Besprechungen, obwohl der Vorwurf des Kriegsverbrechens durch die ›Massaker‹ an Zivilisten und der unnötigen Zerstörung unersetzlicher Kulturgüter durch Brand- und Sprengbomben gegenüber den für den Bombenterror verantwortlichen Alliierten, vor allem Churchill, nicht zu überlesen ist. (Daß diese gnadenlosen Vernichtungsschläge gegen Zivilisten unter anderen auch Franzosen trafen, belegt dieses Heft auf Seite 21 ff.)

Dabei lagen bereits seit Jahrzehnten umfangreiche Darstellungen dieses Kriegsverbrechens vor, und neue Daten gab es kaum zu berichten. Doch der Verfasser hatte es erstmals durch seine packende Darstellung vor allem der Angst der Betroffenen, meist Frauen und Kinder, verstanden, den Leser unmittelbar das grausame Geschehen miterleben zu lassen. Ferner hatte er durch seine eingestreuten Beschreibungen der Kulturgeschichte der sinnlos zerstörten Kunstschatze eine besondere Ebene im Leser angesprochen, die von den rein sachlichen Darstellungen früherer Fachbücher nicht berührt worden war. Das bisher durch die Umerziehung unterdrückte und verdrängte Trauma einer ganzen Generation wurde hier zum ersten Male deutlich angesprochen, und wieder von keinem rechten Revisionisten, sondern von einem angesehenen, durch mehrere Werke zur Zeitgeschichte ausgewiesenen Historiker. Die überraschend gute Aufnahme des Buches durch die Leser wie von seiten der Kritik scheint einen Wandel in der öffentlichen Meinung anzuzeigen, sich auch mit den bisher tabuisierten, aber für eine ausgewogene Beurteilung der Geschichte notwendigen Bereichen der Zeitgeschichte wie Bombenterror, Vertreibung, Nachkriegsbehandlung der Deutschen nun endlich befassen zu wollen. Mehr als zwei Generationen nach dem Ende des Krieges, dessen Ausgang die heutige Politik immer noch und im Vorfeld neuer Kriege besonders stark beeinflußt, zeichnet sich damit wohl endlich eine weitere, schon längst fällige und erforderliche Revision des Geschichtsbildes ab, in dem auch für deutsches Schicksal und deutsches Leid ein Platz ist.

Diese Vorgänge belegen ebenso, daß immer noch kein auch nur einigermaßen ausgewogenes und endgültiges Bild der Zeitgeschichte vorliegt. Richtigstellungen sind weiterhin notwendig und werden erfolgen, auch wenn Sondergesetze in der Rechtsprechung das in Deutschland seit einiger Zeit zu verhindern versuchen.



# 1. USA Schrittmacher der Eugenik

Noch heute wird oft in Massenmedien der Eindruck erweckt, als ob sich die gegen den schrankenlosen Liberalismus verstößenden Maßnahmen der Eugenik (Rassenhygiene) allein auf die NS-Zeit und auf Deutschland beschränkt hätten. Selbst die wissenschaftliche Bezeichnung ›Eugenik‹ war lange Zeit ein Tabu, und von ›Rassenhygiene‹ wagt heute noch niemand öffentlich anders als abfällig zu sprechen. Dabei schrieb 1929 der amerikanische Wissenschaftler Rice in seinem Buch: »Vielleicht sollte man das Wort ›Eugenik‹ besser fallen lassen«, da es zwar ein guter Fachausdruck sei, aber zu sehr angefeindet und falsch verstanden werde. »Warum nicht die Ausdrücke ›Rassen‹- oder ›rassische Hygiene‹? Tatsächlich werden diese Namen immer mehr gebraucht, und sie sind viel treffender als der Ausdruck ›Eugenik‹, weil vieles, was gewöhnlich als Eugenik und als wichtig für das Gedeihen der Rasse angesehen wird, tatsächlich etwas ganz anderes ist.«<sup>1</sup>

In Wirklichkeit waren jedoch diesbezügliche Gesetze bereits lange vor 1933 in anderen Staaten, vor allem in den USA, erlassen worden, und es wurden entsprechende Maßnahmen durchgeführt. Beispielhaft sei aus einem Fachbuch von 1931 über den damaligen Zustand auf dem Gebiet der staatlichen Eheverbote zitiert: »In einer Anzahl Staaten der nordamerikanischen Union bestehen bereits rassenhygienische Eheverbote. Zuerst ging der Staat Connecticut damit vor (1895); später folgten Kansas (1903), New Jersey (1904), Ohio (1904), Indiana (1905), Michigan (1905), Minnesota (1905), Utah (1909), Washington (1909). Die rassenhygienischen Ehebeschränkungen, welche gegenwärtig in mehr als 20 Staaten bestehen, erstrecken sich außer auf eigentliche Geistesranke auch auf Schwachsinnige, Epileptiker, Geschlechtsranke und Personen, die der öffentlichen Armenpflege zur Last fallen. In Europa bestehen in Schweden und Norwegen seit 1915 Eheverbote für Geistesranke, Geistesschwache, Epileptische und Geschlechtsranke, in Dänemark seit 1921. Mexiko hat ein Eheverbot seit 1926. . . Ärztliche Untersuchungen (vor der Eheschließung) verlangen die Staaten Wisconsin, North Dakota, Oregon, Pennsylvania, Alabama, North Carolina, Louisiana. Das Gesetz von Wisconsin vom Jahre 1915 schreibt eine Untersuchung auf Geschlechtskrankheiten, und zwar nur für das männliche Geschlecht, vor; das Gesetz von North Dakota von 1913 verlangt Freisein von Schwachsinn, Epilepsie, Geisteskrankheit, Trunksucht und fortgeschrittener Lungentuberkulose; auch Gewohnheitsverbrecher sollen keine Eheerlaubnis erhalten; der Untersuchung auf Geschlechtskrankheiten

sind nur die Männer unterworfen.«<sup>2</sup> In Deutschland gab es zu der Zeit keine eugenischen Eheverbote.

In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts wurden in den USA auch zahlreiche Sterilisationen durchgeführt, meist in Anstalten. Für die Zeit bis 1929 gibt ein Buch von Gosney und Popenoe<sup>3</sup> einen Überblick. Es wurde die Sterilisierung »in Indiana 1907 gesetzlich eingeführt, und allmählich folgte eine Reihe anderer Staaten nach, so daß sie bis 1928 in 23 Staaten gesetzlich geregelt war. Bis zum 1. Januar 1930 sind 10 833 Sterilisierungen in staatlichen Anstalten ausgeführt worden, 5102 an Männern und 5731 an Frauen. An der Spitze marschiert Kalifornien mit 6787 Sterilisierungen; dann kommen Kansas mit 657, Oregon 650, Michigan 388, Minnesota 388, Virginia 368, Nebraska 308, Wisconsin 305, Delaware 278, Connecticut 200, Indiana 123 Sterilisierungen. In den übrigen Staaten blieb die Zahl unter 100«.<sup>4</sup> 1927 erklärte der Oberste Gerichtshof der Vereinigten Staaten die Sterilisierungsmaßnahmen für vereinbar mit der Verfassung. »Für die ganze Welt ist es besser, wenn die Gesellschaft verhindern kann, daß sich jene weitervererben, die dazu offenkundig ungeeignet sind«, stand damals in dem Urteil »Buck gegen Bell« von 1927. Anfang der dreißiger Jahre hatte in Europa nur Dänemark ein Sterilisierungsgesetz, dem Schweden bald folgte.<sup>5</sup> Damals wurde die Sterilisierung in Deutschland noch als Straftat angesehen und mit Zuchthaus geahndet.

Rückblickend hieß es Anfang 2003 in der *FAZ*: »Bis Ende der siebziger Jahre wurden in den Vereinigten Staaten Zehntausende zwangssterilisiert, die nach eugenischen Gesetzen in mehr als dreißig amerikanischen Bundesstaaten keinen Nachwuchs bekommen sollten. Opfer der eugenischen Bewegung wurden mehr als sechzigtausend Kranke, Arme, unverheiratete Mütter, ›Deformierte‹ und ›Degenerierte‹. Auch Eliteuniversitäten wie Harvard, Cornell und Columbia sowie einflußreiche amerikanische Industrielle unterstützen die Bewegung.«<sup>6</sup>

Im Herbst 2002 hat sich der Gouverneur von Oregon, nachdem sein Kollege von Virginia vorangegangen war, öffentlich für die Zwangssterilisationen entschuldigt, die in seinem Bundesstaat von den zwanziger Jahren bis in die achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts durchgeführt worden waren. Von diesen Maßnahmen waren Personen betroffen, die wegen »minderwertigen Erbgutes« – so die offizielle Bezeichnung – von der Fortpflanzung ausgeschlossen werden sollten.<sup>7</sup>

1. T. B. Rice, *Racial Hygiene; a practical discussion of Eugenics and Race Culture*, New York 1929, S. 360; deutsch in: Fritz Lenz, *Menschliche Auslese und Rassenhygiene (Eugenik)*, Bd. 2, J. F. Lehmanns Verlag, München 1931, S. 254.

2. Lenz, aaO. (Anm.1), S. 257.
3. E. S. Gosney u. P. Popenoe, *Sterilization for Human Betterness*, New York 1929.
4. Lenz, aaO. (Anm.1), S. 271.
5. Ebenda, S. 273.
6. Katja Gelinsky, »Verhüte und bekomme Geld dafür: Lohn der Sterilisation«, in *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 10. 1. 2003.
7. »Staatliche Zwangssterilisierungen in den USA«, in *National-Zeitung* vom 13. 12. 2002.

## Zum Begriff der Rassenhygiene

»Der Begründer der modernen Rassenhygiene, Francis Galton, hat dafür das Wort Eugenik (Eugenics) geprägt, welches in den englischsprachigen Ländern heute allgemein gebraucht wird. Nachdem seine frühere Definition des Begriffs Eugenik nur die soziale Rassenhygiene umfaßte, hat er später eine Definition gegeben, welche mit der Ploetzschen Definition der Rassenhygiene durchaus zusammenfällt: »Eugenik ist die Wissenschaft, die sich mit allen Einflüssen befaßt, welche die angeborenen Eigenschaften einer Rasse verbessern und welche diese Eigenschaften zum größtmöglichen Vorteil der Gesamtheit zur Entfaltung bringen«. Gegenüber Versuchen gewisser Kreise in Deutschland, denen jede Erwähnung des Wortes Rasse unbehaglich ist, einen Gegensatz zwischen Rassenhygiene und Eugenik zu konstruieren, ist darauf hinzuweisen, daß auch in der Definition der Eugenik das Wort Rasse vorkommt und daß Galton die Erörterung der Rassenunterschiede durchaus nicht von der Eugenik ausgeschlossen wissen wollte. Er hat die Eugenik ganz unzweideutig als eine Wissenschaft bezeichnet, »die sich keineswegs auf Fragen der richtigen Paarung beschränkt, die vielmehr alle jene Einflüsse untersucht, die auf irgendeine Weise den besser entwickelten Rassen oder Geschlechtern mehr Aussicht, als sie unter den heutigen Verhältnissen haben, bieten, den weniger entwickelten Geschlechtern rasch den Rang abzulaufen«. Auch wörtlich bedeutet das Wort Eugenik »Lehre von der guten Rasse«. . .

Wir gebrauchen das Wort Rassenhygiene als eine deutsche Übersetzung des Wortes Eugenik, ebenso wie wir z. B. auch Augenheilkunde für Ophthalmologie sagen. Aber auch das Wort Eugenik ist gut und tatsächlich gleichbedeutend mit dem Worte Rassenhygiene. Man könnte zu seinen Gunsten anführen, daß es kürzer und mundgerechter ist und daß es die historische Priorität vor dem Wort Rassenhygiene hat.«

Fritz Lenz, *Menschliche Auslese und Rassenhygiene (Eugenik)*,  
Bd.2, J. F. Lehmanns Verlag, München <sup>3</sup>1931, S. 252 f.

## 2. SPD verharmlost

Anlässlich der Auseinandersetzungen um den NPD-Verbotsantrag und den V-Männer-Skandal im Februar 2002 hatte der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion im Bundestag, Ludwig Stiegler, den Oppositionsparteien CDU/CSU und FDP vorgeworfen, ihre »Vorläuferparteien« hätten »Hitler ermächtigt«, nachdem sie ihn vorher verharmlost und mit an die Macht gebracht hätten. Ihre »historische Schuld« gebiete es, daß sie »wenigstens heute schon« den Anfängen wehrten.

Der 1944 geborene Rechtsanwalt, der damit im Sinne des Zeitgeistes den politischen Gegner mit der »Faschismuskeule« erledigen wollte, hätte sich lieber genauer mit der Geschichte der eigenen Partei und deren Verhalten um 1933 befassen sollen. Er wurde dann öffentlich darüber belehrt, wer verharmlost habe und daß auch anderes über Vorläuferorganisationen und ihr Versagen festzustellen sei:

»Zum Beispiel, daß die SPD-Führung Hitlers Machtergreifung in den ersten Wochen durchaus als »verfassungsmäßig« und »parlamentarisch fundiert« beurteilt hatte; auch die Sozialdemokraten konnten nicht wissen, was kommen würde. Als ihre Zeitungen verboten wurden und Göring für die Wiederezulassung verlangte, die »Hetze in den sozialdemokratischen Blättern des Auslandes« müsse eingestellt werden, erklärte die Partei am 30. März 1933 ihren Austritt aus der Sozialistischen Arbeiter-Internationale. Kurz darauf (am 17. Mai 1933, H. W.) stimmte die SPD-Reichstagsfraktion (einstimmig, H. W.) der außenpolitischen Erklärung Hitlers (seiner »Friedensrede«, H. W.) zu – in Flugblättern erklärte man, damit sei kein Vertrauensvotum für Hitler verbunden, sondern ein Bekenntnis zur friedlichen Außenpolitik. Otto Wels, der mit seiner Ablehnung der Ermächtigungsgesetze (am 23. März 1933, H. W.) zum Symbol sozialdemokratischer Standfestigkeit wurde, wandte sich doch zugleich im Reichstag gegen die »Übertreibungen« der ausländischen Presse angesichts des NS-Terrors. Am 19. Juli (1933, H. W.) wählte der in Deutschland verbliebene SPD-Vorstand seine jüdischen Mitglieder ab. Wenig Grund für die Sozialdemokratie also, das Versagen der »bürgerlichen« Parteien zu beklagen und zugleich über die eigene Schande – und die vielleicht noch schlimmere der deutschen Gewerkschaften – zu schweigen. (In ihren Reden am 1. Mai 1933, dem neuen »Tag der nationalen Arbeit«, vertraten auch die Gewerkschaftler das Führerprinzip, und in seiner Maifestschrift 1933 bekannte sich der Gewerkschaftsbund zur nationalen Politik und feierte die neue Einheit der Nation sowie die Überwindung der Klassengegensätze und des Klassenkampfes. Es

gab kaum Widerstand, als die SA am folgenden Tag die Gewerkschaftshäuser besetzte und eine Reihe von Funktionären verhaftete. H. W.)

Sozialdemokratische Anpassung verbindet sich mit dem Namen Gustav Noske – auch ihn hat man im nachhinein für das Anwachsen der Rechten während der Weimarer Republik verantwortlich gemacht. Bis heute hat sich das Wort vom »Bluthund« gehalten, mit dem er sich selbst bezeichnen haben soll, als er die Verantwortung für die blutige Niederschlagung des Spartakus-Aufstands im Januar 1919 übernahm. Noske erklärte, man habe damals »unmittelbar vor der bolschewistisch-proletarischen Diktatur gestanden.«<sup>1</sup>

Zu erwähnen ist auch, daß die SPD im Frühjahr 1933 keinen Antrag mit dem Ziel einbrachte, daß der Reichstag die beiden nach dem Reichstagsbrand erlassenen Notverordnungen vom 28. Februar 1933 wieder aufhob, so daß sie bis Kriegsende in Kraft blieben, und daß ebenso sich gegen die ersten Gesetze »zur Gleichstellung der Länder mit dem Reich« vom 31. März 1933 und vom 7. April 1933 kein ernsthafter Widerstand von seiten der SPD erhob.

1. Lorenz Jäger, »Bluthund«, in *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, Nr. 39 vom 15. 2. 2002, S. 60.

### **Erklärung des Reichspräsidenten Friedrich Ebert (SPD) am 18. 1. 1921**

»Am 18. Januar sind 50 Jahre seit der Vereinigung der deutschen Stämme zu einem einheitlichen Staatsgebilde vergangen. Die Sehnsucht unserer Vorfahren, das heiße Verlangen weiter Schichten des Volkes in allen deutschen Gauen fanden hierdurch ihre späte Erfüllung. In allen schmerzlichen Verlusten, die uns in Krieg und Frieden getroffen haben, ist uns fast als einziges das eine große Unglück erspart geblieben, daß die deutschen Länder wieder auseinander gefallen sind. Sie halten einander fest. Darüber wollen wir uns freuen, wenn wir auch mit besonderer Trauer an diesem Tage zu deutschen Landesteilen hinüberblicken müssen, die gegen ihren Willen von ihrem angestammten Lande getrennt sind, und besonders auf das schwer leidende Deutschösterreich, das mit dem Herzen zu uns strebt, wie wir zu ihm. Unsere innere staatliche Einheit weiter zu erhalten und zu festigen, muß unser fester Wille sein. Wenn uns auch politische und wirtschaftliche Anschauungen, mehr als gut ist, trennen, in einem sind wir alle einig: Grenzen werden uns nicht trennen. Die Einheitlichkeit unseres deutschen Vaterlandes ist für uns alle ein Stück unseres Glaubens, unserer Liebe und Hoffnung.«

## 4. Sorbisch nach 1933 geduldet

Immer wieder konnte man in der Vergangenheit in der Presse lesen, daß der Gebrauch der sorbischen Sprache in der Öffentlichkeit während der Zeit des Dritten Reiches in der Lausitz verboten gewesen sei. Es sollte damit im Sinne der herrschenden Politischen Korrektheit wohl das weit verbreitete rassistische und nationalistische Klischee von der NS-Zeit wieder einmal in der Öffentlichkeit untermauert werden.<sup>1</sup>

Daß dem jedoch – zumindest in dieser Allgemeinheit – nicht so war und Sorbisch in der Lausitz damals sogar im Gottesdienst regelmäßig verwendet werden konnte, während die deutsche Muttersprache zeitweilig in Südtirol als Amtssprache oder nach dem Zweiten Weltkrieg im polnisch verwalteten Schlesien sowie im russisch verwalteten nördlichen Ostpreußen verboten war, stellte Prof. Dr. Horst Sendler in einem Leserbrief aus eigener Erfahrung richtig.<sup>2</sup> Es heißt darin unter anderem:

»Voneinem Verbot aber, in der Öffentlichkeit Sorbisch zu sprechen, war jedenfalls in Hoyerswerda, meiner Heimatstadt, nichts bekannt, geschweige denn, daß ein solches Verbot durchgesetzt worden wäre. ›Wendischer‹ Gottesdienst, der selbstverständlich ausschließlich in wendischer Sprache abgehalten wurde, fand in zweiwöchigem Rhythmus unbeanstandet in der evangelischen Pfarrkirche statt, also in aller Öffentlichkeit in einer Kreisstadt von immerhin rund 8000 Einwohnern, und nicht in einem abgelegenen Dorf sozusagen insgeheim unter Ausschluß der Öffentlichkeit; und dies, obwohl der Kreisleiter der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei ein strammer Nazi war und der noch schlimmere Ortsgruppenleiter gegenüber der Kirche wohnte, ihm also das Treiben dort gewiß nicht entgangen sein kann. Das alles weiß ich deswegen so genau, weil ich selbst vom 1. Januar 1940 bis zu meiner Einberufung zum Arbeitsdienst im April 1943 im wendischen wie im deutschen Gottesdienst die Orgel spielte.«

### Anmerkungen

1. So z. B. im Beitrag von Karl-Markus Gauss »Geschichtenerzähler aus der Lausitz« in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* vom 9. 6. 2001.

2. Horst Sendler, »Sorbisch wurde geduldet«, Leserbrief in *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 21. 6. 2001.

## 5. Lügen über die Hitler-Jugend

Im Zuge der Vergangenheitsbewältigung wurden und werden von bundesdeutschen Medien immer wieder auch über die Hitler-Jugend falsche Behauptungen veröffentlicht und unberechtigte Urteile gefällt, obwohl es inzwischen aus kundiger Hand und von Zeitzeugen die betreffenden Richtigstellungen gibt<sup>1</sup>. Insbesondere in der Fernsehreihe »Hitlers Kinder« tauchten 1999/2000 wieder die alten und falschen Klischees der Umerziehung auf.

Als eine kurze Richtigstellung mehrerer solcher Geschichtslügen sei der Brief<sup>2</sup> angeführt, den der langjährige frühere enge Mitarbeiter des Reichsjugendführers Baldur von Schirach, Günter Kaufmann, am 9. März 2000 an den Intendanten Professor Dieter Stolte des Zweiten Deutschen Fernsehen sandte. Kaufmann schrieb darin:

»Sehr geehrter Herr Intendant,

bevor Sie die ARTE-Serie »Hitlers Kinder« Ihres Mitarbeiters Guido Knopp in das ZDF übernehmen, darf ich Sie höflichst auf einige der darin verbreiteten Geschichtsfälschungen und Unwahrheiten aufmerksam machen. Ich möchte Sie davor warnen, Komplize dieses Historienmalers zu werden.

So wird im Teil IV behauptet, die Kinderlandverschickung im 2. Weltkrieg habe dazu gedient, »die Jugend fern von den Eltern aufs Land zu verlegen« und »den Funktionären auszuliefern«. Doch kein Wort dazu, daß die Teilnahme an der KLV freiwillig war, also mit Willen der Eltern erfolgte, auch kein Wort, daß nur auf diese Weise die 2,4 Millionen Jugendlichen dem völkerrechtswidrigen Bombenterror der Alliierten entzogen wurden und den Vätern an der Front die Angst genommen werden konnte, ihre Kinder daheim könnten in den Großstädten den Bomben zum Opfer fallen.

Daß Hitlerjungen in den KLV-Lagern oder sonstwo »zum Töten erzogen« wurden, ist eine durch nichts, durch keine Veröffentlichung im Führer-Organ der HJ *Wille und Macht* belegte Unwahrheit. Als der damalige Oberstleutnant Rommel im Jahre 1938 den Reichsjugendführer veranlassen wollte, Unteroffiziere der Wehrmacht zwecks vormilitärischer Erziehung in HJ-Einheiten einzusetzen, antwortete ihm dieser: »Ich erziehe die Jugend für den Frieden, nicht für den Krieg.« Rommels Vorschlag lehnte er ab (nachzulesen bei Diwald).

In der ARTE-Sendung am 9. Februar wird verbreitet: »Eltern gaben ihr Erziehungsrecht auf.« Wahr ist das Gegenteil. Schirach hat in allen seinen Reden (publiziert in *Revolution der Erziehung*) Schule, Hitler-Jugend

und Elternhaus als gleichberechtigte und nötige Erziehungsfaktoren bezeichnet.

Grober Unfug ist es auch, von der ›Illusion der Gleichheit in der HJ‹ zu sprechen. Ihr Verdienst war es, zur Überwindung des Klassenkampfes beizutragen, der noch für die Verhältnisse in der Weimarer Republik kennzeichnend war und den ja auch unsere heutige Bundesrepublik nicht wieder belebt, sondern seine Überwindung in der HJ stillschweigend akzeptiert hat.

Eine Lüge verbreitet Knopp mit der Behauptung, die HJ habe zu den ›befohlenen Brandstiftern der Pogromnacht des 8. 11. 1938‹ gehört. Die Befehle Schirachs, der die Vorgänge dieser Nacht sofort als ›Kultur-schande‹ verurteilte und die Teilnahme daran den HJ-Einheiten durch Rundruf in der gleichen Nacht verbot, waren Knopps Mitarbeiter Dr. Buddrus bekannt.

Die notwendige Vergangenheitsbewältigung kann nicht durch Verbreitung von Unwahrheiten und Lügen erfolgreich sein. In Artikeln, die in einer USA-Zeitung und in einer hiesigen Zeitschrift erscheinen, bezeichne ich Ihren Mitarbeiter Guido Knopp als einen öffentlich-rechtlichen Geschichtsfälscher und sehe darum seiner Klage und einer über mehrere Instanzen zu führenden gerichtlichen Auseinandersetzung in der Gewißheit entgegen, daß dadurch die Wahrheit ans Licht kommt.«

Auf diesen Brief antwortete der angeschriebene Intendant nicht, was wiederum für die heutige Zeit bezeichnend ist.

1. Neuere Darstellungen sind u.a. Günter Kaufmann, *Auf Teufel komm raus. Unwahrheiten und Lügen über die nationalsozialistische Jugendbewegung*, Kurt Vowinkel-Verlag, Berg 1999, darin mehr als 80 Richtigstellungen zu Falschbehauptungen über die HJ in der Gegenwartsliteratur; ders., *Ein anderes Drittes Reich, Visionen der nationalsozialistischen Jugendbewegung im Spiegel der Dokumente*, Druffel-Verlag, Berg 2001; Jutta Rüdiger, *Hitlers Kinder antworten Prof. Guido Knopp*, Zeit-Reisen-Verlag, Bochum 2001.

2. Kopie des Briefes beim Verfasser. Der vollständige Text erschien inzwischen auch in Günter Kaufmann, *Ein anderes Drittes Reich*, Druffel-Verlag, Berg 2001, S. 117 ff.

»So ist die Teilnahme an der ›Reichskristallnacht‹ der Jugend untersagt worden. Als der zweite Deutsche – erst Gustloff, dann vom Rath – von einem Juden ermordet worden war, entstand eine Pogromstimmung. Als von Schirach das bemerkte, erfolgte durch einen sofortigen Rundruf an alle Gebiete der HJ die Anweisung, die HJ habe auf keinen Fall daran teilzunehmen. Nachdem in München aus Eigeninitiative fünf Jungen den Antiquitätenhändler Bernheimer um Geld erpreßt hatten, ließ von Schirach durch seine Frau am nächsten Tag mit einer Entschuldigung der Reichsjugendführung das Geld zurückbringen, und die Jungen wurden sofort aus der HJ ausgeschlossen.«

Jutta Rüdiger in *Hitlers Kinder antworten Prof. Guido Knopp*,  
Zeit-Reisen-Verlag, Bochum 2001, S. 5 f.



## 6. Britisches Juden-KZ auf Mauritius 1940–45

Nach dem Ende des Ersten Weltkriegs hatte sich Großbritannien, da die Türkei als Verbündeter der Mittelmächte zu den Verlierern gehörte, aus der Konkursmasse des Osmanischen Reiches unter anderem Palästina angeeignet, das damals fast ausschließlich von moslemischen Palästinensern bewohnt war. Zu Beginn des Zweiten Weltkrieges war das Land noch britisches Herrschaftsgebiet.

Da die Briten das Land früher sowohl den Arabern für deren Kriegseintritt gegen die Türkei im Ersten Weltkrieg als auch in der Balfour-Erklärung vom November 1917 den Juden zugesagt hatten, wehrten sich die Engländer in der Zwischenkriegs- und nachfolgenden Kriegszeit zeitweise gegen jüdische Einwanderer aus Europa ins Heilige Land. Sie wandten zur Unterbindung der Einwanderung auch heute gern verdrängte und in der Öffentlichkeit unbekanntere Methoden an. Dazu gehörte neben der Verhinderung der Landung mit jüdischen Einwanderern beladener Schiffe in Palästina auch der Rückgriff auf die schon in den Burenkriegen von ihnen eingerichteten Konzentrationslager nun für Juden.

So verhafteten die Engländer 1940 knapp 1600 von ihnen gefasste jüdische ›illegale Einwanderer‹, die vor allem aus Österreich und der Tschechoslowakei in den Vorderen Orient eingereist waren, und deportierten sie gegen deren Willen nach der kleinen Insel Mauritius. Die allen Briefmarkensammlern wegen der ›blauen Mauritius‹ bekannte Insel liegt im Indischen Ozean rund 500 Kilometer östlich von Madagaskar, ging 1810 als Kolonie von Frankreich an England über und ist in der jüngsten Zeit zu einem beliebten Urlaubsziel geworden.

Auf Mauritius wurden die genannten Juden 55 Monate vom Dezember 1940 bis August 1945 in dem Konzentrationslager von Beau Bassin festgehalten. In dieser Zeit fanden 124 Häftlinge den Tod, die auf dem Lagerfriedhof von St. Martin beigesetzt wurden. Über dieses Schicksal im Lager von Beau Bassin berichtete Dr. Aaron Zwergbaum aus Jerusalem in der *Jüdischen Allgemeinen Zeitung*<sup>1</sup> und schrieb unter anderem dazu: »Das Leben im ›Detainment Camp‹ von Beau Bassin, das früher als Gefängnis gedient hatte, war von Leiden und Entbehrungen gekennzeichnet: Das tropische Klima war für Europäer beschwerlich, die Kost ungewohnt und oft völlig unzulänglich, es grassierten schwere Krankheiten wie Malaria, Avitaminosis und zu Beginn auch Typhus, die Unterbringung war schlecht – die Männer wohnten in kleinen Gefängniszellen, während die Frauen in einem besonderen ›Women’s Camp‹ in Well-

blechbaracken zusammengepfercht waren. Das ärgste aber waren der Freiheitsentzug, die erzwungene Untätigkeit der meisten Insassen und die Ungewißheit in bezug auf die Zukunft.«

Heute dient die Einrichtung wieder als Zentralgefängnis der Insel. Es wurde nicht bekannt, daß die Weltöffentlichkeit wegen dieses Konzentrationslagers Großbritannien Antisemitismus vorgeworfen hat und daß London eine Entschädigung an die betroffenen Personen auszahlte.

Großbritannien richtete während des Zweiten Weltkrieges auch im eigenen Land Konzentrationslager für Deutsche ein. *Der Spiegel* verwies darauf<sup>2</sup> im Zusammenhang mit dem Auftauchen der britischen Geheimakte über den Publizisten Sebastian Haffner (geboren als Raimund Pretzel), der in einem solchen Lager vorübergehend gefangengehalten worden war. Entschuldigend meint *Der Spiegel* dazu: »Der Bombenterror der Nazis hatte die Briten so aufgewühlt, daß Premierminister Winston Churchill Pogrome befürchtete und deshalb über 20 000 Deutsche und Österreicher vorsichtshalber festsetzen ließ.«

Diese Aussage des Magazins ist in doppelter Hinsicht falsch und verlangt nach einer Richtigstellung. Einmal war die Inhaftierung von der britischen Regierung nicht als »Schutzmaßnahme« der Betroffenen vor möglichen Ausschreitungen von seiten der englischen Bevölkerung gedacht, sondern sie galt ausdrücklich »feindlichen Personen«. Zum anderen setzte sie bereits wenige Tage nach Churchills Ernennung zum Regierungschef Mitte Mai 1940 ein – und damit Monate vor dem Beginn der ersten deutschen Bombenangriffe auf England.

»Als ›Enemy Aliens‹ (feindliche Fremde) waren von den Verschleppungen (in die britischen Lager, H. W.) ab dem 12. Mai 1940 zunächst alle Männer in den ›Schutzzonen‹ entlang der britischen Küste betroffen, dann landesweit alle Männer der sogenannten ›Kategorie B‹ (zwischen dem 16. und 60. Lebensjahr); später auch die 60- bis 70jährigen, schließlich im Juni bis Anfang Juli die restlichen ›Enemy Aliens‹. Mitte Juni 1940 lag die Zahl der Internierten in Lagern wie Seaton, Kempton-Park, Huyton bei Liverpool, Wharf Mills und Mooragh bereits bei gegen fünfzehntausend. Ab 22. Juni 1940 ging Churchill daran, Internierte nach Kanada und Australien in dortige Lager ›verschicken‹ zu lassen. Betroffen waren von den Zwangsmaßnahmen auch Engländer, die als ›Nazi-Sympathisanten‹ galten, beispielsweise Aktivisten der Bewegung von Sir Oswald Mosley.«<sup>3</sup>

1. Aaron Zwergbaum, in *Jüdische Allgemeine Zeitung* vom 3. 3. 1989, S. 25.

2. *Der Spiegel* 1/ 2003, S. 50.

3. Ernst K. Berg, »Churchills KZ – nur humanitäre Schutzmaßnahme?« in *National-Zeitung* vom 10. 1. 2003.

## 7. War die Sowjetunion 1939/40 deutschfreundlich?

Es wird heute gern behauptet, das Deutsche Reich habe im Juni 1941 die ihr durch einen Vertrag verbundene, neutrale oder sogar deutschfreundliche UdSSR schändlich überfallen. Die Wirklichkeit sieht jedoch anders aus. Daß das Deutsche Reich 1941 einem Angriff Stalins nur um kurze Zeit zuvorkam, sollte aufgrund der überzeugenden Dokumentenlage inzwischen allgemein anerkannt sein<sup>1</sup>.

Aber auch aus anderen Quellen ergibt sich allmählich das Bild einer Sowjetunion, die damals alles andere als deutschfreundlich war. Im geheimen Zusatzprotokoll zum deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt vom 23. August 1939 hatten beide Vertragspartner zwar die Aufteilung Polens beschlossen<sup>2</sup>. Aber bereits wenige Tage später, am 27. August 1939, also noch vor Kriegsausbruch, deutete der sowjetische »Kriegskommissar«, Marschall Woroschilow, in einem Interview an, daß die Sowjetunion bereit sei, im Kriegsfall Polen Unterstützung zu gewähren.<sup>3</sup>

Nachdem der Krieg am 1. September 1939 ausgebrochen war, habe der Sowjetbotschafter Scharanow den polnischen Außenminister Beck aufgesucht und ihn gefragt, warum Polen nicht die Sowjetunion um Lieferung von Versorgungsgütern bitte, wobei er ausdrücklich auf das Woroschilow-Interview hingewiesen habe. Am 3. September habe dann der polnische Botschafter in Moskau, Grzybowski, den sowjetischen Außenminister Molotow aufgesucht, der ja kurz vorher den Vertrag mit dem Reichsaußenminister von Ribbentrop unterzeichnet hatte, und ihm offiziell den Angriff Deutschlands auf Polen mitgeteilt. Über diese Unterredung berichtete er: »Er (Molotow, H.W.) stellte unsere Feststellung, daß es sich um eine unprovizierte Aggression handle, nicht in Frage. . . Er stimmte zu, daß Deutschland der Aggressor sei.«<sup>4</sup>

Der schnelle Zusammenbruch Polens änderte zunächst die sowjetische Haltung. Am 17. September 1939 marschierten russische Truppen in das östliche Polen ein – kein »Akt unprovizierter Aggression« für die Welt. Am 18. September erklärte die Sowjetunion in einer offiziellen Note, Polen trage die Schuld am Kriege, und am 30. September schrieb Stalin persönlich in der Parteizeitung *Prawda*, daß England und Frankreich Deutschland angegriffen hätten und die Verantwortung für den Krieg trügen.<sup>5</sup>

In der Folgezeit besetzte die Sowjetunion die Gebiete, die ihr im deutsch-sowjetischen Vertrag als Interessenssphäre zugesprochen worden waren, ging aber dabei mehrfach über die vereinbarten Grenzen

hinaus – so in Litauen und Rumänien, wo sie nicht nur Bessarabien, sondern auch die Nordbukowina, die noch nie russisch gewesen war, annektierte. Beim Besuch Molotows in Berlin im November 1940 stellte Moskau noch weitere territoriale Forderungen. Als im Frühjahr 1941 die deutschfreundliche jugoslawische Regierung in Belgrad von serbischen Nationalisten gestürzt worden war, schloß Stalin mit der neuen, antideutschen Regierung sofort einen Freundschaftsvertrag<sup>6</sup>.

Auch zu der polnischen Exilregierung in London nahm die Sowjetunion Verbindung auf. Der damalige polnische Botschafter in London, Graf Edward Raczynski, berichtet, daß bereits im August 1940, also fast ein ganzes Jahr vor Beginn des Ostfeldzuges, der Korrespondent der amtlichen sowjetischen Nachrichtenagentur Tass – sicher nicht ohne Regierungsauftrag – Fühlung mit der polnischen Exilregierung an der Themse aufnahm und die Aufstellung einer polnischen Armee von 300 000 Mann auf sowjetischem Boden vorschlug. Außerdem fragte man an, ob Polen zu Grenzveränderungen zugunsten der Sowjetunion bereit sei und ob die polnische Regierung sowjetischen Truppen den Durchmarsch durch Polen erlauben werde. Letzteres hätte offensichtlich nur bei einem sowjetischen Angriff auf Deutschland Sinn ergeben.<sup>7</sup>

Damit erscheint ebenso wie aus den Moskauer militärischen Vorbereitungen deutlich genug belegt, daß Stalin den deutsch-sowjetischen Vertrag keineswegs aus Friedensliebe und uneigennützig abgeschlossen hat, sondern – im Gegenteil –, um den großen Krieg wahrscheinlicher zu machen. Die Sowjetunion war eben daran interessiert, die ›kapitalistischen Staaten‹ gegeneinander zu hetzen, um am Ende als ›lachender Dritter‹ dazustehen und die Kriegsentscheidung herbeizuführen, nachdem sich die Westmächte und Deutschland gegenseitig geschwächt hätten. Mit den deutschen Erfolgen in den Blitzfeldzügen der folgenden Jahre hatte Stalin nicht gerechnet. So ging seine Rechnung nicht auf.

1. Siehe u.a. Viktor Suworow, *Der Tag M*, Klett-Cotta, Stuttgart 1995; ders., *Der Eisbrecher. Hitler in Stalins Kalkül*, Klett-Cotta, Stuttgart 1993.

2. Vgl. Helmut Rönnefarth, *Konferenzen und Verträge*, Bd. II, Ploetz-Verlag, Bielefeld 1953, S. 370 f.

3. So der exilpolnische Historiker Edward J. Rozek in *Allied Wartime Policy: A Pattern in Poland*, John Wiley and Sons, New York 1958, S. 26.

4. Rozek, ebenda, S. 31.

5. Vgl. Gerhard Baumfalk, *Überfall oder Präventivschlag?*, R.G. Fischer-Verlag, Frankfurt/M. 1998, S. 143.

6. Ebenda, S. 159 ff.

7. Count Edward Raczynski, in *Allied London. The Wartime Diaries of 6<sup>th</sup> Polish Ambassador Count Edward Raczynski*, Weidenfeld and Nicolson, London 1962, S. 57 f.

## 8. An deutsche Truppen in Frankreich

Die Heer-Reemtsmasche Anti-Wehrmachtausstellung versuchte, und ihre Neubearbeitung versucht, die deutschen Soldaten des Zweiten Weltkrieges als furchtbare Besatzer darzustellen und sie wahrheitswidrig zu diffamieren. Wir haben schon mehrfach auf Ehrenerklärungen für die<sup>1</sup> und auf Urteile über die Soldaten der Wehrmacht<sup>2</sup> sowie auf deren Disziplin<sup>3</sup> hingewiesen.

Diese stand hoch über der mancher alliierter Einheiten, die sich Plünderungen und Massenvergewaltigungen erlaubten.

Als ein weiteres Beispiel dafür, wie die deutsche Führung sich für eine vorbildliche Haltung der deutschen Soldaten einsetzte, sei der »Tagesbefehl Nr. 72« angeführt, den Anfang Juli 1940 Generaloberst Wilhelm List, der spätere Generalfeldmarschall, in Frankreich an seine Truppen erließ:<sup>4</sup>

»Die Zeit des Bewegungskrieges in Frankreich, der gewaltige Anforderungen an die Truppe gestellt und daher manche Maßnahme veranlaßt hat, die unter normalen Verhältnissen nicht gerechtfertigt gewesen wäre, ist vorüber. Im nunmehrigen Bereich der Armee ist die Bevölkerung in den Städten und Dörfern größtenteils verblieben oder inzwischen wieder in diese zurückgekehrt. Die Aufrechterhaltung der militärischen Zucht und Ordnung sowie das Ansehen des deutschen Heeres erfordert ein korrektes Verhalten jedes einzelnen. Der Soldat muß wissen, daß das Privateigentum der Bewohner des feindlichen Landes unantastbar und durch das Völkerrecht geschützt ist. Es ist dabei unwesentlich, ob die Eigentümer zurückgeblieben sind oder infolge höherer Gewalt ihren Besitz vorübergehend verlassen haben.

Ich befehle daher:

1. In bewohnten Grundstücken ist jede eigenmächtige Aneignung von Gegenständen, auch des täglichen Bedarfs, verboten. Unter das Verbot fällt auch die Aneignung von Alkoholbeständen, landwirtschaftlichen und gärtnerischen Erzeugnissen.

Grundsätzlich ist in verlassenen Häusern das Eigentum der geflüchteten Landeseinwohner ebenfalls unangetastet zu lassen. Es bestehen jedoch keine Bedenken, wenn vorhandene Lebensmittelvorräte sowie landwirtschaftliche und gärtnerische Erzeugnisse, die sonst der Gefahr des Verderbens ausgesetzt wären, zur zusätzlichen Verköstigung der Truppe aufgebraucht werden. Dabei darf es sich jedoch nur um Sachen geringen Wertes handeln. Von dem Vorhandensein größerer Vorräte in noch verlassenen Unterkünften ist dem jeweiligen Ortskommandanten

Meldung zu machen. Dieser hat im Vernehmen mit der einheimischen Ortsbehörde für eine geeignete Verwertung dieser Gegenstände zu sorgen.

Jeder Verstoß gegen diesen ausdrücklichen Befehl wird künftig entweder disziplinar oder, soweit erforderlich, gerichtlich bestraft.

2. Der Soldat hat alles, was er über das ihm dienstlich Gelieferte hinaus benötigt, ordnungsgemäß zu kaufen. Die Disziplinarvorgesetzten haben durch Belehrung darauf hinzuwirken, daß ihre Truppe bei ihren Einkäufen Maß hält.

3. Die Vornahme von Beitreibungen ist allgemein verboten.

Die Disziplinarvorgesetzten haben ihre Untergebenen eindringlich und wiederholt über diesen Befehl zu belehren. Sie sind für die genaue Einhaltung und Durchführung dieses Befehls verantwortlich.

Der Oberbefehlshaber der 12. Armee: gez. List, Generaloberst.«

1. Heinrich Wendig, *Richtigstellungen zur Zeitgeschichte*, Heft 14, Grabert-Verlag, Tübingen 2002, S. 58 f.

2. Ders., Heft 13, Tübingen 2001, S. 61 f.; ders., Heft 10, Tübingen 1997, S. 50.

3. Ders., Heft 2, Tübingen 1991, S. 44.

4. Zitiert in Erich Kern (Hg.), *Verheimlichte Dokumente. Was den Deutschen verschwiegen wird*, FZ-Verlag, München 1988, S. 225 f.

### **Tagesbefehl Karl Dönitz' an die U-Bootwaffe anlässlich der Einstellung des U-Bootkrieges am 4. 5. 1945.**

»Meine U-Boots-Männer!

Sechs Jahre U-Boot-Krieg liegen hinter uns. Ihr habt gekämpft wie die Löwen. Eine erdrückende materielle Übermacht hat uns auf engstem Raum zusammengedrängt. Von der verbleibenden Basis aus ist eine Fortsetzung unseres Kampfes nicht mehr möglich.

U-Boots-Männer! Ungebrochen und makellos legt ihr nach einem Heldenkampf ohnegleichen die Waffen nieder. Wir gedenken in Ehrfurcht unserer gefallenen Kameraden, die ihre Treue zu Führer und Vaterland mit dem Tode besiegelt haben.

Kameraden! Bewahrt Euch Euren U-Boots-Geist, mit dem ihr die langen Jahre hindurch tapfer, zäh und unbeirrt gekämpft habt, auch in Zukunft zum Besten unseres Vaterlandes.

Es lebe Deutschland!

Euer Großadmiral.«

Zitiert in Walter Lüdde-Neurath, *Regierung Dönitz. Die letzten Tage des Dritten Reiches*, Druffel-Verlag, Leoni 1980, S. 137.

## 9. Britische Terrorangriffe auf Paris

Der von den Briten begonnene uneingeschränkte Bombenkrieg gegen Zivilisten<sup>1</sup> wurde von den Alliierten ohne Skrupel auch gegen die Bevölkerung verbündeter und von den Deutschen besetzter Länder geführt. Wir berichteten bereits über die Bombardierung der französischen Stadt Nantes vor und nach der Invasion und wiesen darauf hin, daß dieses nicht der einzige Terrorangriff gegen französische Orte war.<sup>2</sup>

Auch Paris mit seinen Vororten wurde mehrfach bombardiert, besonders stark am 3. März 1942. Über diesen Angriff veröffentlichte die französische Agentur Ofi folgende amtliche Verlautbarung:

»Auf 600 Tote und 1000 Verletzte soll sich die Zahl der Opfer des Bombenangriffs der RAF in der Nacht zum Mittwoch auf die Pariser Umgebung belaufen. Die nationale Porzellanmanufaktur von Sèvres und das Rodin-Museum in Meudon wurden schwer beschädigt. In Boulogne wurden etwa 150 bis 200 Häuser zerstört. Man rechnet dort mit 400 Toten und 1000 Verletzten. In Clamart wurden 12 Häuser zerstört, zwei Menschen wurden getötet und 5 verletzt. In Issy-Les-Moulineaux wurden 20 Häuser zerstört. Dort zählte man 17 Tote und eine große Anzahl Verletzter. In Villejuif wurden 15 Häuser zerstört. Dort waren 4 Tote und 8 Verletzte zu beklagen. Montrouge: 1 Toter. Neuilly: 3 Leichtverletzte. Peco: 15 Tote und 21 Verletzte. Sèvres: 3 Tote und Verletzte. Von Rueil liegen noch keine Meldungen vor. Man befürchtet, daß die Zahl der Opfer in Boulogne und Billancourt sich erhöhen wird, denn die Eingänge zu Luftschutzkellern, in welchen 150 Menschen Zuflucht suchten, waren verschüttet und waren bisher noch nicht wieder zugänglich.«<sup>3</sup>

In einer Botschaft des in Vichy amtierenden französischen Präsidenten Marschall Pétain vom 7. März 1943 zu diesem Angriff heißt es:

». . . Wir können kaum Worte finden, um unsere Gefühle zum Ausdruck zu bringen, so sehr sind wir noch von den Berichten über diese Schreckensnacht ergriffen. Ganze Straßen verschwunden, Stadtviertel dem Erdboden gleichgemacht, Familien dezimiert, Kinder aus der Wiege ins Grab gestürzt, armselige Reste menschlicher Leiber unter beißendem Rauch aus den Trümmern geborgen, Tote und Verwundete im Morgengrauen gesammelt – all dieses Furchtbare, das Ihr durchmachen müßt, haben wir im einzelnen mit Euch erlebt.

Euer Leid fühlt ganz Frankreich aus tiefster Seele.

Für Worte des Hasses ist in dieser Stunde innigsten Mitgefühls kein Raum. Die Geschichte hat ihr Urteil über den verbrecherischen Angriff eines ehemaligen Verbündeten bereits gefällt, eines Verbündeten, der

nur deshalb unsere Soldaten allein in den Tod gehen ließ, um zwei Jahre später mit kalter Überlegung unsere unschuldige Zivilbevölkerung hinhinmorden zu können.

Kein Kriegsgesetz und kein Vorwand irgendwelcher Art vermöchten vor dem menschlichen Gewissen derartig blutige Hekatomben zu rechtfertigen. . .«<sup>4</sup>

Am 12. Mai 1943 gab die französische Regierung in Vichy eine zusammenfassende Verlautbarung zu den bis dahin – also lange vor der Invasion – erfolgten anglo-amerikanischen Bombenangriffen auf Frankreich und zu den zivilen Opfern ab, in der angeführt wird:

»Die Statistik der blutigen Nächte und Tage der drei letzten Jahre zeigt ein verhängnisvolles Ansteigen. So sind in der Zeit vom 1. Januar bis zum 15. April 1943, also in nur dreieinhalb Monaten, durch englisch-amerikanische Fliegerangriffe auf französisches Gebiet, und zwar ausschließlich auf das Mutterland, 1646 Personen getötet und 3033 verwundet worden, während im ganzen Jahr 1942 die betreffenden Zahlen 2585 Tote und 5648 Verwundete und im Jahre 1941 527 Tote und 1104 Verwundete betragen. . .

Auch die Zahl der getroffenen Gebäude hat sich in erschreckendem Maße erhöht. Die Städte Lorient und St. Nazaire sind fast völlig dem Erdboden gleichgemacht; die meisten Luftangriffe richteten sich gegen: Le Havre, Abbéville, Dunkerque (Dünkirchen), Brest, Cherbourg, Dieppe, Rouen und Caen.

Am härtesten wurde die Bevölkerung der Pariser Gegend betroffen: 1081 Tote; dazu kommen: St. Nazaire mit 483 Toten, Rouen 378, Le Havre 339. Lorient 334, Rennes 300, Lille 283, Brest 234, Boulogne-sur-Mer 113; endlich Morlaix 82, Dünkirchen 72 und Cherbourg mit 44 Toten. . .

Die obigen Zahlen werden für alle Zeiten in der Geschichte unseres Vaterlandes neben den Listen der durch die Überfälle auf Mers-el-Kebir, auf Dakar, auf Syrien, auf Madagaskar und Casablanca verursachten militärischen Verluste erscheinen und gleichermaßen Zeugnis ablegen von der barbarischen Art der angelsächsischen Kriegführung und dem Anteil Frankreichs an dem unter schweren Opfern erkaufte Aufbau Europas.«<sup>5</sup>

Der während der deutschen Besatzung in Frankreich gebliebene englische Beobachter Sisley Huddleston schreibt in seinem Buch über die anglo-amerikanischen Bombenangriffe in dieser Zeit: »In einer mir bekannten Stadt (in der Normandie) wurden von 5000 Einwohnern 2000 getötet oder verwundet, und kaum ein Haus blieb stehen. Es ist besser, die Überlebenden nicht zu fragen, was sie heute denken. Unter der offiziellen Freundschaft für England und Amerika glimmt ein Gefühl, ungerecht behandelt worden zu sein.«<sup>6</sup>



Und Captain Russell Grenfell erinnert sich: »Ich selbst befand mich am Tage der Landung (Invasion, H.W.) in einem Stadtteil von Courseulles an der Normandieküste und wurde davor gewarnt, mich allein in den weniger belebten Teil der Kleinstadt zu begeben, denn die französischen Bewohner seien wegen der Art ihrer Befreiung so auf Rache aus, daß sie jede günstige Gelegenheit benützten, ihre Befreier aus dem Hinterhalt umzulegen. Ein Land zu bombardieren, seine Fabriken zu zerstören, seine Städte dem Erdboden gleichzumachen, seine Einwohner zu verwunden oder töten: das heißt gegen dieses Land Krieg führen, ob es nun – wirklich oder angeblich – zum Nutzen dieses Landes getan wird oder nicht.«<sup>7</sup>

Zu den von uns bereits angeführten Belegen für die Urheberchaft der Anglo-Amerikaner für den Bombenkrieg gegen Zivilisten seien noch zwei Zitate nachgetragen. So schrieb der frühere Staatssekretär im britischen Luftfahrtministerium J. M. Spaight in seinem Buch über den Bombenkrieg: »Da wir uns nicht im klaren waren, wie eine propagandistische Verdrehung der Wahrheit psychologisch wirken würde – der Wahrheit nämlich, daß wir mit der strategischen Bombenoffensive begonnen hatten –, scheuten wir davor zurück, unserer großen Entscheidung vom 10. Mai 1940 die verdiente Publizität zu geben. Das war sicherlich ein Fehler, immerhin war es ein prächtiger Entschluß!«<sup>8</sup> Und Alexander Demandt bestätigt die Verantwortlichkeit Churchills für diesen Verstoß gegen das Völkerrecht, den dieser bereits am 10. Mai 1940 beschloß: »Die Absicht, den Krieg aus der Luft zu gewinnen, geht unmittelbar auf ihn zurück. Den Bombenkrieg gegen die deutschen Städte hatte er am 10. Mai 1940 eröffnet.«<sup>9</sup>

1. Heinrich Wendig, *Richtigstellungen zur Zeitgeschichte*, Grabert-Verlag, Tübingen 2002, Heft 14, S. 21–26.

2. Ebenda, S. 34 f.; vgl. Maximilian Czesany, *Alliierter Bombenkrieg. Der Luftkrieg gegen Europas Zivilbevölkerung*, Druffel-Verlag, Leoni 1986.

3. Auswärtiges Amt Berlin (Hg.), *Dokumente über die Alleinschuld Englands am Bombenkrieg gegen die Zivilbevölkerung*, Acheson Weißbuch der Deutschen Regierung, Berlin 1943, Nachdruck Archiv-Edition, Viöl 1995, S. 155.

4. Ebenda, S. 156.

5. Ebenda, S. 165.

6. Sisley Huddleston, *Pétain, Patriot or Traitor*, A. Dakers, London, S. 202; zitiert in Captain Russell Grenfell, *Bedingungsloser Haß? Die deutsche Kriegsschuld und Europas Zukunft*, K.W. Schütz Verlag, Pr. Oldendorf 1972, S. 135.

7. Grenfell, ebenda, S. 135.

8. J. M. Spaight, *Bombing Vindicated*, Verlag Geoffrey Bles, London 1944, S. 74. Zitiert in Russell Grenfell, ebenda, S. 139.

9. Alexander Demandt, *Vandalismus*, Siedler-Verlag, Berlin 1997, S. 178 f.

## 10. Zur Lage der Juden in Polen vor 1942

Der polnische Staat war in der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg ausgesprochen antisemitisch. Immer wieder kam es zu blutigen Pogromen gegen seine starke jüdische Minderheit, insbesondere in den Jahren 1936 und 1937. Im Juli 1937 schrieb die amerikanische Monatszeitschrift *The Fight*, das Organ der amerikanischen Liga gegen Krieg und Faschismus, also eine Zeitschrift, die wohl kaum der Sympathie zum damaligen Nationalsozialismus verdächtig war, unter der Überschrift »Polnische Pogrome«<sup>1</sup>: »In keinem Land ist der Antisemitismus so anhaltend und zerstörerisch wie in Polen.« Das war mehr als vier Jahre nach der Machtübernahme Hitlers und lange nach dem Erlaß der Nürnberger Gesetze.

In der *Nation*, einer der bedeutendsten liberalen Zeitschriften in den USA, schrieb am 2. 4. 1938 William Zuckermann, selbst ein Jude<sup>2</sup>: »In den letzten Jahren haben die Juden (in Polen, H.W.) beinahe ständig körperliche Angriffe und Pogrome erdulden müssen. . . Dieser Ausbruch antisemitischer Bestialität findet nicht seinesgleichen in Europa, nicht einmal im Nazideutschland, wo trotz der gemeinen Propaganda. . . und der grausamen antijüdischen Gesetze des Staates das Volk selbst sich durch kein einziges antijüdisches Pogrom entwürdigt hat.«

(Leider ist es im November desselben Jahres doch zu einem Pogrom in Deutschland gekommen, allerdings nicht durch »das Volk«, sondern durch Parteistellen.)

Über das Schicksal der rund drei Millionen Juden im Polen der Zwischenkriegszeit schrieb der polnisch-jüdische Historiker Emanuel Ringelblum in sein Tagebuch: »Der wirtschaftliche Boykott ließ den wildesten Instinkten des Mobs freien Lauf, der straflos tobte, Marktburden und kleine Läden zerstörte, Pogrome und Exzesse veranstaltete, ohne daß die staatlichen Sicherheitsorgane ihn daran gehindert hätten. Dies führte das Land in einen Zustand fortwährender Unruhe, verwandelte Polen in ein Mexiko, in ein Land, in dem Macht und Rechtlosigkeit herrschen. Man erzeugte solche Zustände, daß im Lande das Unkraut des Hitlerismus, des Rassismus beziehungsweise der neuzeitlichen Menschenfresserei erblühen konnte.«<sup>3</sup>

Der deutsche Historiker Alfred Schickel kommentierte dieses Zitat mit den Worten: »Kein Wunder, daß es viele Tausende von Juden angesichts solcher Drangsalierungen vorzogen, das Land zu verlassen und sich vor allem im benachbarten Deutschland niederzulassen.« Da mußte es ihnen offenbar besser gehen.<sup>4</sup>

Zu den Zuständen in der polnischen Armee schreibt Schickel: »So war

das Verhältnis des jungen polnischen Offizierskorps zu den Juden das gleiche wie jenes der Mehrheit der polnischen Intelligenz zu den jüdischen Mitbürgern. Für höhere Offiziersränge waren Juden nicht zugelassen, auch wenn sie die besten Voraussetzungen mitbrachten. In die Berufsarmee wurden sie überhaupt nicht aufgenommen. Die 1919 bei der Staatsgründung aus der militärischen Konkursmasse der kaiserlich deutschen und österreichischen Armee zur Verfügung stehenden jüdischen Soldaten, Unteroffiziere und Offiziere sollten wie später aus zuverlässiger Quelle bekannt wurde, nicht etwa in die neuen Streitkräfte der polnischen Republik übernommen, sondern in aller Stille ›eliminiert‹ werden. Zu diesem Zwecke erteilte der Generalstabschef der polnischen Armee, General Sosnkowski, im Jahre 1920 den geheimen Befehl, diese rund 10 000 Juden in einem Lager bei Jablonna im Bezirk Warschau zu isolieren, um sie bei passender Gelegenheit samt ihren Unterkünften in die Luft zu sprengen. Der Plan wurde jedoch vorzeitig aufgedeckt und das Lager daraufhin aufgelöst. Mittlerweile waren immerhin einige tausend dieser ›Lagerbewohner‹ an Hunger und Epidemien gestorben, und von denen, die die Freiheit wiedererlangten, blieben viele ihr Leben lang Krüppel.«<sup>5</sup>

Auch für die Zeit des Kriegs liegen amerikanische Berichte vor, die das Urteil Goldhagens<sup>6</sup>, die antisemitische Politik der Reichsregierung sei vom ganzen deutschen Volk mitgetragen worden, widerlegen und richtigstellen. So brachte das amerikanische Wochenmagazin *Time* – das Vorbild des *Spiegels* – am 10. 11. 1941 unter anderem einen Bericht, der auch im Rundfunk gebracht worden war, von George Axelson von der *New York Times*. Darin wird über das Verhalten der Mehrheit der deutschen Bevölkerung wie folgt geurteilt: »In öffentlichen Plätzen oder bei der Arbeit mit jüdischen Mitarbeitern in Fabriken scheint der deutsche Arbeitnehmer den Juden als gleichberechtigt zu behandeln.« Und der NBC- (National Broadcasting Corporation) Reporter Axel Dreyer berichtete nach seiner Ausweisung aus Deutschland: «Während meines ganzen Aufenthalts in Deutschland sah ich keinen einzigen deutschen Zivilisten jemals an einem Angriff auf einen Juden teilnehmen.»<sup>7</sup>

1. Zitiert in James J. Martin, *The Man who invented Genocide*, Torrance (USA) 1984, S. 35.

2. Ebenda.

3. Zitiert aus Emanuel Ringelblum, *Ghetto Warschau. Tagebuch aus dem Chaos*, Stuttgart 1967, in: Alfred Schickel, *Deutsche und Polen. Ein Jahrtausend gemeinsamer Geschichte*, Gustav Lübbe-Verlag, Bergisch Gladbach 1984, S. 199.

4. Schickel, ebenda.

5. Schickel, ebenda, S. 201.

6. Daniel Goldhagen, *Hitlers willige Vollstrecker*, Siedler, Berlin 1996.

7. Zitiert in Martin, aaO. (Anm. 1), S. 35 f.

# 11. Hitler habe Aids-Virus entwickelt

Nach der weltweit zunehmenden Ausbreitung der Aids-Krankheit verbreiteten sich Gerüchte, daß das Aids-Virus in einem Labor für chemische und biologische Kriegführung in den USA entstanden sei, von wo es dann von den als Versuchspersonen benutzten Menschen in die Öffentlichkeit geschleppt worden sei. Anfang 1992 soll dieses Gerücht nach Pressemeldungen aus inzwischen ausgewerteten Stasi-Akten als kommunistische Desinformation erkannt worden sein.<sup>1</sup>

Wenige Jahre vorher war eine absurde, in das Muster der Umerziehung passende und Deutschland erneut belastende Behauptung in amerikanischen Medien aufgetaucht. So hatte die in Florida erscheinende Wochenzeitschrift *Sun* am 3. 1. 1989 unter der Schlagzeile »Hitler's Labs created Aids-Virus« (Hitlers Labore erzeugten Aids-Virus) die sensationelle Nachricht verbreitet, daß der angeblich für alles Böse in der Welt zuständige Hitler auch für diese Geißel der Menschheit verantwortlich sei. Unter Berufung auf einen angeblichen Kronzeugen Rudolph Kessler wurde behauptet, Hitler sei sehr begeistert von der Idee gewesen und habe ausgerufen: »Das ist die perfekte Waffe!« Der Führer habe geäußert: »Damit zwingen wir die Amerikaner in die Knie, denn sie sind alle sexbesessen und degeneriert.« Den besorgten Einwand, die Seuche könne dann auch auf Deutschland übergreifen, habe Hitler mit den Worten abgewehrt: »Wir sind eine höher stehende Rasse!« Dazu habe er – für den amerikanischen Leser sehr publikumswirksam dargestellt – dem Kritiker der Aids-Waffe kreischend ins Gesicht geschlagen.<sup>2</sup>

Wie *Sun* weiter berichtete, habe Hitler dann ein Flugzeug mit dem entwickelten Aids-Virus an Bord 1944 starten lassen, damit es das Virus über Afrika nach Nordamerika bringen solle. Die deutsche Maschine sei aber über dem schwarzen Kontinent abgestürzt und habe die Neger in Zentralafrika infiziert, womit gleichzeitig auch erklärt wäre, warum die Seuche schwerpunktartig in diesem Land auftrat und auftritt.

Daß der nächste Weg vom besetzten Westeuropa nach New York nicht gerade über das zentrale Afrika führt, würden wohl nach Ansicht der *Sun*-Journalisten ihre Leser kaum merken. Im Rahmen der Umerziehung ist eben jeder Unsinn erlaubt.

1. *National-Zeitung* vom 29. 3. 1992.

2. Zitate nach Anm. 1.

## 12. Zum Verhalten italienischer Partisanen

Es ist in den deutschen Massenmedien üblich, den deutschen Soldaten möglichst große Kriegsverbrechen vorzuwerfen, dagegen die der Alliierten nach Kräften herabzusetzen. Nicht nur die Heer-Reemtsmasche Anti-Wehrmachtausstellung legte davon ein Zeugnis ab. Diese Methode wurde und wird auch auf die Berichterstattung über die im Zweiten Weltkrieg völkerrechtswidrig operierenden Partisanen angewandt.

In einer Fernsehdarstellung des Senders 3SAT vom 8. Mai 2000 um 20.15 Uhr wurden unter anderem private Filme von Angehörigen der verschiedensten Nationen gezeigt. Darunter war auch ein Streifen eines katholischen Priesters, der in Italien bei den kommunistischen Partisanen tätig war. Es wurden darin deutsche und italienische (faschistische) Gefangene der Partisanen vorgeführt, und der italienische Kommentator erklärte, man habe diese sehr gut behandelt, weil man sie gegen gefangene Partisanen habe austauschen wollen. Das mag durchaus im Einzelfall stimmen – aber es gab leider auch andere Fälle, vor allem gegen und nach Kriegsende, als die Partisanen keine Repressalien von seiten der Deutschen mehr zu fürchten brauchten.

Was auch passierte – und das brachte die Fernsehsendung nicht –, berichtete beispielhaft ein Redakteur der *Gazetta di Modena* in einem Brief an verschiedene deutsche Persönlichkeiten<sup>1</sup>. Schon in den achtziger Jahren habe ein Priester über ein Massaker an mehreren Dutzend deutschen und italienischen Gefangenen berichtet, doch sei bisher kein Beweis für die grausame Tat vorhanden gewesen. 1999 habe man im Herzogspalast ein Massengrab entdeckt. Insgesamt seien hier 43 Gefangene – Deutsche, Italiener und russische Hilfswillige – ermordet worden, und zwar am 25. April 1945. Man habe sie gezwungen, sich auszuziehen, auch die Erkennungsmarken seien ihnen abgenommen worden, um eine spätere Identifizierung zu verhindern. Allerdings habe ein anderer Partisanenführer bereits eine Namensliste angefertigt gehabt, die sich im Geheimarchiv von Sassuolo befinde. Auch ein brasilianischer Offizier, der auf amerikanischer Seite kämpfte, habe das Massaker in einem Buch bestätigt.

Solche Kriegsverbrechen wurden nicht geahndet. Aber gleichzeitig liefen bis vor kurzem Prozesse in Italien gegen deutsche Offiziere, die angeblich verbrecherische Repressalien gegen die Bevölkerung der Orte veranlaßten, in denen ähnliche Untaten von den Partisanen begangen worden waren.

1. Brief vom 31. 8. 1999 an die Kameradschaft der ehemaligen 94. Infanteriedivision, liegt in Kopie dem Verfasser vor.

### 13. Revision von KZ-Opferzahlen

Eine wesentliche Stelle in der Deutschland zugeschriebenen Schuld aus der Zeit des Zweiten Weltkrieges nehmen die Zahlen der Opfer in den Konzentrationslagern (KL) ein. Diese Zahlen wurden im Rahmen der den Deutschen bis zur Gegenwart verordneten Umerziehung teilweise ins Groteske übertrieben, wobei die Massenmedien in unverantwortlicher Weise zur Verbreitung der unzutreffenden Beschuldigungen beitrugen.

Als ein bezeichnendes Beispiel sei ein Artikel aus dem Sommer 1945 gebracht<sup>1</sup>. Unter der Balkenüberschrift »Sechszwanzig Millionen Todesopfer in den Nazi-Konzentrationslagern. Tagesrekord: 15 000 Ermordete« heißt es dort: »Eine erste amtliche Statistik. London, 28. Aug. (Reuter) Der Pariser Korrespondent des *New Chronicle* schreibt, daß nach den offiziellen Zahlen, die von französischen Beamten aufgestellt wurden, welche von ihrer Regierung den Auftrag erhalten hatten, eine Untersuchung über die Zahl der Todesopfer in den Konzentrationslagern anzustellen, insgesamt sechszwanzig Millionen Menschen in den Nazi-Konzentrationslagern ermordet worden sind. Der größte Teil der Opfer entfällt auf das Konzentrationslager Dachau. Dort wurden täglich zwölf- bis fünfzehntausend Personen umgebracht. Der Korrespondent fügt hinzu, daß die Schlächter von Dachau am 10. Juli 1944 ein Festgelege veranstalteten, um den täglichen Rekord zu feiern. Sie hatten an diesem Tage vierundzwanzigtausend Männer, Frauen und Kinder getötet. Für jeden anständigen Deutschen gibt es darauf nur eine Antwort: Kein Mitleid mit diesen Verbrechern!«

Wie schludrig der Artikel verfaßt ist, geht schon daraus hervor, daß in der Überschrift ein »Tagesrekord« von 15 000, im Text ein solcher von 24 000 angegeben ist – eine schier unvorstellbare Zahl! Der letzte Satz soll dann »volkspädagogisch« wirken.

Der »größte Teil der Opfer« von 26 Millionen – also wohl mehrere Millionen – entfalle auf das KL Dachau, eine durch nichts belegte Behauptung. Für eine lange Zeit nach dem Krieg wurden offiziell für das KL Dachau 238 000 Opfer angegeben – so von Pastor Martin Niemöller –, bis man dann – auch Ignatz Bubis im Fernsehen – auf eine Zahl um 32 000 Opfer kam. Nach einem Brief des Standesbeamten Butterweck vom Sonderstandesamt Arolsen vom 16. 1. 1984 lagen bis zum 31. 12. 1983 für das KL Dachau 18 451 beurkundete Sterbefälle von Häftlingen vor (s. u., S. 32). In dem Artikel von 1945 wird die wirkliche und zu bedauernde Opferzahl also mehr als verhundertfacht.

Dachau wird in dem Saarbrücker Blatt als das KL mit den größten Todeszahlen genannt. Das KL Auschwitz, nach heutiger Meinung das größte Vernichtungslager, wird nicht einmal erwähnt, und das mehr als vier Monate nach Ende des Krieges und mehr als sieben Monate nach Eroberung des KL Auschwitz durch die Russen. Das wirft auch die Frage auf, wie, wenn das umfassend informierte Reuter-Büro von dem später behaupteten Geschehen von Auschwitz nichts wußte, dann die allgemeinen Deutschen davon gewußt haben sollten?

Nach 1945 wurde auch lange das Märchen von Massenvergasungen in Dachau verbreitet, später hieß es, Gaskammern seien dort im Kriege gebaut, aber nicht mehr verwendet worden. Noch am 12. 8. 1960 fiel *Die Zeit* über General a.D. Unrein her, der gegenüber britischen Besuchern erklärt hatte, es habe vor dem Einmarsch der Amerikaner in Dachau keine Gaskammern gegeben, was sogar zu einer Bundestagsdebatte am 28. 9. 1960 führte.<sup>2</sup> Dazu schrieb Martin Broszat als Vertreter des angesehenen Münchener Instituts für Zeitgeschichte<sup>3</sup>: »Weder in Dachau, noch in Bergen-Belsen, noch in Buchenwald sind Juden oder andere Häftlinge vergast worden.« Und ein knappes Jahr später erweiterte er seine Aussage noch in einem Brief an einen schwedischen Fragesteller: »Damit dieser vieldiskutierte, aber oft falsch dargestellte Komplex richtig beurteilt werden kann, habe ich in meiner Zuschrift ausgeführt, daß in Dachau ebensowenig wie in anderen Konzentrationslagern des Altreiches Vergasungen stattgefunden haben.«<sup>4</sup> Damit wurden auch falsche Behauptungen im Nürnberger Prozeß richtiggestellt.<sup>5</sup> In Dachau wie in Sachsenhausen wurden die nach 1945 als von den ›Nazis‹ benutzt vorgeführten Gaskammern anscheinend erst auf Befehl der Alliierten nach der Kapitulation der Deutschen Wehrmacht eingebaut.<sup>6</sup>

Eine ähnliche Verringerung der Zahl der Opfer läßt sich im Laufe der Zeit für das KL Auschwitz feststellen. »Vier Millionen Opfer im nationalsozialistischen Arbeits- und Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau zählte 1945 die sowjetische Untersuchungskommission, ein Produkt der Kriegspropaganda. Lagerkommandant Höß nannte unter Druck drei Millionen und widerrief. . . Der erste Holocaust-Historiker Gerald Reitlinger vermutete eine Million, der letzte Forschungsstand bezifferte mehrere Hunderttausend weniger.«<sup>7</sup> Im April 1990 wurde nach neuen polnischen Forschungen die Inschrift von vier Millionen Opfern in Auschwitz auf den 19 Gedenktafeln in 19 Sprachen, vor denen am 7. Juni 1979 auch der aus Polen stammende Papst Johannes Paul II. gebetet hatte, entfernt, und man ging nun von 1 bis 1,5 Millionen Toten aus<sup>8</sup>, was damals den heftigen Widerspruch von Heinz Galinski, dem Leiter der Jüdischen Gemeinde in Berlin, herausforderte. Der Franzose Jean-Claude Pressac kam wenige Jahre später in seinem Buch<sup>9</sup> zu dem

Ergebnis, daß diese Zahl um weitere Hunderttausende zu verringern sei und insgesamt um 630 000 bis 711 000 Auschwitzopfer zu beklagen seien, davon bis zu 550 000 Juden.

In einer neuen Studie<sup>10</sup> überprüfte der Leitende *Spiegel*-Redakteur Fritjof Meyer die bisherigen Angaben zu Auschwitz und kam nach Auswertung neuer Erkenntnisse zu dem Ergebnis, daß insgesamt bis zu 510 000 Menschen in dem KL Auschwitz umgekommen seien. Insbesondere behauptet er, daß die bisherigen Angaben zu den Gaskammern unzutreffend seien, und meint, zwei kleine Bauernhäuser seien in weit geringerem Umfang, als bisher angenommen, als Gaskammern benutzt worden. Die ersten Nachkriegszahlen der Sowjets seien »ein Produkt der Kriegspropaganda«, das »Geständnis« des Auschwitz-Kommandanten Höß sei unter unmenschlichen Folterungen erpreßt worden. Die bisher zu dem Thema Forschenden hätten falsche Annahmen zugrunde gelegt. In Zukunft sind wohl noch weitere Herabsetzungen der Opferzahlen zu erwarten. Die nicht ganz vollständigen, 1989 von der Sowjetunion freigegebenen Totenbücher von Auschwitz weisen für fast die ganze Lagerzeit 66 000 Tote auf.

Bezeichnend ist in diesem Zusammenhang die Reaktion in der Öffentlichkeit und in den Massenmedien auf diese Revisionen der Opferzahlen. Für Leugnung und Verharmlosung des Holocaust wurde 1985 in der Bundesrepublik Deutschland ein neues Sonderstrafgesetz (§ 130 des StGB) erlassen, nach dem viele Revisionisten inzwischen verurteilt wurden, teilweise zu erheblichen Haftstrafen wie Germar Rudolf, Udo Walendy oder Günter Deckert. Einschlägige Bücher aus revisionistischer Sicht mit dem ernsthaften Bemühen um die historische Wahrheit wurden und werden in Deutschland verboten, eingezogen und verbrannt. Die Gesamtzahl von sechs Millionen jüdischer Opfer darf trotz der nun amtlichen Herabsetzung der Zahl der Auschwitz-Opfer um fast 3,5 Millionen auch heute in Deutschland noch nicht bezweifelt werden, obwohl der angesehene Militärhistoriker Joachim Hoffmann bewies, daß die Zahl von sechs Millionen Opfern als eine reine Propagandazahl von dem russischen Ideologen Ilja Ehrenburg am 4. Januar 1945, also Wochen vor der Einnahme von Auschwitz durch die Russen, aufgebracht wurde, nachdem dieser schon am 5. Oktober 1944 von »Millionen wehrloser Menschen« geschrieben hatte, die die Deutschen angeblich in »Vernichtungslagern« in Polen »abschlachteten«.<sup>11</sup>

Den Druck der politischen Korrektheit bekam noch im Jahre 2002 auch Meyer zu spüren, obwohl er als Leitender Redakteur des *Spiegels* nicht als rechtsextremer Revisionist zu verdächtigen ist. Wegen seines vorstehend genannten Aufsatzes wurde er in der sonst angesehenen *Welt*<sup>12</sup>, ohne daß dabei auf die Stichhaltigkeit seiner Beweisgründe eingegangen



wurde oder seine Ergebnisse zu widerlegen waren, als »Kronzeuge« für »Holocaust-Leugner und Auschwitz-Relativierer« diffamiert, der sich »den Vorwurf gefallen lassen« müsse, »den Vergangenheitsverfälschern leichtfertig Vorlagen zu liefern«.

Ein ähnliches Tabu herrschte bis 1990 in Osteuropa. In einem Leserbrief schrieb der Forschungskurator des Auschwitz-Museums, Waclaw Dlugoborski, zu der Opferzahl von Auschwitz: »Kurz nach Kriegsende wurde sie von einer sowjetischen Untersuchungskommission ohne weitere Nachforschungen auf vier Millionen festgelegt. Obwohl von Anfang an Zweifel an der Richtigkeit der Schätzung bestanden, wurde sie zum Dogma. Bis 1989 galt in Osteuropa ein Verbot, die Zahl von vier Millionen Getöteten anzuzweifeln; in der Gedenkstätte von Auschwitz drohte man Angestellten, die an der Richtigkeit der Schätzung zweifelten, mit Disziplinarverfahren.«<sup>13</sup>

Noch heute ist leider in Deutschland ein Zustand zu beklagen, den Hans Heinrich Wilhelm in die Worte faßte<sup>14</sup>: »Die Geschichte des Holocaust gilt heute weithin als eines der besterforschten Kapitel der neueren Geschichte. Bei näherer Prüfung pflegt sich jedoch auch auf diesem Gebiet meist sehr rasch herauszustellen, daß wir uns noch immer auf sehr schwankendem Boden bewegen. Oft ist der Konsens der Forschung nur dadurch zu erklären, daß kritiklos voneinander abgeschrieben wurde. . . Auch Schweigegebote für historische Gutachter bewirkten gelegentlich, daß der ›Forschungsstand‹ hinter dem Erkenntnisstand einiger zurückblieb.«

Rund 60 Jahre nach dem damaligen Geschehen sollte die Forschung freigegeben und sachlich durchgeführt werden. Statt dessen wird die Öffentlichkeit bis zum Überdruß, vor allem im publikumswirksamen Fernsehen, mit meist sehr von der geschichtlichen Wahrheit entfernten Zeugenaussagen versorgt. Schon vor mehr als zehn Jahren forderte der frühere langjährige Landesminister und Bundestagsabgeordneter der CDU Heinrich Lummer: »Es sollte die Zeit gekommen sein, für die Fähigkeit zu einer wissenschaftlich objektiven Betrachtung. So mancher Politiker hat mit Rücksicht auf den Vorsitzenden des Zentralrats der Juden die Wahrheit heruntergeschluckt.«<sup>15</sup>

1. *Neue Saarbrücker Zeitung* vom 31. 8. 1945.

2. Heinrich Wendig, *Richtigstellungen zur Zeitgeschichte*, Grabert-Verlag, Tübingen 1993, Heft 5, S. 50 f.; ders., Heft 6, 1994, S. 53 ff.

3. *Die Zeit* vom 19. 8. 1960.

4. Ausführlich zitiert in Wendig, aaO. (Anm. 2, 1993).

5. Internationaler Militärgerichtshof (Hg.), *Der Nürnberger Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher*, Nachdruck Delphin Verlag, München–Zürich 1984, Bd. VI, S. 370 u. 400 f.

6. Wendig, aaO. (Anm. 2, 1993).

7. Fritjof Meyer, »Die Zahl der Opfer von Auschwitz. Neue Erkenntnisse durch neue Archivfunde«, in *Osteuropa*, 52. Jg., Nr. 5/2002, S. 631.

8. *Der Spiegel*, Nr.30/1990, S. 111; *Jüdische Allgemeine Wochenzeitung*, 26. 7. 1990; Franciszek Piper, *Die Zahl der Opfer von Auschwitz*, Verlag Staatliches Museum in Oswiecim, Auschwitz 1993, gibt 1,11 Millionen Todesopfer an.

9. Jean-Claude Pressac, *Die Krematorien von Auschwitz. Die Technik des Massenmordes*, Piper-Verlag, München 1994; französische Originalausgabe *Les Crématoires d'Auschwitz*, CNRS Editions, Paris 1993.

10. Meyer, aaO. (Anm. 7), S. 631-641.

11. Joachim Hoffmann, *Stalins Vernichtungskrieg 1941–1945*, Verlag für Wehrwissenschaften, München 1995, S. 160f.

12. Sven Felix Kellerhoff, in *Die Welt* vom 28. 8. 2002.

13. Waclaw Dlugoborski, in *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 14. 9. 1998.

14. Hans Heinrich Wilhelm, *Die Schatten der Vergangenheit*, Ullstein-Propyläen-Verlag, Frankfurt–Berlin 1990, S. 403.

15. Heinrich Lummer, in *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 14. 2. 1991.

## Auskunft des Sonderstandesamtes Arolsen

### Beurkundete Sterbefälle von Häftlingen ehemaliger deutscher Konzentrationslager beim Sonderstandesamt Arolsen

	31.12.1982	vom 1.1.1983 bis 31.12.1983	insgesamt bis 31.12.1983
Auschwitz	53 606	27	53 633
Bergen-Belsen	6851	–	6851
Buchenwald	20 671	–	20 671
Dachau	18 451	–	18 451
Flossenbürg	18 330	–	18 330
Groß Rosen	8355	–	8355
Lublin	7245	426	7671
Mauthausen	78 823	1	78 824
Mittelbau	7462	–	7462
Natzweiler	4431	–	4431
Neuengamme	5706	–	5706
Ravensbrück	2128	2	2130
Sachsenhausen	5012	–	5012
Stutthof	11 237	1065	12 303
Theresienstadt	27 260	344	27 604
Verschiedene	4643	–	4643
	<b>280 212</b>	<b>1865</b>	<b>282 077</b>

Zahl der Karteikarten in der Hauptkartei des Sonderstandesamtes über registrierte KL-Sterbefälle beim Sonderstandesamt und anderen Standesämtern zum 31.12.1983 373 468

(einschließlich Hinweiskarten für

– Todeserklärungen und Anfragen von Amtsgerichten betr. Todeserklärungen  
– verschiedene Schreibarten von Familiennamen usw.)

Arolsen, den 16. 1. 1984

## 14. »Todesspritze für Soldaten«

In dem krampfhaften Bemühen, immer noch weitere Belastungen für Deutsche während der Zeit des Dritten Reiches zu finden, werden weiterhin Legenden in die Welt gesetzt. Über die Entstehung eines solchen bezeichnenden Greuelmärchens berichtete Jochen Arp<sup>1</sup>. Danach habe Ernst Klee – 1942 geboren, Studium der Theologie und Sozialpädagogik – in seinem 1983 erschienenen Buch *Euthanasie im NS-Staat*<sup>2</sup> die Vermutung geäußert, im Zweiten Weltkrieg seien schwerstverwundete deutsche Soldaten von deutschem ärztlichen Personal vorwiegend umgebracht worden, indem man ihnen Gift spritzte.

Als Beleg führt Klee an, daß ein bei einem Euthanasieprogramm tätig gewesener Arzt im Januar 1942 an seine Frau geschrieben habe, eine Gruppe von Ärzten (aus den Krankenhäusern Hadamar und Sonnenstein, wo Tötungen unheilbar Kranker vorgenommen wurden) sei jetzt »im Kampfgebiet des Ostens, um an der Bergung von Verwundeten in Eis und Schnee zu helfen. . . ein ganzes Kommando von 20 bis 30 Personen«.<sup>3</sup> Ferner gibt Klee an, »die Ehefrau eines Heizers. . . und vorübergehend Zimmervermieterin der Tötungsschwester Kneißler« habe berichtet, diese habe ihr »anläßlich eines Gewitters, bei dem sie eine riesige Angst hatte«, erzählt, daß sie »in Rußland in den Lazarets Spritzen gegeben. . . habe, an denen Soldaten schmerzlos gestorben seien«.

Ausdrücklich fügt der Verfasser jedoch zu seiner Absicherung hinzu: »Wozu das Hadamar- und Sonnensteinpersonal im Januar 1942 tatsächlich. . . verwendet wurde, ist nicht geklärt.«<sup>4</sup>

Wenige Seiten weiter schreibt Klee in seinem Buch – wieder ohne Namensangaben und somit unüberprüfbar –, eine »Chefsekretärin« habe von einer Schwester berichtet, diese habe »einmal acht Soldaten gespritzt und weggeräumt. Das hat sie selbst erzählt. Die sind weggestorben wie die Fliegen; Beinamputierte, Doppelamputierte, die hat sie alle weggeräumt«.

Als seriöse Quellen sind solche nicht namentlich bezeichneten Berichte über die Erzählungen Dritter nicht zu verwenden. Dennoch wurden diese nicht überzeugend belegten Vermutungen dann von anderen Autoren als feststehende Tatsachen betrachtet und weiterberichtet.

So schrieb wenige Jahre später der Amerikaner Robert Jay Lifton in seinem Buch *Ärzte im Dritten Reich*<sup>5</sup> bereits, die genannte Ärztgruppe habe »offensichtlich« Euthanasie an deutschen Schwerverwundeten

vorgenommen, und er behauptet zudem ohne weiteren Beweis, auch psychisch schwer geschädigte deutsche Soldaten seien, weil nicht mehr im Einsatz an der Front verwendungsfähig, vorsätzlich umgebracht worden.

Das genügte anscheinend schon dem an der Universität Bremen lehrenden Erziehungswissenschaftler Professor Dr. phil. und Dr. rer. pol. Gunnar Heinsohn, der unter anderem über Antisemitismus und das Kibbuz-Modell Bücher veröffentlicht hat, als vertrauenswürdige Quelle, um die genannte Behauptung in seinen Büchern<sup>6</sup> als historisch belegte Tatsache anzuerkennen und wiederzugeben.

Auch das deutsche Fernsehen ließ sich diese neu entdeckte Belastung Deutscher nicht entgehen. Unter dem Titel »Gefoltert und gemordet – wie die Wehrmachtpsychiatrie selektierte«<sup>7</sup> versuchte es, den Zuschauern den Anschein zu vermitteln, als seien deutsche Soldaten, die unter der großen Belastung an der Front psychisch krank geworden waren, von deutschen Ärzten ermordet worden. Für die genannte Sendung, in der auch Klee als Quelle zitiert wurde, wurde Professor Dr. Peter Riedesser von der Universitätsklinik in Hamburg-Eppendorf befragt, »der den Eindruck erweckte, im Rahmen der Euthanasie habe man psychisch kranke deutsche Soldaten ›tödlichen Therapien‹ unterzogen«, natürlich ohne Beweise dafür zu haben.<sup>8</sup> Anscheinend sollte der damals wegen der zahlreichen Fälschungen und Fehler abgesetzten Heer-Reemtsmaschinen Anti-Wehrmachtausstellung zugearbeitet werden.

Wie in zahlreichen anderen Fällen<sup>9</sup> im Rahmen der Umerziehung setzt jemand ein Gerücht in die Welt, das dann vergrößert und später sogar als historische Tatsache behauptet wird.

### Anmerkungen

1. Jochen Arp, »Todesspritze für Soldaten«. Aus Mutmaßungen werden ›Tatsachen‹, in *Deutsche Militärzeitschrift* Nr. 26, Juli–September 2001, S. 18.
2. Ernst Klee, *Euthanasie im NS-Staat*, Fischer-Verlag, Freiburg 1983.
3. Ebenda, S. 372.
4. Ebenda, S. 373.
5. Robert Jay Lifton, *Ärzte im Dritten Reich*, Klett-Cotta-Verlag, Stuttgart 1988.
6. Gunnar Heinsohn, *Warum Auschwitz?*, rororo, Reinbek 1995; *Das Lexikon der Völkermorde*, rororo, Reinbek 1998.
7. Fernsehen Erstes Programm, *Report*, Mainz vom 7. 5. 2001.
8. Jochen Arp, aaO. (Anm. 1).
9. Siehe zum Beispiel den klassischen Fall mit den belgischen Priestern von 1914 in: Heinrich Wendig, *Richtigstellungen zur Zeitgeschichte*, Heft 1, Grabert-Verlag, Tübingen 1990, S. 11.

## 15. Die Beneš-Dekrete

Eduard Benesch, einer der Mitbegründer der Tschecho-Slowakei 1918 und von 1918 bis 1935 Außenminister in Prag, war ab Oktober 1935 tschechischer Staatspräsident und maßgeblich verantwortlich für die Unterdrückung der Sudetendeutschen zwischen den Weltkriegen. Wenige Tage nach dem von den vier europäischen Großmächten am 29. 9. 1938 vereinbarten Münchener Abkommen trat er zurück und ging nach London, wo er als selbsternannter Kopf der tschechischen Exilregierung zum Widerstand gegen Deutschland wirkte. So verkündete er am 27. 10. 1944 über den Londoner Sender BBC seinen tschechischen Landsleuten: »In unserem Land wird das Ende des Krieges mit Blut geschrieben werden!«

Im Mai 1945 kam er als Staatspräsident nach Prag zurück und war dann führend an der grausamen Vertreibung von mehr als drei Millionen Sudetendeutschen beteiligt, wobei rund 250 000 Menschen den Tod fanden. In seiner Rede am 3. 6. 1945 in Tabor forderte er die Tschechen auf: »Werft die Deutschen aus ihren Wohnungen, macht Platz für unsere Menschen – wir hätten das schon im Jahre 1918 erledigen wollen, aber damals hielten uns die Briten die Hände gebunden. Jetzt aber wollen wir das erledigen.«

Amtliche Grundlage für die völkerrechtswidrige Vertreibung wurden die von ihm in der Zeit vom Mai 1945 bis zum Mai 1948 erlassenen sogenannten »Benesch-Dekrete«, die jeder europäischen Rechtsordnung und dem damals geltenden Völkerrecht hohnsprechen.<sup>1</sup> Das gilt insbesondere für das berüchtigte Gesetz Nr. 115, das Straffreiheitsgesetz vom 8. Mai 1946, von den Tschechen verharmlosend als »Amnestiegesetz« bezeichnet, das alle die grausamen Verbrechen, die im Zusammenhang mit der Vertreibung der Deutschen verübt wurden, als rechtmäßig erklärte und straffrei stellte.<sup>2</sup>

Diese Dekrete gelten heute noch. Sie wurden bisher nicht aufgehoben. Im Gegenteil: Das Abgeordnetenhaus des Prager Parlaments hat am 24. 4. 2002 ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen eine von allen Parteien, einschließlich der Kommunisten, vorbereitete Erklärung zu den Benesch-Dekreten verabschiedet. Darin heißt es, nachdem schon im Vorspruch erklärt worden ist, daß man allgemein Bestrebungen zurückweise, »Fragen aufzuwerfen, die mit dem Ende und den Folgen des Zweiten Weltkriegs zusammenhängen«, wahrheitswidrig, daß »2. die Nachkriegsgesetze und Dekrete des Präsidenten der Republik sich realisiert haben (konsumiert wurden) in der Zeit nach ihrer Veröffentlichung

und heute auf ihrer Grundlage keine neuen Rechtsbeziehungen entstehen können, 3. die rechtlichen und Eigentumsverhältnisse, die aus ihnen hervorgegangen sind, unbestreitbar, unantastbar und unveränderbar sind.«.

Mehrfach wurde dazu aus Prag erklärt, die Benesch-Dekrete brauchten nicht mehr aufgehoben zu werden, da sie inzwischen »obsolet«, unwirksam, geworden seien. Sie ständen auch dem angestrebten Beitritt Prags zur Europäischen Union nicht im Wege.

Das trifft aber nicht zu. In seinem im Auftrag der Sudetendeutschen Landsmannschaft erstellten Gutachten vom 7. Oktober 2002 zu der Frage »Entfalten die Beneš-Dekrete und das Gesetz Nr. 115 vom 8. Mai 1946 (Straffreiheitsgesetz) noch heute eine diskriminierende Wirkung, die dem Völkerrecht und dem Recht der Europäischen Union entgegensteht?« kommt der Würzburger Völkerrechtler Prof. Dr. Dieter Blumenwitz zu dem Ergebnis, daß die Benesch-Dekrete eben nicht durch Zeitablauf »obsolet« geworden sind. Es heißt in der Zusammenfassung des Gutachtens:

»1. Die Beneš-Dekrete, auf deren Grundlage 1945/46 3,2 Millionen Deutsche ausgebürgert und entrechtet wurden, sind nicht obsolet. Aufgehoben wurden nur jene Dekrete, die unmittelbar der Durchführung der Vertreibung dienten oder die Ansiedlung der neuen Bevölkerung regelten. Alle staatsangehörigkeits- und eigentumsrechtlichen relevanten Präsidialdekrete sind weiterhin in der Sammlung geltender tschechischer Gesetze enthalten und nach tschechischer höchstrichterlicher Rechtsprechung auch Grundlage der neuen Rechtsordnung. (Dreithaler-Entscheidung des Verfassungsgerichts). Alle das Eigentum und den staatsangehörigkeitsrechtlichen Status betreffenden Dekrete gelten fort und müssen angewendet werden, wenn die tschechische Gesetzgebung, Verwaltung oder Rechtsprechung auf sie verweisen. Bedeutsame Beispiele für diese »Nachbefolgung« sind die nach 1991 erlassenen Restitutionsgesetze. Nach der Entscheidung des tschechischen Obersten Gerichtshofes vom 29. Juni 2000 müssen die Dekrete der Nachkriegszeit nicht nur nachbefolgt, sondern auch »nachvollzogen« werden: Zivilverfahren müssen ausgesetzt und Enteignungsverfahren nach altem Recht abgeschlossen werden. . .

4. Durch die tschechische Behauptung, die Restitution sei seit 1996 abgeschlossen, läßt sich die Diskriminierung nicht dem zeitlichen Anwendungsbereich des Gemeinschaftsrechts entziehen. Zahlreiche Restitutionsfälle sind zurzeit noch anhängig. Der UN-Menschenrechtsausschuß hat in der Vergangenheit immer wieder die Restitutionsgesetzgebung kritisiert, die Tschechische Republik aufgefordert, gesetzliche Regelungen zu ergänzen und neue Antragsfristen einzuräumen. Die Konfiskation des sudetendeutschen Eigentums, die bei der Restitution

bislang unberücksichtigt blieb, hat sich keineswegs bereits 1945 und 1946 zur Gänze vollzogen. Sie ist nach wie vor völkerrechtswidrig, und die Vermögensfrage ist ›offen‹. Der Vergleich mit den SBZ-Enteignungen (1945–1949) geht schon deshalb fehl, weil hier die Opfer durch den Staat, in dessen Hände die Vermögenswerte gelangt sind, entschädigt wurden.

5. Der UN-Menschenrechtsausschuß hat in einer Reihe von ein-drucksvollen Entscheidungen (Fälle Simunek, Adam, Blazek, Des Fours Walderode und Brok) die Diskriminierung durch die tschechische Restitutionsgesetzgebung verdeutlicht. Die Erkenntnisse beruhen auf Art. 26 des UN-Menschenrechtsaktes, der nach der Rechtsprechung des EuGH zur Konkretisierung der europäischen Grundrechte herangezogen werden darf.

6. Das in der Tschechischen Republik fortgeltende Straffreiheitsgesetz verstößt gleichermaßen gegen europäische wie weltweit geltende Menschenrechte. Der Respekt vor den Opfern gebietet die uneingeschränkte Verpflichtung des tschechischen Staates, Verbrechen gegen die Menschlichkeit auch nach längerer Zeit noch aufzuklären und zu ahnden. . .

8. Die Beziehungen der Tschechischen Republik zu einer Reihe von europäischen Staaten sind heute durch das tschechische Bekenntnis zur Nachbefolgung der Beneš-Dekrete so belastet, daß die Ziele der gemeinsamen Außenpolitik in einer immer engeren Union der Völker Europas und deren Kohärenz gefährdet erscheinen. Die deutsch-tschechische Erklärung vom 21. Januar 1997 ist gerade nicht der Schlußstrich unter die gemeinsame Vergangenheit, sondern eine Grundlage für eine künftige gedeihliche Entwicklung, die durch das demonstrative Festhalten der tschechischen Seite an den Dekreten gefährdet ist. Noch gravierender ist die durch die Nachbefolgung der Beneš-Dekrete veranlaßte Nichtanerkennungspolitik, die die tschechische Republik gegenüber dem Fürstentum Liechtenstein, das Mitglied des Europäischen Wirtschaftsraumes ist, seit 1945 betreibt.«

Zu einem ähnlichen Urteil kommt der Tübinger Völkerrechtler Prof. Dr. Martin Nettesheim in seinem Gutachten »Der EU-Beitritt Tschechiens: Die Beneš-Dekrete als Beitrittshindernis?« vom 1. Oktober 2002 im Auftrag der Staatskanzlei des Freistaats Bayern. In den zusammenfassenden Ergebnissen urteilt er:

»3. Die Beitrittsreife der Tschechischen Republik leidet aber darunter, daß sich in ihrer Rechtsordnung geltende Bestimmungen finden, die Ausdruck einer integrationsfeindlichen politischen Wertentscheidung sind. In den Beneš-Dekreten drückte sich die Entscheidung des tschechoslowakischen Normgebers aus, ein zukünftiges Zusammenleben von

Tschechen und Slowaken mit den Angehörigen der beiden betroffenen nationalen Minderheiten sei nicht erträglich. Die Beneš-Dekrete sind damit Niederschlag einer politischen Grundhaltung, die sich in schärfster Weise gegen das Miteinander verschiedener Nationalitäten richtet. In ihnen spiegelt sich zugleich ein scharfes und schwerwiegendes Urteil über Loyalität, Treue und Gemeinschaftsfähigkeit der betroffenen Minderheiten wider, ohne daß auf die Umstände des Einzelfalles abgestellt würde. Sie stigmatisieren damit nicht nur die von Vertreibung und Rechtsentzug betroffenen Personen, sondern wirken zukunftsgerichtet und stellen damit ein Integrationshindernis dar.

4. Die Beitrittsreife der Tschechischen Republik leidet ferner darunter, daß das Gesetz Nr. 115 vom 8. Mai 1946 weiterhin Geltung beansprucht. Dieses Gesetz sieht vor, daß Straf- und Gewalttaten, die »zum Zwecke gerechter Vergeltung« gegen Angehörige nationaler Minderheiten begangen wurden, rechtmäßig sind. Es widerspricht den an den beitrtrittswilligen Staat zu richtenden rechtsstaatlichen Anforderungen, wenn das im Zuge einer völkerrechtswidrigen Vertreibung begangene Unrecht auch im Fall von Mord und ungeachtet der Umstände des Einzelfalles nicht verfolgt wird. . .«

In einem weiteren Gutachten im Auftrag der Bayerischen Staatsregierung, das von dem Bonner Völkerrechtler Prof. Dr. Rudolf Dolzer im Oktober 2002 vorgelegt wurde, heißt es in der Zusammenfassung:

»1. Die Vertreibung der Sudetendeutschen war um Mai 1945 nach Kriegsende das primäre politische Ziel der tschechoslowakischen Regierung. Von London aus hatte die Exilregierung Beneš zuvor aktiv auf die Vertreibung hingearbeitet und die drei Siegermächte in diese Richtung gedrängt. . .

2... . Die Sowjetunion hat noch 1989 ihre eigene Vertreibungspolitik als barbarisch bezeichnet. Vor diesem Hintergrund erscheint es heute als anachronistisch, daß die Prager Regierung vor ihrem Beitritt in die Europäische Union an ihrem Standpunkt der Rechtmäßigkeit und Legitimität der Vertreibung festhält.

3. Die Prager Regierung kann sich bei ihrer Rechtfertigung der Vertreibung in der nach dem Krieg erfolgten Weise nicht auf die drei Siegermächte berufen. Gegenüber der Bundesrepublik Deutschland können die Absprachen von Potsdam mangels deren Zustimmung keine rechtliche Wirkung entfalten...

6. Das völkerrechtliche Fremdenrecht hat 1945 eine Massenausweisung fremder Staatsangehöriger auf der Grundlage einer kollektiv fingierten Schuld nicht zugelassen. Verboten war darüber hinaus die Inhumanität der erfolgten Vertreibung. Damit finden die völkerrechtlichen Regeln der Wiedergutmachung Anwendung.



7. Die Tschechoslowakei – und heute die Tschechische Republik – waren und sind völkerrechtlich auch verantwortlich für die Akte der Gewalt, die von paramilitärischen und privaten Einheiten und Personen im Laufe der Vertreibung begangen wurden; dies gilt insbesondere für die Phase der sog. wilden Vertreibungen zwischen Kriegsende und Juli 1945. Die Prager Regierung kannte das Vorgehen dieser Gruppen, hat sie indirekt gebilligt und hat nichts dagegen unternommen.

8. Die Beneš-Dekrete, die sich auf die Vertreibung beziehen, stellen sich völkerrechtlich als Teilakte der illegalen Vertreibung dar und sind damit notwendig ihrerseits als rechtswidrig zu bezeichnen.

9. Darüber hinaus verstoßen gegen das Völkerrecht insbesondere die während der Vertreibung erfolgten Akte der Tötung, der Körperverletzung, des Entzugs des Eigentums und die Einstufung entsprechender Straftaten als rechtmäßig.

10. Keine in Frage kommende Norm des Völkerrechts kann die erfolgte Vertreibung und die diesbezüglichen Beneš-Akte rechtfertigen. Auch auf die nach 1945 erfolgten Vereinbarungen über die Reparationspflicht Deutschlands kann sich Prag nicht berufen, da die tschechoslowakischen Maßnahmen von diesen Abmachungen nicht gedeckt waren.

11. Die Bundesrepublik hat sich nach 1945 immer wieder konsequent auf die Rechtswidrigkeit der Vertreibung berufen. Unter diesen Umständen kann sich die Tschechische Republik gegenüber der Bundesrepublik auch heute nicht auf den Zeitablauf seit 1945 berufen und die Vertreibung und die dazu gehörigen Beneš-Akte als historische Akte bezeichnen, die heute gegenüber der Bundesrepublik als gegenstandslos zu betrachten wären. . .

13. Würde die Bundesrepublik die Vertreibung nicht anlässlich des Beitritts Prags in die EU zum Gegenstand der Erörterung machen, so wäre sie später völkerrechtlich daran gehindert, die entsprechenden Verträge erneut zu erörtern. . .

14. Die politischen Absprachen zwischen der Bundesrepublik und der Tschechischen Republik aus dem Jahre 1997 über die künftige Ausgestaltung der Beziehungen haben sich nicht als tragfähig erwiesen. Prag hat den damals vereinbarten politischen Rahmen im Jahre 2002 mit einer Reihe von Äußerungen über den Stand der Beziehungen zur Bundesrepublik eindeutig verlassen. Insoweit ist zum jetzigen Zeitpunkt auch die Bundesrepublik wieder rechtlich und politisch frei in der Festlegung des eigenen Standpunkts. . .

16. Das Aufgreifen des Anspruchs der Bundesrepublik auf Wiedergutmachung kann bilateral oder im vorgesehenen Rahmen der Beitrittsverhandlungen erfolgen. Die Art und Weise der Erörterungen der weiteren Gestaltung der Beziehungen sowie die inhaltliche Ausrichtung steht

im politischen Ermessen der Bundesrepublik. Das Nichteinhalten der Absprachen von 1997 durch Prag legt es aus der Sicht der Bundesrepublik nahe, das Thema der Rechtswidrigkeit der Vertreibung erneut aufzugreifen und nunmehr mit stärkerem Nachdruck zu verfolgen.«

Als ein Beispiel für die noch heute geltende Wirksamkeit der Beneš-Dekrete sei angeführt, daß der amtierende tschechische Innenminister Stanislav Gross sich im Juni 2002 bei einem anhängigen Rückerstattungsverfahren der Erben des 1946 verstorbenen Grafen Hugo Salm-Reifferscheidt ausdrücklich auf eines dieser Dekrete bezog.<sup>3</sup>

Bisher ist Prag von seiner »anachronistischen« Haltung noch nicht abgerückt, obwohl selbst das Europäische Parlament in seiner Sitzungsperiode im November 2002 in einer Entschließung insbesondere und ausdrücklich das Straffreiheitsgesetz beanstandete und erklärte, »daß das Gesetz Nr. 115 vom 8. Mai 1946 vom Standpunkt moderner Rechtsstaatlichkeit keine Existenzberechtigung hat«. Weiter wurde darin festgestellt, daß »ethnisch bestimmte Maßnahmen, die zu kollektiver Vertreibung und zur Zerstörung kultureller Werte führen, eklatant gegen europäische Grundrechte und die gemeinsame Rechtskultur der Europäer verstoßen«. Das Prager Außenministerium rechnete sogar in einer zur internationalen Verbreitung, insbesondere für die Europa-Politiker, vorgesehenen Dokumentation die verbrecherischen Beneš-Dekrete »zum Fundament der Europäischen Union« und verstieg sich in völliger Verkehrung der Rechtsgrundsätze zu der Behauptung, nicht die Beibehaltung der Dekrete, sondern die Forderung nach ihrer Aufhebung stelle die »Grundlagen der Union und den Gedanken der europäischen Integration selbst in Frage«.<sup>4</sup>

Dessen ungeachtet wurde bei dem Kopenhagener Gipfel der Staats- und Regierungschefs der EU im Dezember 2002 zur Vorbereitung des Beitritts Tschechiens zur EU diese Frage gar nicht näher angesprochen und Prag die Aufnahme für 2004 auch bei Weitergeltung der Benesch-Dekrete in Aussicht gestellt.

1. Voller Text in Horst Rudolf Übelacker, *Weg mit den Benesch-Dekreten!*, Grabert-Verlag, Tübingen 2003; auch in Sudetendeutscher Rat e.V. (Hg.), *Dokumente zur Vertreibung der Sudetendeutschen*, München 1992.

2. Der entscheidende §1 des Gesetzes Nr. 115 lautet: »Eine Handlung, die in der Zeit vom 30. September 1938 bis zum 28. Oktober 1945 vorgenommen wurde und deren Zweck es war, einen Beitrag zum Kampf um die Wiedergewinnung der Freiheit der Tschechen und Slowaken zu leisten, oder die eine gerechte Vergeltung für Taten der Okkupanten oder ihrer Helfershelfer zum Ziel hatte, ist auch dann nicht widerrechtlich, wenn sie sonst nach den geltenden Vorschriften strafbar gewesen wäre.«

3. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 14. 6. 2002.

4. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 25. 5. 2002.

## 16. Unterdrückung der Vertreibungsverbrechen

Nach rund sechs Jahrzehnten seit den damaligen Geschehnissen werden die den Deutschen vorgeworfenen Verbrechen aus der Kriegszeit in den Massenmedien noch immer hervorgehoben, und im Fernsehen werden zu den besten Sendezeiten herzergreifende Schilderungen darüber gezeigt. »Die Holocaust-Werbeindustrie boomt.«<sup>1</sup> Es gebe »geistesgegenwärtige Werbefachleute. . . , die dem Totschlagwort erst den richtigen ›Drive‹ geben, weil sie begriffen haben, daß, für kurze Zeit jedenfalls noch, aus dem Holocaust so richtige PR-Knüller gemacht werden können«. Entsprechende Denkmäler und Erinnerungsstätten werden »vom Bund bezahlt«.<sup>2</sup> Schon 1979 schrieb der angesehene Marburger Jurist Prof. Dr. Erich Schwinge über die »Holocaust-Kampagne«.<sup>3</sup>

Im krassen Gegensatz dazu wurden und werden die Verbrechen an Deutschen kaum behandelt, meist verharmlost oder in ihren Opferzahlen herabgesetzt wie etwa bei den Terroropfern von Dresden, die oft von mehreren Hunderttausend auf 35 000 – die Zahl der identifizierten Opfer – und damit auf rund ein Zehntel herabgesetzt werden.

Ein besonderes Beispiel bietet die amtliche Behandlung der Zahl der deutschen Vertreibungsopfer. Die entsprechende Dokumentation, die vor 30 Jahren im Auftrag der Bundesregierung zusammengestellt wurde, blieb nach Fertigstellung auf Anordnung eben dieses Auftraggebers skandalöserweise rund ein Jahrzehnt unter Verschuß und damit der Öffentlichkeit wie der Forschung vorenthalten. Erst nachdem eine andere Partei an die Regierung kam, wurde die Dokumentation dem historisch Interessierten zugänglich gemacht. Der frühere Bundesvertriebenenminister Heinrich Windelen schrieb dazu in einer Richtigstellung<sup>4</sup>:

»Der wahre Sachverhalt ist folgender: In der Kabinettsitzung vom 25. Juni 1969 beantragte ich als letzter Bundesvertriebenenminister, ›das ihm und anderen Stellen vorliegende Material über Verbrechen und Unmenschlichkeiten, die an Deutschen im Zuge der Vertreibung begangen worden sind, zusammenzustellen und auszuwerten‹. Der damalige Außenminister Willy Brandt lehnte dies ab, weil er eine Belastung des Deutsch-Polnischen Verhältnisses befürchtete. In Verhandlungen mit seinem Staatssekretär Dr. Duckwitz erreichte ich schließlich doch, daß dem Bundesarchiv am 16. Juli 1969 der Auftrag erteilt wurde, eine Dokumentation der Vertreibungsverbrechen zu erarbeiten. Über deren Veröffentlichung sollte nach Fertigstellung entschieden werden. Die

Dokumentation ergab, daß rund 2,2 Millionen Deutsche als ›Nachkriegsverluste‹ anzunehmen sind.

Eine Gleichsetzung dieser Zahlenangaben mit der Gesamtheit der Todesopfer aus den Vertreibungsgebieten verbiete sich. Das Ergebnis dürfe nicht vergessen lassen, daß eine weitaus größere Zahl von Deutschen Opfer von Gewalttaten wie Vergewaltigungen und Mißhandlungen geworden sei, die nicht unmittelbar zum Tode führten. Die Dokumentation wurde 1974 abgeschlossen. In der Bundestagssitzung vom 25. September 1974 richtete ich unter anderen folgende Frage an die Bundesregierung: ›Ist die Bundesregierung bereit, der Öffentlichkeit. . . eine zusammenfassende Darstellung im Zusammenhang mit dem II. Weltkrieg geschehener Verbrechen. . . an Deutschen vorzulegen – gegebenenfalls, warum nicht?‹ An diesem Fragenkomplex beteiligte sich eine große Zahl von Abgeordneten der CDU/CSU. Für die Bundesregierung antwortete der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister des Inneren, Baum (FDP). Er war der Meinung, daß unsere junge Generation über diesen leidvollen Komplex der deutschen, der europäischen, der Weltgeschichte hinreichend informiert sei, ohne daß es dazu einer solchen Dokumentation bedürfe. An dieser Auffassung hielt die SPD/FDP-Bundesregierung trotz wiederholter Nachfragen bis an ihr Ende fest. Erst Minister Dr. Zimmermann (CSU) der Regierung Kohl gab die Dokumentation frei.«

1. So der Untertitel eines entsprechenden kritischen Artikels »Der Wirbelmacher« von Eva Menasse in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* vom 3. 12. 2002.
2. Ebenda.
3. Erich Schwinge, *Bilanz der Kriegsgeneration. Ein Beitrag zur Geschichte unserer Zeit*. N. G. Elwert Verlag, Marburg 1979, <sup>13</sup>1987, S. 1.
4. Heinrich Windelen in Leserbrief in der *Jungen Freiheit* vom 1. 11. 2002.

»Wie der tschechische Außenminister Zieleniec anläßlich eines Interviews mit der *Frankfurter Rundschau* vom 28. 9. 1994 erklärte, hat die deutsche Regierung die Frage der Vertreibung von mehr als 3 Millionen Sudetendeutschen oder die Aufhebung der Benesch-Dekrete (Konfiskation) noch nie ›aufgetischt‹, und noch niemals seien diese Probleme Gegenstand von Verhandlungen mit Herrn Kinkel (damaliger deutscher Außenminister, H.W.) gewesen.

Mit Bestürzung muß somit festgestellt werden, daß die Konfiskation des gesamten Eigentums der Sudetendeutschen im Werte einer dreistelligen Milliardenzahl sowie die verletzten Völker- und Menschenrechte noch keinen Eingang in die schuldigen Schutzmaßnahmen gefunden haben.«

Herbert Schmidl, in Rolf Josef Eibicht, *50 Jahre Vertreibung. Der Völkermord an den Deutschen*, Hohenrain-Verlag, Tübingen 1995, S. 272 f.

## 17. Gefangene unter Hitler und Stalin

Manche Häftlinge der NS-Konzentrationslager hatten das schwere Schicksal, daß sie nach ihrer Befreiung 1945 wieder in alliierten Konzentrationslagern gefangengehalten wurden. Mehrere solcher Fälle für das Lager Sachsenhausen-Oranienburg beschreibt der spätere Bundeswehroberst Gerhart Schirmer in seiner Broschüre *Sachsenhausen-Workuta. Zehn Jahre in den Fängen der Sowjets*.<sup>1</sup> Auch Juden traf solches Mißgeschick. Einige haben die Lagerbedingungen vor und nach 1945 verglichen. Zwei Beispiele seien angeführt.

1. Der vor 1945 und dann von 1945 bis 1950 in Sachsenhausen inhaftierte jüdische Facharzt für Augenkrankheiten Dr. med. Fritz Hirschfeld schrieb über seine Erlebnisse 1964 in einem Brief an seinen früheren Mitgefangenen<sup>2</sup>: »Konzentrationslager Sachsenhausen, ein Schandfleck des 20. Jahrhunderts, eingerichtet unter dem Naziregime, fortgeführt nach 1945 durch die Sowjets. Die Insassen während der Gewaltherrschaft Hitlers waren politisch Andersdenkende und Juden. Bei den Sowjets gab es unter den ›politisch Festgehaltenen‹, wie sie sie nannten, keinerlei Gruppen, die unter politischen oder wirtschaftlichen Gesichtspunkten festgesetzt wurden, sondern die Auswahl war eine willkürliche unter allen Schichten der Bevölkerung, auch dem Alter nach von 14 Jahren bis Mitte der Siebziger.

Das Leben im Lager war hart, sehr hart sowohl bis 1945 wie nachher bis 1950. Jeder sehnte sich danach, in ein Arbeitskommando eingeteilt zu werden, da dadurch die Verpflegung etwas besser wurde. Die Rationen waren bis 1945 etwas reichlicher. Es herrschten infolgedessen unter den Sowjets von 45–50 viel mehr Infektionskrankheiten, vor allem die Tuberkulose breitete sich schnell aus, wie auch infektiöse Leberkrankheiten usw. Die Zahl der Toten war infolgedessen von 45–50 im Lager sehr hoch, Beerdigungen in Massengräbern – Kalkgruben – ohne Kennzeichen, ohne Benachrichtigung der Angehörigen.

Zwar sind die Vergleiche immer etwas Relatives, eines ist aber sicher, der Aufenthalt in Sachsenhausen von 1945–50 unter den Sowjets war noch quälender und härter als unter dem Hitlerregime.«

2. Der in Ehningen lebende frühere Sachsenhausen-Häftling Ferdinand Lukas aus Znaim hielt in einer eidesstattlichen Versicherung folgendes fest<sup>3</sup>: »In den Jahren 1948–49 war ich im Lager Oranienburg/Sachsenhausen interniert. Am 19. 1. 1950 wurde ich entlassen.

In diesem Lager lernte ich einen Mitinsassen namens Hubert Marx

kennen. Er stammte aus Köln und war Altkommunist. Als solcher wurde er 1933 verhaftet und verbrachte alle 12 Jahre des 3. Reiches in diesem KZ.

1945 wurde er nach seiner Befreiung durch die Sowjets als höherer Polizeidienstgrad in einer brandenburgischen Kleinstadt, ich glaube, es war Wittenberge, eingesetzt. Wegen verschiedener Schwarzmarktgeschäfte wurde er verhaftet und landete wieder in Sachsenhausen.

Hier erzählte er uns als gesprächiger Mensch aus seinem Leben. Natürlich fragten wir ihn, wie es im NS-KZ gewesen sei. Da wir furchtbar unter Hunger litten und schon zu Skeletten abgemagert waren, wollten wir vor allem wissen, wie die Verpflegung vor 1945 gewesen sei. Hierzu berichtete er, daß sie im KZ Sachsenhausen damals, außer in den letzten Kriegsmonaten, nicht gehungert hätten.

Selbstverständlich fragten wir auch nach den Massenmorden, von denen wir nach Kriegsende so viel und Entsetzliches hören mußten. Dazu sagte er, daß es solches im Lager Sachsenhausen nicht gegeben habe. Eine geheime Durchführung im Lager hielt er für ausgeschlossen. Die Insassen hätten es bemerken müssen. Von Gaskammern oder von Genickschußanlagen berichtete er nichts.

Er erzählte auch etwas, was wir ihm zunächst nicht glauben wollten: Er benannte uns die Baracke, in der das Lagerbordell für Häftlinge gewesen sei.«

In umgekehrter Reihenfolge, erst in Rußland, dann in Deutschland, erlebte Margarete Buber-Neumann (21.10.1901–6.11.1989) sowjetische und deutsche Konzentrationslager. In erster Ehe mit Rafael Buber, dem Sohn Martin Bubers, verheiratet gewesen, ging sie, seit 1921 Kommunistin, 1933 mit ihrem zweiten Mann Heinz Neumann nach Moskau. Nach dessen Ermordung 1937 im Rahmen der Säuberungen der Partei unter Stalin kam sie in ein sowjetisches KZ, wurde 1940 von Stalin an Deutschland ausgeliefert und war bis Kriegsende im KZ Ravensbrück. Besonders in ihrem Buch *Als Gefangene bei Stalin und Hitler* vergleicht sie die Verhältnisse in russischen und deutschen Lagern, wobei die russischen weniger gut abschneiden.<sup>4</sup>

1. Gerhart Schirmer, *Sachsenhausen-Workuta. Zehn Jahre in den Fängen der Sowjets*, Grabert-Verlag, Tübingen 1992, S. 7 ff.

2. Anlage zum Brief von Dr. med. Fritz Hirschfeld vom 22. 4. 1964 aus Tegernsee an Oberst Gerhart Schirmer, wiedergegeben in Schirmer, aaO. (Anm. 1), S. 47.

3. Die am 2. Dezember 2002 amtlich beglaubigte Eidesstattliche Versicherung liegt dem Verfasser vor.

4. Margarete Buber-Neumann, *Als Gefangene bei Stalin und Hitler*, Busse und Seewald, Herford 1985 (Neuaufgabe, zuerst 1949).

## 18. USA verheimlichen Atombombenversuche

Die Vereinigten Staaten wollen nach mehrfachen Androhungen durch US-Präsident Bush den Irak mit einem Angriffskrieg überziehen, weil dieser angeblich im geheimen nukleare, chemische und biologische Massenvernichtungswaffen entwickle, wofür bisher jedoch noch keine Beweise vorgelegt werden konnten. Sogar mit einem Atomschlag wurde gedroht.

Washington spielt sich dabei als Strafrichter und Strafvollzieher für einen Tatbestand auf, den es selbst in weit größerem Maße in der Vergangenheit erfüllt hat. Es hat im Sommer 1945 zwei Atombomben militärisch unnütz auf Hiroshima und Nagasaki im kapitulationsbereiten Japan abgeworfen, wobei Hunderttausende von Zivilisten auf grausame Weise ums Leben kamen – zweifellos ein wirkliches Kriegsverbrechen. Es hat anschließend mit der Wasserstoffbombe die nuklearen Waffen weiterentwickelt. Es hat im Vietnam-Krieg chemische und biologische Waffen eingesetzt und damit die Natur in weiten Gegenden zerstört und vielen Menschen schwere gesundheitliche Schäden beigebracht. Es hat im Balkankrieg und im Afghanistankrieg mit Uran gefüllte Geschosse verwendet und damit die Einsatzgebiete dieser Munition radioaktiv verseucht.

Erst Jahre nach Ende des Kalten Krieges haben die USA zahlreiche bis dahin geheimgehaltene Atomversuche bekanntgegeben. Im Dezember 1993<sup>1</sup> gab die amerikanische Energieministerin O'Leary in Washington 204 bis zu dem Zeitpunkt verheimlichte unterirdische Atomversuche in der Wüste Nevada aus den Jahren 1963 bis 1990 zu. Damit sei rund jeder fünfte der nach dem Zweiten Weltkrieg von den USA durchgeführten 1051 nuklearen Versuche verschwiegen worden. Die zum überwiegenden Teil kleinen und seismisch angeblich nur schwer zu registrierenden Atomversuche sollten weder gegen amerikanische Gesetze noch gegen den internationalen Teststoppvertrag verstoßen haben. Ebenso seien geheimgehaltene Plutoniumversuche an Menschen in den USA erfolgt. Zum ersten Mal machte sie auch genauere Angaben über die großen amerikanischen Plutoniumvorräte – insgesamt 89 Tonnen in Kernwaffen und Lagerhäusern. »Wir waren in eine Atmosphäre der Geheimhaltung eingehüllt und eingenebelt«, erklärte die Ministerin entschuldigend.

1. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 9. 12. 1993.

## 19. Bundespresseamt fälscht Kapitulationsurkunde

Im Mai 1985 gab das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung zum 40. Jahrestag des Kriegsendes eine Dokumentation heraus.<sup>1</sup> In dieser wird auf Seite 104 f. in deutscher Übersetzung die »Kapitulations-Urkunde vom 7. Mai 1945« – so die Überschrift – gebracht.

Darin wird fälschlicherweise vom »deutschen Oberkommando« statt vom »Oberkommando der Deutschen Wehrmacht« geschrieben, womit der falsche Eindruck erzeugt wird, daß es sich um eine allgemeine, und nicht um eine ausschließlich militärische Kapitulation der deutschen Streitkräfte gehandelt hätte.

Ferner wird in einer Fußnote zum Titel erklärend erwähnt: »Wortlaut der Kapitulations-Urkunde, die am 7. Mai 1945 im Obersten Hauptquartier der alliierten Expeditionsstreitkräfte in Reims unterzeichnet wurde. Der Kapitulationsakt wurde noch einmal im sowjetischen Hauptquartier in Berlin-Karlshorst wiederholt. Mit Datum vom 8. Mai 1945 wurde hier eine im Text in Einzelheiten abweichende »Militärische Kapitulationsurkunde« vor den Vertretern der vier Siegermächte unterschrieben.« Damit wird ebenfalls der falsche Eindruck erweckt, als ob zwischen den Inhalten der beiden Urkunden ein Unterschied bestünde, und der oben genannte falsche Eindruck von der allgemeinen Kapitulation in Reims im Gegensatz zu der »militärischen« in Berlin verstärkt.

Zu dieser die wahren Zusammenhänge verfälschenden Darstellung schrieb der im Mai 1945 als Adjutant von Großadmiral Karl Dönitz tätige und damit an dem betreffenden Geschehen unmittelbar beteiligte Korvettenkapitän Walter Lüdde-Neurath an das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung in Bonn<sup>2</sup>. Es heißt in dem Brief:

»Nachdrücklich erhebe ich als Kronzeuge des Kapitulationsgeschehens Widerspruch gegen die »Dokumentation« auf S. 104 dieser Schrift. Hier ist Geschichte – von wem auch immer – schlicht gefälscht!

Durch Überschrift und Fußnote wird eine wesentliche Divergenz zwischen einer »Kapitulations-Urkunde« (Reims) und einer »Militärischen Kapitulationsurkunde« (Berlin) vorgetäuscht. Im Gegensatz zu Ihrer Darstellung tragen beide Dokumente im Original die gleiche Überschrift »ACT OF MILITARY SURRENDER«. Beide Originale beginnen identisch »We the undersigned, acting by authority of the German High Command. . .« und beide sind unterzeichnet »On behalf of the German High Command«.

Für keinen der Beteiligten bestand irgendein Zweifel, daß dieses



›German High Command‹ die korrekte Übersetzung war für ›Das Oberkommando der Deutschen Wehrmacht‹. Das geht unstreitig hervor aus

1. der Vollmacht von Großadmiral Dönitz für die Unterhändler mit dem Siegel des OKW,
2. den von den Alliierten auch in deutscher Sprache unterzeichneten Kapitulationsurkunden,
3. der ›Erklärung in Anbetracht der Niederlage Deutschlands. . .‹ vom 5. Juni durch die Siegermächte.

Der von Ihnen gedruckte ›Wortlaut‹ ist der deutschen Delegation nicht vorgelegt und von Generaloberst Jodl nicht unterzeichnet worden. Dieser ›Wortlaut‹ ist erst im Zuge nachträglicher Bemühungen entstanden, eine über den militärischen Charakter der unterzeichneten Urkunden hinausgehende Interpretation zu ermöglichen.

Eine öffentliche Richtigstellung Ihres Irrtums halte ich im Interesse der Glaubwürdigkeit der Bundesregierung für geboten.«

Abschließend fügte Lüdde-Neurath seinem Brief als »Quellenbelege« hinzu: die National Archives Publication No. 46-4, U.S. Government Printing Office, Washington, mit der Kopie des deutschen Originaltextes der Berliner Kapitulationsurkunde und eine Kopie seiner »Tagesniederschriften« vom 2. bis 17. Mai 1945, Bestand RM 6/375 im Bundesarchiv – Militärarchiv.

Das Presse- und Informationsamt antwortete prompt<sup>3</sup>: Die Anmerkung in der Fußnote sei wohl »etwas ungenau. Generaloberst Jodl hat wohl nur eine in Englisch abgefaßte ›Militärische Kapitulationsurkunde‹ unterzeichnet.« Man könne den Text der Urkunde auch so, wie in der Broschüre veröffentlicht, übersetzen.

Da die beiden letzten Aussagen falsch sind, stellte Lüdde-Neurath erneut in einem weiteren Schreiben richtig<sup>4</sup>, in dem es unter anderem heißt:

»Entgegen Ihrer Vermutung wurde in Reims auch eine deutsche Fassung des ACT OF MILITARY SURRENDER vereinbart und von Jodl zusammen mit der englischen Fassung in Flensburg vorgelegt. Auf deren Kopf steht deshalb ausdrücklich ›Only this text in English is authoritative‹ – was in Ihrer Dokumentation fehlt.

Der Wortlaut beider Reimser Urkunden ist Wort für Wort mit Punkt und Komma in die Berliner Urkunden eingegangen mit einer Ausnahme: aus dem ›Soviet High Command‹ wurde ein ›Supreme High Command of the Red Army‹.

Ferner wurden in Ziff. 2 alliiertenseits zwei Zusätze gewünscht. Die deutsche Delegation, deren Vollmacht ja auf ›Ratifizierung‹ beschränkt war, wurde ausdrücklich gefragt, ob sie trotzdem unterzeichnen wolle und könne. Dies sagte sie nach interner Prüfung zu, weil substantielle

Änderungen nicht enthalten waren. Aus deutscher Sicht bestand also völlige Klarheit über Inhalt und Wortlaut aller Kapitulationsdokumente. Sie waren bis zu unserer Verhaftung am 23. 05. 1945 in Flensburg in unserem Besitz. Wie ich Ihrem ›Dokument‹ wohl entnehmen muß, sind sie bisher deutschen Instanzen weder zurückgegeben noch zugänglich gemacht worden.

Zugänglich hingegen ist Ihnen in NATIONAL ARCHIVES PUBLICATION, No. 46-4, das Faksimile der deutschen Fassung der Berliner Urkunde. Hier haben Sie das Dokument, aus dem sich – s. o. – auch der deutsche Text der Reimser Urkunde authentisch ergibt.

Was hingegen andere Stellen nach dem Kriege als deutschen Wortlaut veröffentlicht haben, hat dokumentarischen Charakter nur für deren Arbeitsweise, nicht für die Kapitulation.«

Und Lüdde-Neurath weist in einem Postscriptum darauf hin, daß ebenso in dem bekannten Dokumentationswerk *Keesings Archiv der Gegenwart* an mehreren Stellen, darunter bei den Kapitulationsurkunden<sup>5</sup> wie bei der Wiedergabe von Reden Schwerins und Dönitz', die Übersetzung ins Deutsche den Inhalt »in Richtung umfassenderer Kapitulation korrigiert«. Insbesondere fehle dort bei der Wiedergabe der Berliner Erklärung der Alliierten vom 5. Juni 1945 der entscheidende Satz: »Dadurch ist die bedingungslose Kapitulation Deutschlands erfolgt!«<sup>6</sup>

Im Vorwort zu seinem Bericht über die Kapitulationsverhandlungen im Mai 1945 und die folgenden Wochen der Regierung Dönitz beurteilt Lüdde-Neurath die Vorgänge vom 7./8. Mai 1945 wie folgt: »Die unterzeichneten Kapitulationsdokumente haben ausschließlich militärischen Charakter. Keine befugte deutsche Instanz gab den Siegern die rechtlichen Voraussetzungen zur Übernahme der Regierungsgewalt und zur Verstümmelung des deutschen Vaterlandes. Der legale Anspruch des deutschen Volkes auf Kontinuität und Einheit seines Reiches blieb auch über die Katastrophe des Jahres 1945 gewahrt.«<sup>7</sup>

Diese bezeichnenden Vorkommnisse sind nur damit erklärbar, daß im Rahmen der Verfälschung der deutschen Geschichte offenbar die Absicht bestand und wohl noch besteht, die rein militärische Kapitulation der deutschen Wehrmacht am 7./8. Mai 1945 in eine allgemeine Kapitulation des deutschen Staates umzudrehen, die völkerrechtlich umfassendere Auswirkungen hätte.

1. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hg.), Bonn 1985.

2. Brief von Walter Lüdde-Neurath aus Garmisch-Partenkirchen vom 16. 12. 1985 an das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung in Bonn, liegt dem Verfasser in Kopie vor.

3. Schreiben des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Bonn, vom 20. 12. 1985 an Walter Lüdde-Neurath, Az. 30200, liegt dem Verfasser in Kopie vor.

4. Schreiben von Walter Lüdde-Neurath an das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung vom 15. 3. 1986, liegt dem Verfasser in Kopie vor.

5. *Keesings Archiv der Gegenwart*, XV. Jahrgang 1945, Essen 1949, S. 218. Auch das *Jahrbuch für internationales und ausländisches öffentliches Recht*, 1948, S. 185 f., bringt im Text der Reimser Kapitulationsurkunde »deutsches Oberkommando« statt »Oberkommando der Deutschen Wehrmacht«, ebenso Friedrich Klein, *Neues Deutsches Verfassungsrecht*, Hirschgraben-Verlag, Frankfurt/M. 1949, S. 15 f.

6. Vollständiger Text in Wigbert Grabert (Hg.), *Jalta – Potsdam und die Dokumente zur Zerstörung Europas*, Grabert-Verlag, Tübingen 1985, S. 44 ff.

7. Walter Lüdde-Neurath, *Regierung Dömitz. Die letzten Tage des Dritten Reiches*, Druffel-Verlag, Leoni <sup>4</sup>1980, S. 12. Faksimile der deutschen Berliner Kapitulationsurkunde ebenda, S. 147 f.

»Tagesniederschrift 7. 5. 1945

0.15 Uhr. Eingang Funkspruch von Generaloberst Jodl aus Hauptquartier Eisenhower vom 6. 5. 1945, 21.45 Uhr:

»General Eisenhower besteht darauf, daß wir heute noch unterschreiben. Andernfalls werden die alliierten Fronten auch gegenüber denjenigen Personen geschlossen werden, die sich einzeln zu ergeben versuchen, und alle Verhandlungen werden abgebrochen. Ich sehe keinen anderen Ausweg als Chaos oder Unterzeichnung. Erbitte sofortige drahtlose Bestätigung, ob ich die Vollmacht habe, die Kapitulation zu unterzeichnen. Die Kapitulation kann dann wirksam werden. Feindseligkeiten werden dann am 9. 5. 45, 00.00 Uhr nach deutscher Sommerzeit, aufhören. gez. Jodl.«

Überlegungen:

1. Der Standpunkt Eisenhowers ist eine absolute Erpressung, da er im Falle der Ablehnung alle noch ostwärts seiner Linien befindlichen Deutschen Russen auszuliefern droht.

2. Generaloberst Jodl, der noch am Vortage am heftigsten gegen die Gesamtkapitulation Stellung genommen hatte, wegen der Unmöglichkeit ihrer strikten Durchführung, muß weitere schwerwiegende Gründe haben, wenn er sie jetzt als letzten Ausweg bezeichnet.

3. Mit der Festlegung des Datums auf den 9. 5. 1945, 00.00 Uhr, sind 48 Stunden Zeit gewonnen, die die Rettung zum mindesten eines Großteils der Osttruppen ermöglichen. Der Großadmiral erteilt daher Vollmacht zur Unterzeichnung.«

Aus Walter Lüdde-Neurath, *Regierung Dömitz. Die letzten Tage des Dritten Reiches*, Druffel-Verlag, Leoni <sup>4</sup>1980, S. 182.

## 20. Feindstaaten-Liste und Feindstaatenklauseln

Am Ende des Zweiten Weltkrieges befand sich das Deutsche Reich mit den allermeisten Staaten der Welt im Kriegszustand. Neben den mit Deutschland verbündeten – Italien, Rumänien, Bulgarien, Finnland, Ungarn und Japan, von denen die ersten vier noch vor Kriegsende Deutschland auch den Krieg erklärten – gab es nur wenige Staaten, die sich neutral aus der Kriegsfront gegen das Reich herausgehalten hatten: Afghanistan, Irland, Jemen, Liechtenstein, Nepal, Schweden, die Schweiz, Spanien und der Vatikanstaat. Durch deutschen Angriff oder deutsche Besetzung begann der Kriegszustand mit folgenden Staaten: Polen, Dänemark, Norwegen, Belgien, Luxemburg, Holland, Jugoslawien, Griechenland, UdSSR. Den USA erklärte Deutschland als Verbündeter Japans nach der Kriegserklärung der USA an Japan den Krieg. Alle anderen Staaten der folgenden Liste (Ludwig Peters, *Volkslexikon Drittes Reich*, Tübingen <sup>2</sup>1994, S. 444 f.) erklärten Deutschland den Krieg, darunter viele, die sich in einem kolonialen oder wirtschaftlichen Abhängigkeitsverhältnis zu den Hauptalliierten USA, Großbritannien oder Frankreich befanden.

Datum	Land	Kriegsgrund
1.9.1939	Polen	wird angegriffen
3.9.1939	England	erklärt den Krieg
	Frankreich	erklärt den Krieg
	Australien	erklärt den Krieg
	Indien	erklärt den Krieg
	Neuseeland	erklärt den Krieg
9.4.1940	Norwegen	wird besetzt
	Dänemark	wird besetzt
10.5.1940	Belgien	wird angegriffen
	Luxemburg	wird angegriffen
	Holland	wird angegriffen
6.4.1941	Jugoslawien	wird angegriffen
8.4.1941	Griechenland	wird angegriffen
22.6.1941	UdSSR	wird angegriffen
11.12.1941	USA	ihnen wird der Krieg erklärt
	Dominik. Rep.	erklärt den Krieg
	Guatemala	erklärt den Krieg
	Kuba	erklärt den Krieg
	Nicaragua	erklärt den Krieg

12.12.1941	El Salvador	erklärt den Krieg
	Haiti	erklärt den Krieg
	Honduras	erklärt den Krieg
16.12.1941	Tschechoslowakei (im Exil)	erklärt den Krieg
13.1.1942	Panama	erklärt den Krieg
28.5.1942	Mexiko	erklärt den Krieg
22.8.1942	Brasilien	erklärt den Krieg
9.10.1942	Abessinien	erklärt den Krieg
16.1.1943	Irak	erklärt den Krieg
7.4.1943	Bolivien	erklärt den Krieg
9.9.1943	Iran	erklärt den Krieg
13.10.1943	Italien	erklärt den Krieg
27.11.1943	Kolumbien	erklärt den Krieg
26.1.1944	Liberia	erklärt den Krieg
15.8.1944	Rumänien	erklärt den Krieg
8.9.1944	Bulgarien	erklärt den Krieg
21.9.1944	San Marino	erklärt den Krieg
31.12.1944	Ungarn	erklärt den Krieg
2.2.1945	Ekuador	erklärt den Krieg
8.2.1945	Paraguay	erklärt den Krieg
12.2.1945	Peru	erklärt den Krieg
14.2.1945	Chile	erklärt den Krieg
15.2.1945	Uruguay	erklärt den Krieg
16.2.1945	Venezuela	erklärt den Krieg
23.2.1945	Türkei	erklärt den Krieg
24.2.1945	Ägypten	erklärt den Krieg
26.2.1945	Syrien	erklärt den Krieg
27.2.1945	Libanon	erklärt den Krieg
1.3.1945	Saudi-Arabien	erklärt den Krieg
3.3.1945	Finnland	erklärt den Krieg
27.3.1945	Argentinien	erklärt den Krieg

Mit einer Reihe der aufgeführten Staaten wurde der Kriegszustand zu verschiedenen Terminen in der Nachkriegszeit für beendet erklärt, insbesondere mit den Großmächten. Einen gültigen Friedensvertrag mit den einzelnen Staaten gibt es mehr als ein halbes Jahrhundert nach Kriegsende aber immer noch nicht. Der 2-plus-4-Vertrag von 1990 soll ein Ersatz sein, was aber völkerrechtlich umstritten ist, da er keine abschließende Regelung trifft. So wurde immer behauptet, daß er keine völkerrechtliche Abtretung Ostdeutschlands und keine endgültige Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als Grenze enthalte, die auch vorher nicht erfolgten, so daß die entsprechende Vereinbarung noch aussteht.

Die Gültigkeit der von den genannten Staaten – mindestens ursprüng-

lich – anwendbaren sogenannten Feindstaatenklauseln der UNO-Charta<sup>1</sup> ist ebenfalls umstritten. Sie wurde vom Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zur UNO im Jahre 1973 nicht berührt. Schon 1964 hieß es zwar von seiten der Bundesregierung, »daß die Entwicklung über die Feindstaatenartikel hinweggegangen« sei.<sup>2</sup> Doch noch 1968 kam Moskau und 1979 die UNO auf die Klauseln zurück.<sup>3</sup> In der Folgezeit wurde die Streichung der betreffenden UNO-Artikel mehrfach diskutiert, aber die Bundesregierung setzte sich nicht energisch für eine Aufhebung ein. So kam es bisher nicht zu der Streichung der für die Bundesrepublik diskriminierenden Artikel, obwohl Deutschland neben den USA Hauptzahler der UNO ist.

Später verlautete es mehrfach aus Bonn oder Berlin, die Feindstaatenklauseln seien »obsolet« (hinfällig) geworden – etwa mit der teilweisen Aufgabe der alliierten Rechte über Deutschland im Jahre 1990 –, was jedoch bestritten werden kann, da sie formal bis heute nicht geändert wurden.

So hieß es in einem Brief aus dem Auswärtigen Amt vom 27. 9. 1999 an einen fragenden Bürger dazu<sup>4</sup>: »Was die immer noch im Text der Charta der Vereinten Nationen enthaltenen, tatsächlich jedoch mit dem Beitritt der beiden deutschen Staaten zu den Vereinten Nationen obsoleten, sog. ›Feindstaatenklauseln‹ betrifft, mag es in der Vergangenheit in der Tat Stimmen gegeben haben, die von der Gültigkeit dieser Bestimmungen über das Jahr 1972 hinaus ausgegangen sind. Spätestens seit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten wird desgleichen allerdings nicht mehr ernsthaft vertreten. Selbst der Vertreter der Russischen Föderation bei den Vereinten Nationen in New York hat sich im Jahre 1994 eindeutig gegen die Gültigkeit der sog. ›Feindstaatenklauseln‹ ausgesprochen.«

Das klingt sehr schön, hat aber kaum völkerrechtliche Bedeutung. Noch stehen die Klauseln schwarz auf weiß in der UNO-Charta, und das hat im Zweifel wie bei allen juristischen Verträgen Gültigkeit. Es ist nicht ausgeschlossen, daß sich einer der zahlreichen ›Feindstaaten‹ auf die Feindstaatenklauseln berufen kann, zum Beispiel, wenn deutsche Soldaten in Zukunft außerhalb der Bundesrepublik Deutschland eingesetzt werden.

1. Vollständiger Text z. B. in Heinrich Wendig, *Richtigstellungen zur Zeitgeschichte*, Grabert-Verlag, Tübingen 1993, Heft 4, S. 50 f.

2. So der damalige Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Karl Carstens, im Bundestag, in *Das Parlament*, Bonn 1. 7. 1964.

3. Heinrich Wendig, aaO. (Anm.1), S. 51.

4. Kopie des Briefes, unterzeichnet vom Vortragenden Legationsrat Bock, liegt dem Verfasser vor.

## 21. »Zehn kleine Negerlein« umbenannt

Die zeitgenössische Hysterie bei der Abschaffung angeblich rassistischer oder diskriminierender Ausdrücke macht auch vor den Werken längst verblichener Schriftsteller nicht mehr halt, nimmt unberechtigt und ohne das zu kennzeichnen, Änderungen in den Texten vor und verfälscht damit Teile der Literatur. Diese unduldsame und einseitige Methode ist ein bewährtes Mittel im seit längerem andauernden Kulturkampf und dient ganz bestimmten politischen Zwecken. Kürzlich ist solches auch der am 12. 1. 1976 hochgeehrt verstorbenen englischen Schriftstellerin Agatha Christie widerfahren.<sup>1</sup> Am 15. 9. 1890 in Torquay geboren, wurde sie durch ihr Werk zur weltweit erfolgreichsten Autorin von Detektivgeschichten und Kriminalromanen. Sie gilt als die auflagenstärkste englische Autorin des vergangenen Jahrhunderts, und die ›Queen des Krimis‹ wurde von Königin Elisabeth geadelt.

Eines ihrer Erfolgsstücke erschien 1939 unter dem Titel *Ten Little Niggers*, weil darin die Hauptpersonen – ähnlich den zehn kleinen Negerlein des bekannten Kinderliedes – nacheinander auf geheimnisvolle Weise ermordet werden. Der Klassiker lief – auch in einer Theaterfassung – in Deutschland jahrzehntelang unter *Zehn kleine Negerlein* und erfreute Generationen.

Niemand nahm an diesem Titel Anstoß, bis vor nicht langer Zeit »Mitbürger afrikanischer Herkunft« protestierten und beklagten, daß auch im Jahre 2002 noch immer die abwertende Bezeichnung »Neger« verwendet werde. Die seit einiger Zeit bestehende Antidiskriminierungsstelle der Stadt Hannover, wo das Stück unter seinem alten Titel in einem örtlichen Theater im Programm stand, griff den Fall gleich auf. Nach Appellen der Stadt Hannover stimmten die Erben der britischen Schriftstellerin schließlich zu, die nächste Auflage des Buches und das entsprechende Theaterstück umzubenennen. Der neue Titel heißt nun *Und dann gab's keines mehr* und lehnt sich nach Auskunft des Scherz-Verlags an die inzwischen auch geänderte englische Bezeichnung *And Then There Were None* an. Damit gebe es nun einen »neuen, politisch korrekten und den Richtlinien deutscher Antidiskriminierungsstellen entsprechenden Titel«, bemerkte süffisant die *Frankfurter Allgemeine Zeitung*<sup>1</sup> zu dieser Verfälschung der Literatur.

In aller Stille hatte es schon vor einiger Zeit bezeichnende Änderungen im Text dieses Werkes gegeben.<sup>2</sup> Eine deutsche Buchausgabe erschien bereits politisch korrekt unter dem neuen Titel *Letztes Weekend* und brachte dazu zeitgemäße inhaltliche ›Verbesserungen‹ gegenüber der

englischen Ausgabe. So ließ Agatha Christie in ihrem Original einen von ihr als wenig anziehend beschriebenen Juden Dr. Isaac Morris auftreten, aus dem dann in der deutschen Ausgabe plötzlich der unsympathische Japaner Okamatsu wurde. Während die Engländerin ursprünglich geschrieben hatte: »This little Jew had been damned mysterious« (dieser kleine Jude war verdammt geheimnisvoll gewesen), hieß es nun in der neudeutschen Fassung: »Dieser kleine Japaner hatte so geheimnisvoll getan.« Aus einem allgemeinen Urteil Agatha Christies: »That was the damnable part about Jews, you couldn't deceive them about money – they knew!« (Das war die verdammte Sache bei den Juden, man konnte sie in Geldsachen nicht betrügen – sie kannten sich aus) wurde in korrektem (Umerziehungs-)Deutsch: »Das ist eben so eine verfluchte Sache mit den Japanern, man kann sie nicht betrügen – sie sind selbst zu raffiniert.«

Die Änderung des unsympathischen Juden in einen Japaner ist bezeichnend für unsere Zeit und ihre Hypermoral.

Ähnlich erging es auch dem Autor vielgelesener Indianergeschichten um den Häuptling Tecumseh. Fritz Steuben, Pseudonym von Erhard Wittek (1898–1981), schrieb seine Werke im Gegensatz zu Karl May nach ausführlichem Quellenstudium, und seine Helden haben wirklich gelebt, die geschilderten Ereignisse an den beschriebenen Stellen stattgefunden. Doch auch das half dem bereits Verstorbenen nicht: Er schrieb in einer Zeit (1929–1952), »die geprägt war von nationalsozialistischem Gedankengut. Vor der Herausgabe dieser Tecumseh-Bände war deshalb eine sorgfältige Bearbeitung nötig, um mögliche ideologische Färbungen zu entfernen und die Erzählungen in der Form zu präsentieren, die ihre zeitlose Qualität ausmachen«.<sup>3</sup> So schreibt es entlarvend im Nachwort einer neuen Auflage die »Bearbeiterin« Nina Schindler, die – wahrscheinlich einschlägig ideologisch ausgerichtet – darüber befand, was als »ideologische Färbung« aus dem Originaltext des großen Erzählers für die heutige Jugend entfernt werden mußte. In Neuauflagen der Werke von Gustav Freytag oder Hermann Löns soll ähnlich verfahren worden sein.

Heute werden Bücher nicht mehr verbrannt, sondern einfach umgeschrieben und verändert, und man darf noch froh darüber sein, wenn auf die erfolgten »Verbesserungen« hingewiesen wird. Mit Meinungsfreiheit hat das wenig zu tun, mit einem Verstehen-Wollen der Geschichte noch weniger, mit Toleranz gar nichts mehr. Hier sind selbsternannte »Menschheitsbeglückter« als Geschichtsfälscher am Werk, die aus fanatischer Ideologie handeln und keine andere Meinung dulden. Orwell läßt grüßen.

1. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 6. 3. 2002.

2. *National-Zeitung* vom 15. 3. 2002.

3. Fritz Steuben, *Der Strahlende Stern*, Kosmos-Verlag, Stuttgart 1997, S. 192.



## 22. Italien befördert Weltkriegssoldaten

In Deutschland dürfen die Soldaten des Zweiten Weltkrieges öffentlich diffamiert, als ›Mörder‹ beschimpft und herabgesetzt werden. Die berüchtigte und wegen ihrer vielen Fälschungen dann schließlich vorübergehend zurückgezogene Heer-Reemtsmasche Anti-Wehrmacht-ausstellung wurde von der Präsidentin Limbach des Bundesverfassungsgerichts unterstützt, von zahlreichen Abgeordneten gefördert und in amtlichen Gebäuden aufgebaut. In der Bundesrepublik dürfen rechtmäßig erdiente Orden aus dem Zweiten Weltkrieg nicht in ihrer Originalform öffentlich getragen werden, gegen Erinnerungstreffen von Angehörigen früherer Wehrmachtseinheiten mobilisieren einige Massenmedien den Pöbel, und manche Jahrestagungen ehemaliger Soldaten werden sogar von amtlichen Stellen behindert.

Italien, auch ein Mitglied der Achse, gibt da ein anderes Beispiel in der Behandlung seiner Soldaten des Zweiten Weltkriegs. Am 31. Januar 1992 ist vom italienischen Staatspräsidenten ein vorher von beiden Kammern des Parlaments in Rom verabschiedetes Gesetz verkündet worden, wonach das römische Verteidigungsministerium Soldaten, die Offiziersanwärter waren, aber bis zum 8. September 1943, dem Tag der Verkündung der Kapitulation Italiens, keinen Offiziersrang erreicht hatten, auf Antrag den Dienstgrad Leutnant (Sottotenente) verleihen kann. Voraussetzung sei ein mindestens dreimonatiger Kriegsdienst, wobei diese Frist unterschritten werden kann, wenn zum Beispiel eine militärische Auszeichnung erfolgte oder eine Verwundung vorlag. Die ehrenhalber erfolgende Beförderung hat keine finanzielle Leistung des Staates zur Folge.<sup>1</sup>

Diese Maßnahme ist in mehrfacher Hinsicht beachtenswert. Sie erfolgte fast 50 Jahre nach dem damaligen Geschehen, trifft also sicher nur noch für sehr wenige Begünstigte zu. Sie ist, da keine Geldzuwendungen damit verbunden sind, keine soziale Maßnahme, sondern eine reine Ehrung. Sie betrifft diejenigen, die unter Mussolini im Bündnis mit Deutschland bis 1943 gegen die Alliierten kämpften. Sie ist also eine reine Aufwertung der italienischen Soldaten des Zweiten Weltkrieges.

Dazu paßt die abschließende Bemerkung Dr. Schreibers<sup>1</sup>: »Übrigens stand ich bei meinem letzten Italienbesuch im Herbst 1991 vor einer italienischen Kaserne, in der ein Fallschirmjägerverband untergebracht war, der den Namen ›El Alamein<sup>2</sup> – in großen Lettern am Kasernentor – führt. Wäre etwas Vergleichbares bei uns denkbar?«

## Anmerkungen

1. Dr. Jürgen Schreiber, »Ein italienisches Gesetz«, in *Soldat im Volk*, September 1992, S. 129.

2. Am 30. 6. 1942 erreichten die unter Generalfeldmarschall Rommel in dem von Italien begonnenen Afrikakrieg vorrückenden deutschen und italienischen Verbände El Alamein, nur 85 km westlich von Alexandrien, und damit den östlichsten Punkt ihres Siegeszuges durch Nordafrika. Hier blieb ihr Vormarsch vor starkem britischen Widerstand und wegen großer Nachschubschwierigkeiten stecken. Am 2. 11. 1942 mußte nach Beginn eines starken alliierten Angriffs der Rückzug von El Alamein nach Westen angetreten werden.

### Tapferkeitsauszeichnungen der Deutschen Wehrmacht

Von den rund 15 Millionen deutschen Soldaten des Zweiten Weltkrieges wurden ausgezeichnet

rund 2,5 Millionen	mit dem Eisernen Kreuz II. Klasse (EKII)
rund 300 000	mit dem Eisernen Kreuz I. Klasse (EKI)
rund 17 000	mit dem Deutschen Kreuz in Gold
rund 900	mit dem Deutschen Kreuz in Silber
rund 7300	mit dem Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes
davon 883	mit dem Ritterkreuz mit Eichenlaub und 9 Ausländer
159	mit dem Ritterkreuz mit Eichenlaub und Schwertern und 1 Ausländer
27	mit dem Ritterkreuz mit Eichenlaub mit Schwertern und Brillanten
1	mit dem Ritterkreuz mit Goldenem Eichenlaub mit Schwertern und Brillanten (Hans Ulrich Rudel)

Von den Ritterkreuzverleihungen entfielen auf die Wehrmachtsteile:

Heer	4780
Waffen-SS (dem Heer unterstellt)	465
Luftwaffe	1730
Marine	318
<b>Zusammen</b>	<b>7293</b>

Literatur: Ludwig Peters, *Volklexikon Drittes Reich*, Grabert-Verlag, Tübingen <sup>2</sup>1994; Ernst-Günther Krätschmer, *Die Ritterkreuzträger der Waffen-SS*, K.W. Schütz-Verlag, Preußisch Oldendorf <sup>3</sup>1982; Walther Peer Fellgiebel, *Die Träger des Ritterkreuzes des Eisernen Kreuzes 1939–1945*, Podzun-Pallas-Verlag, Wolfersheim 1993.

## 23. Der Fall Erich Priebke

Wegen der Teilnahme an einer ihm befohlenen Geislerschießung in Rom 1944 wurde dem 83jährigen früheren Polizeibeamten und Kriminalkommissar der deutschen Sicherheitspolizei (Hauptsturmführer) Erich Priebke nach Auslieferung von Argentinien am 20. 11. 1995 und längerer Untersuchungshaft vom 8. Mai (!) 1996 an vor einem italienischen Militärgericht der Prozeß gemacht. Am 1. 8. 1996 erfolgte ein Freispruch. Dennoch wurde der Freigesprochene auf Anordnung des italienischen Justizministers noch in derselben Nacht wieder verhaftet und in das römische Stadtgefängnis Regina Coeli gebracht, was später vom italienischen Verfassungsgericht als rechtswidrig bezeichnet wurde. Am 15. 10. 1996 erklärte das Revisionsgericht den ersten Prozeß für nichtig und bestimmte nunmehr ein Zivilgericht. Dieses lehnte einen Prozeß gegen Priebke ab. Daraufhin bestimmte das Revisionsgericht am 10. 2. 1997 wieder ein Militärgericht.

Unter erheblichem Druck der Öffentlichkeit fielte dieses am 22. 7. 1997 nach einem neuen Prozeß ein Urteil mit 15 Jahren Haft mit Haftverschonung wegen des hohen Alters. Nach einer weiteren Hetzkampagne wegen des angeblich zu milden Urteils wurde Priebke in einem dritten, am 27. 1. 1998 begonnenen Berufungsverfahren am 7. 3. 1998<sup>1</sup> zu lebenslanger Haft verurteilt. Dasselbe Urteil erging gegen den 86jährigen mitangeklagten früheren Hauptsturmführer Karl Hass, der als Zeuge zu dem Prozeß geladen worden war, dann aber, weil er für Priebke aussagte, von der Zeugenbank weg verhaftet und verurteilt wurde. Das oberste italienische Berufungsgericht, die erste Kammer der ›Corte di Cassazione‹, hat im Herbst 1998 den Revisionsantrag der Verteidigung abgelehnt und die Urteile bestätigt<sup>2</sup>, obwohl der oberste italienische Militär-Generalstaatsanwalt, Garino, einen neuen Prozeß und damit die Aufhebung der lebenslänglichen Haft gefordert hatte, weil nach dem Militärstrafgesetz mildernde Umstände zu berücksichtigen seien, da beide auf Befehl gehandelt hätten. Am 18. 7. 2000 lehnte der Verfassungsgerichtshof den Antrag auf Amnestie ab. Im Februar 1999 wurde dem Gefangenen Hausarrest bewilligt. Seitdem wird Priebke, der am 29. Juli 2003 neunzig Jahre alt wird, in Rom gefangengehalten. Auch ein Gnadengesuch an den italienischen Staatspräsidenten wie ein Antrag an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte vom Mai 1999 hatten bisher keinen Erfolg.

Die sich über mehrere Jahre hinziehenden Verfahren waren von einer außergewöhnlich umfangreichen und sehr einseitigen, die Tatsachen oft

verfälschenden Berichterstattung in den deutschen Medien, die ganz im Zeichen einer neuen Welle der Umerziehung stand, begleitet. Deshalb ist eine Richtigstellung erforderlich.

## Die Tatsachen

Italien hatte am 3. 9. 1943 mit den Alliierten hinter dem Rücken seines bisherigen Verbündeten Deutschland Waffenstillstand geschlossen, der am 8. 9. 1943 bekanntgegeben wurde, und am 13. 10. 1943 dem Deutschen Reich den Krieg erklärt. Die Alliierten waren auf Sizilien gelandet, hatten nach Festlanditalien übergesetzt und waren am 22. Januar 1944 auch bei Anzio und Nettuno südlich von Rom gelandet. Italienische Partisanen gingen mit äußerst brutalen und grausamen Maßnahmen gegen deutsche Soldaten vor. Die Deutschen hatten Rom trotz dessen großer strategischer Bedeutung zur ›offenen Stadt‹ erklärt, es also aus der Verteidigungslinie ausgespart, um die unersetzbaren Kunstschatze der Stadt nicht zu gefährden, die dann dennoch mehrfach alliierten Bombardements ausgesetzt war. In Rom befanden sich keine deutschen Kampftruppen, sondern nur Verwaltungsstellen, Lazarette und eine schwache Polizeitruppe unter Obersturmbannführer (Oberstleutnant) Herbert Kappler, die Aufstände und Bürgerkriege im ›Hexenkessel‹ Rom verhindern sollte. Den italienischen Kommunisten unter dem aus Moskau zurückgekehrten Togliatti gefiel die deutsche Zurückhaltung nicht, sie wollten Repressalien provozieren, ähnlich wie es bei der Ermordung Heydrichs und dem dadurch verursachten Fall Lidice in der Tschechei geschehen war.

Als am 23. 3. 1944 wie täglich eine Einheit des Polizeiregiments ›Bozen‹, zum Polizeidienst gezogene, ältere Südtiroler Familienväter, durch die Via Rasella in Rom marschierte, wurde von dem Kommunisten Bentivegna neben ihnen heimtückisch ein Sprengsatz gezündet: 32 der Polizisten und acht (oder zehn) anwesende italienische Zivilisten, darunter ein Kind, waren sofort tot, viele schwerverwundet; in den folgenden Tagen erlagen noch zehn Polizisten ihren Verletzungen. Insgesamt gab es also allein 42 deutsche Todesopfer.

Der deutsche Stadtkommandant, General der Luftwaffe Mälzer, wollte in erster berechtigter Erregung über den grausamen Anschlag beim Anblick der vielen Opfer 1000 Geiseln erschießen lassen, wurde aber vom Polizeichef Kappler dahingehend beruhigt, daß man einen Befehl von oben einhole. Nach geltendem Kriegsrecht wurde von dort die sofortige Erschießung von je zehn Geiseln für einen getöteten Polizisten befohlen, nachdem zuerst eine höhere Erschießungsquote angeordnet gewesen war. Gefangene Partisanen wurden freigelassen, damit sie die Täter aufsuchten. Doch diese waren zu feige, sich zu melden, blieben im Untergrund verborgen und luden somit erhebliche Schuld am späteren Tod ihrer Landsleute auf sich.

Auch außerhalb Roms hatten italienische Partisanen viele deutsche Soldaten brutal und heimtückisch aus dem Hinterhalt ermordet, in drei Monaten allein 7000 Mann. Dieses Verhalten konnte von seiten der Deutschen, auch angesichts der nahen Frontlinie südlich von Rom, nicht mehr unbeantwortet bleiben: Eine Abschreckungsmaßnahme war unumgänglich.

Als die Täter sich nicht meldeten, ein weiterer schwerverwundeter Polizist verstarb und der Befehl zur Geislerschießung, gegen dessen Durchführung sich Kappler zunächst gewehrt hatte, nicht zu umgehen war, setzte der Polizeichef vor allem bereits rechtskräftig zum Tode Verurteilte, Raubmörder, Saboteure, Spione, und solche, die ein Todesurteil zu erwarten hatten, auf die Liste. Kinderreiche Familienväter strich er von ihr. Um nicht noch mehr Geiseln wegen weiterhin sterbender Polizisten erschießen zu müssen, ließ Kappler am 24. 3. 1944 in den Ardeatinischen Höhlen (Fossa Ardeatine) bei Rom 335 Geiseln erschießen. Eigentlich hätten nach damals geltendem Kriegsrecht insgesamt sogar 420 erschossen werden dürfen. (Alliierte haben 1945 ungestraft Geislerschießungen an Deutschen – so die Amerikaner bei Paderborn<sup>3</sup> – im Verhältnis bis zu 1: 110 vorgenommen, im Harz 1:200 angedroht.<sup>4</sup>)

Am 3. Mai 1948 wurde der Prozeß gegen den bei Kriegsende in englische Gefangenschaft geratenen Kappler, der eine Flucht abgelehnt hatte, und gegen fünf seiner Untergebenen und an der Geislerschießung Beteiligte vor einem Militärgericht in Rom in haßerfüllter, von den Kommunisten beherrschter Atmosphäre eröffnet. Kappler, der alle Verantwortung auf sich nahm, wurde am 20. Juli 1948 zu lebenslänglicher Festung verurteilt, weil er statt der 330 für die bis dahin verstorbenen 33 Polizisten 335 Geiseln – und damit fünf zuviel und dies angeblich aus eigenem Antrieb – hatte erschießen lassen. Er hatte von der italienischen Polizei 50 Insassen eines Gefängnisses angefordert, jedoch aus nicht mehr aufzuklärenden Gründen waren 55 Geiseln überstellt worden. Die übrigen fünf Angeklagten, darunter drei SS-Offiziere, wurden freigesprochen. Wäre Priebke, der 1947 aus alliierter Gefangenschaft geflohen war, damals unter den Angeklagten gewesen, so wäre ihm ebenfalls ein Freispruch sicher gewesen.

Priebke lebte nach Flucht aus der Gefangenschaft zunächst mit seiner Familie – unangefochten auch während des Kappler-Prozesses 1948 – unter seinem richtigen Namen in Sterzing, Südtirol, seit 1948 mit deutscher Staatsangehörigkeit unter seinem richtigen Namen in Bariloche, Patagonien (Argentinien), war dort als Vorsitzender und einziges Ehrenmitglied des Deutsch-Argentinischen Kulturvereins von Bariloche und als Sprecher der deutschen Landsmannschaft hochangesehen, hatte sich erhebliche Verdienste um die dortige deutsche Kolonie erworben, unter anderem durch

Schüleraustausch mit Deutschland, und arbeitete auch mit der deutschen Botschaft in Argentinien gut zusammen, die seinen Paß für zahlreiche Auslandsreisen, unter anderem elfmal nach Deutschland, zweimal nach Italien und achtmal in die USA, stets ohne Bedenken ausstellte.

1989 wurde nach vielen Jahren sein Fall mit einer Denunzierung durch den in Bariloche tätig gewesenen deutschen Studienrat Fritz Küper in dessen Brief vom 26. 4. 1989 an Frau Beate Clarsfeld in Paris hervorgeholt. Das Simon Wiesenthal Center schaltete sich ein, setzte sich 1994 mit der italienischen Regierung in Verbindung und forderte ein Verfahren gegen Priebke, weil offenbar wieder einmal ein Kriegsverbrecher-Prozeß gegen einen Deutschen nötig war, um politisch im Sinne der Nachkriegspropaganda gegen das deutsche Volk Einfluß zu nehmen. Am 9. 5. 1994 wurde Priebke in Bariloche verhaftet und nach erheblichem diplomatischen Gezerre am 20. 11. 1995 von Argentinien an Italien ausgeliefert.

In diesem Zusammenhang ist interessant, daß Italien nach Kriegsende keinen einzigen Italiener an andere deswegen ersuchende Staaten wie Griechenland, Albanien, Jugoslawien usw. ausgeliefert hat. Auch für die von britischen Militärgerichten zu hohen Freiheitsstrafen oder, wie im Falle des Hauptmanns Godarti, zum Tode verurteilten Italiener hat sich die italienische Regierung mit Erfolg eingesetzt.

### Feststellungen

1. Nicht die Deutschen haben bei Rom ohne Grund ein ›Massaker‹ veranstaltet, sondern die italienischen Kommunisten haben rücksichtslos ein blutiges Gemetzel an Polizisten verübt und dabei auch eine Reihe von Zivilisten ermordet.

2. Nicht Deutsche haben den Tod von italienischen Frauen und Kindern verursacht, sondern die italienischen Kommunisten haben ihn billigend und menschenverachtend bei diesem Attentat in Rom in Kauf genommen.

3. Der kommunistische Anschlag auf die Polizisten war militärisch völlig sinnlos, war keine Befreiungstat, sondern ein heimtückischer Massenmord. Die Kommunisten stilisierten geschichtsfälschend das Attentat zu einer notwendigen Aktion für die Befreiung Italiens um. Mehrere Beteiligte erhielten deswegen nach Kriegsende sogar italienische Orden – so Bentivegna die Silber-, Carla Capponi die Goldmedaille für Tapferkeit. Die Partisanin Capponi wurde Parlamentsabgeordnete und bekam ein Staatsbegräbnis.

4. Der grausame Anschlag sollte in teuflischer Weise dazu dienen, die Deutschen zu unvermeidlichen Repressalien gegen die italienische Bevölkerung zu zwingen, war also vor allem gegen die eigene Zivilbevölkerung gerichtet, diente damit der Volksverhetzung und belastete die Zukunft

zwischen beiden Völkern schwer. Mit Recht wurden die namentlich bekannten und sich der Tat rühmenden Attentäter (Rosario Bentivegna, Carla Capponi, Franco Calamandrei, Giorgio Amendola u. a.) nach Kriegsende von einigen Verwandten erschossener Geiseln in Italien wegen eines nicht durch das Kriegsrecht gedeckten terroristischen Anschlags mit vielen Toten angeklagt. Das Verfahren verlief jahrelang durch alle Instanzen und wurde schließlich am 3. 8. 1957 vom römischen Kassationsgericht ohne Bestrafung der Täter endgültig eingestellt.

5. Die Geislerschießungen waren vom damals geltenden Kriegsrecht völlig gedeckt, also kein Kriegsverbrechen.

6. Es wurden nicht Unschuldige oder gefangene Freiheitskämpfer als Geiseln ausgewählt, sondern vor allem zum Tode Verurteilte und Schwerverbrecher.

7. Die Begründung, mit der die Schuldigsprechung Kapplers erfolgte, daß er fünf Geiseln zuviel habe erschießen lassen, ist rechtlich nicht haltbar.

8. Dieser einzige Schuldspruch (Kapplers) von 1948 hat mit Priebke direkt nichts zu tun.

9. Den anderen fünf wegen Beteiligung an der Geislerschießung angeklagten Kameraden Priebkes wurde selbst 1948 in der noch haßerfüllten ersten Nachkriegszeit die Mitwirkung an einer kriegsrechtlich abgesicherten Repressalie nicht als Strafgrund angerechnet. Während damals nach Kapplers Verurteilung Jubel ausbrach, erfolgte nach dem Freispruch der übrigen fünf Angeklagten kein Protest. Der Freispruch erschien also gerecht. Weitere Beteiligte wurden damals nicht einmal angeklagt. Wie viel mehr hätte dies heute zu gelten!

10. Der Prozeß gegen Priebke, mehr als 50 Jahre nach den damaligen tragischen Vorgängen, sollte ganz offensichtlich nur dazu dienen, in Italien den Kommunisten neuen Einfluß zu verschaffen und zugleich Deutsche in einem globalen Medienfeldzug erneut in aller Welt zu beschuldigen.

11. Der Prozeß in Rom stand unter dem starken Druck der Massenmedien und von Demonstrationen bestimmter Gruppen und Kreise, die an einer Verurteilung sehr interessiert waren. Gegen frühe Hinweise auf einen berechtigten Freispruch wurde heftig und mit viel Moral protestiert.

12. Die deutsche Bundesregierung, die sich auch nicht in früheren Jahrzehnten für den mehr als 30 Jahre in italienischer Festungshaft gehaltenen Kappler einsetzte, selbst als italienische Behörden das anregten, hat nicht nur nichts für den deutschen Staatsbürger Priebke getan, sondern Schritte zu seiner weiteren Verfolgung und Verurteilung eingeleitet.

13. Die deutschen Massenmedien haben meist einseitig und verurteilend, ohne die wahren Ursachen und Hintergründe anzugeben, über den Fall Priebke berichtet und damit in der Regel ein völlig falsches Bild von der damaligen Lage und der angeblichen Schuld des deutschen Offiziers verbreitet.

14. Es sei daran erinnert, daß weder gegen die US-Bomberbesatzungen, die 1945 die Atombomben auf Japan abwarfen, noch gegen die alliierten Piloten, die hunderttausendfachen Tod mit ihrem Bombenterror über deutsche Frauen und Kinder brachten, jemals Verfahren eröffnet oder Schuldsprüche gefällt wurden, von den Millionen Vertreibungsverbrechern an Deutschen ganz zu schweigen.

15. Wenige Stunden nach dem ersten Freispruch Priebkes im August 1996 verfügte der italienische Justizminister Flick eine ›provisorische Haft‹ für den Deutschen. Die Begründung war: »Damit sollte auch dem Bedürfnis der Menge Genüge getan werden, die eine Strafe wünsche.«<sup>5</sup> Das allein beweist schon, daß es hier nicht um das Recht, sondern um reine Politik auf dem Rücken eines Unschuldigen ging. Es verdient alle Achtung, daß das erste italienische Gericht sich nicht dem Druck der Straße beugte.

16. Schon die Auslieferung durch Argentinien war rechtswidrig. Italien hatte sie wegen Mordes verlangt. Doch in Argentinien verjährt dieser nach 15 Jahren. Deshalb lieferte Argentinien Priebke wegen Völkermordes aus, obwohl dieser von Italien nicht vorgeworfen worden war. Denn Völkermord kam erst am 9. 10. 1962 und nicht rückwirkend ins italienische Strafgesetzbuch. Nach der Auslieferung wurde Priebke in Italien wegen Mordes angeklagt, obwohl er deswegen gar nicht ausgeliefert worden war.

17. Noch am Tage des ersten Freispruchs erklärte der (jüdische) Innenminister Argentiniens in Buenos Aires Priebke zur »persona non grata« in seinem Lande, um so dessen Rückreise nach Argentinien zu verhindern.

### Kein Ehrenschutz für Erich Priebke

Der durch einschlägige Umerziehungsfilm hervorgetretene, aus Lodz stammende und seit 1946 in Berlin lebende jüdische Filmproduzent Artur (eigentlich Abraham, ›Atze‹) Brauner hatte nach den Verurteilungen wahrheitswidrig geäußert, Priebke habe als »Kriegsverbrecher zigtausende auf dem Gewissen«. Dessen Klage gegen diese Verleumdung gab das Landgericht Nürnberg-Fürth am 31. 5. 2001 mit dem Hinweis auf die Meinungsfreiheit nicht statt. Die von Rechtsanwalt Richard Pemsel gegen dieses Urteil eingelegte Berufung wies das Oberlandesgericht Nürnberg nach einer Verhandlung am 19. 9. 2002 am 10. 10. 2002 zurück und bestätigte damit das Urteil erster Instanz. Es befand, daß Brauners Äußerung eine zulässige Meinungsäußerung darstelle und daß auch Brauners



Bezeichnung Priebkes im ersten Prozeß im Mai 2001 als »Massenmörder« von der Meinungsfreiheit gedeckt und zulässig sei. In der Begründung heißt es: »Die Grenze zur Schmähkritik ist dabei (noch) nicht überschritten, da nicht die Diffamierung der Person des Klägers, sondern die Auseinandersetzung in der Sache, nämlich die vom Beklagten als nicht vertretbar angesehene Begnadigung des Klägers, im Vordergrund steht.«

Die deutsche Justiz verwehrte also dem untadeligen inhaftierten Offizier auch noch den Ehrenschatz und legte ihm die Verfahrenskosten auf.

### Versäumnisse der Bundesregierung im ähnlichen Falle Kappler

Im Gegensatz zur italienischen Regierung hat die deutsche Bundesregierung sich nicht oder kaum für die angeklagten und verurteilten Landsleute in Italien eingesetzt. Der Stuttgarter Herbert Kappler und der Österreicher Walter Reder blieben bis zu Kapplers Ankunft in der Bundesrepublik 1977 bzw. zu Reders Freilassung 1985 auf der Festung Gaeta in Haft, fast drei Jahrzehnte.

1. Nach der Generalamnestie in Italien hätten 1955 auch die beiden genannten Deutschen in deren Genuß kommen können, wenn eine deutsche Initiative, auf die die römischen Behörden warteten, erfolgt wäre. Der damals amtierende italienische Justizminister gab eine entsprechende Zusage. Deswegen anfragende Bundestagsabgeordnete wurden von der deutschen Botschaft in Rom mit falschen Auskünften bedacht. Erst nach einem Regierungswechsel in Rom erfolgte ein deutscher amtlicher Schritt. Nun fühlte sich jedoch die italienische Regierung an die Zusage ihrer Vorgängerin nicht mehr gebunden. Durch die bewußte Verzögerung von seiten Bonns mußte in Rom der Eindruck entstehen, daß die Bundesregierung sich in Wirklichkeit nicht für die Gefangenen einsetzen wollte.

2. Als sich Verkehrsminister Seebom 1956 für die Verurteilten verwandte, wurde ihm vom Bonner Auswärtigen Amt wahrheitswidrig mitgeteilt, die italienische Regierung wünsche zur Zeit keine entsprechende deutsche Initiative, und die Freilassung sei nur aufgrund eines italienischen Gesetzes möglich. Als dieses Prof. Dr. Mango, Kapplers Anwalt in Rom erfuhr, schrieb er an Helfer Kapplers zurück: »... Soeben erhalte ich Ihre Mitteilung vom 27. 11. und erfahre erneut, daß von seiten des Herrn Brentano (damaliger deutscher Außenminister) ein besonderes System der Lüge befolgt wird. In der Tat, wenn etwas für die Gewährung der Begnadigung sicher ist, so ist es das, daß es keines Sondergesetzes hierfür benötigt. ... Sagen Sie nur Ihren Stuttgarter Freunden, daß das Außenministerium in Bonn auf dem Gebiet der Lüge nicht zu übertreffen ist.«

3. Als im Jahre 1957 bekannt wurde, daß Bundespräsident Heuss zu einem Staatsbesuch nach Rom reisen werde, wurde er von vielen Seiten

aufgefordert, sich für Kappler einzusetzen. Obwohl der damaligen italienischen Regierung ein Besuch der Ardeatinischen Höhlen durch Heuss unerwünscht war, bestand Heuss auf dem Gang zu den Höhlen, was die italienische Regierung sehr verärgerte und nur die Kommunisten jubeln ließ. »Das italienische Protokoll hatte dem Bundespräsidenten erst von einem solchen Schritt abgeraten und dann, als sich die italienische Presse sehr entschieden dafür einsetzte, nur einen Unterstaatssekretär zur Begleitung des Bundespräsidenten bestellt.«<sup>6</sup> Der Chef des italienischen Protokolls, Botschafter Baldoni, bat dann um seine Entlassung. Der 42 deutschen und der italienischen Opfer des kommunistischen Massakers in der Via Rasella gedachte Heuss nicht. Für Priebke traten öffentlich und im Parlament 14 Mitglieder des italienischen Senats und acht Angehörige des italienischen Parlaments ein, dagegen kein Abgeordneter des deutschen Bundestages oder des Bundesrates. Der CDU-Bundestagsabgeordnete Alfred Dregger unterstützte wenigstens ein Gnadengesuch für den Verurteilten. Der Bundespräsident sprach den Fall bei mehreren Besuchen seines italienischen Kollegen trotz Bitten darum nicht an.

4. 1969 setzte sich dagegen die Bundesregierung energisch für die Freilassung von sechs Südkoreanern ein, die der Spionage für die kommunistische Sowjetunion beschuldigt und zum Tode verurteilt worden waren. Eine Delegation unter Ministerialdirektor Frank wurde eigens nach Korea entsandt, weitere Entwicklungshilfe wurde von der Freilassung abhängig gemacht. Nach Rom ging wegen Kappler oder Priebke jedoch keine deutsche Delegation, die italienischen ›Widerstandskämpfer‹ bekamen jedoch 40 Millionen DM von Bonn ohne Gegenleistung. Eine spätere einstimmige Entschließung des Bundestags (15. 12. 1982) für noch Gefangene blieb ohne Wirkung.<sup>7</sup>

1. *Stuttgarter Nachrichten* vom 9. 3. 1998; *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 10. 3. 1998.

2. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 18. 11. 1998.

3. Heinrich Wendig, *Richtigstellungen zur Zeitgeschichte*, Heft 8, Grabert-Verlag, Tübingen 1995, S. 46.

4. Ebenda, Heft 11, 1998, S. 37.

5. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 5. 8. 1996.

6. *Die Welt* vom 26. 11. 1957.

7. Eine Gesamtdarstellung des Falles Priebke bis 1996 findet sich in Gernot Gyseke, *Der Fall Priebke. Richtigstellung und Dokumentation*, Druffel-Verlag, Leoni 1997. In italienischer Sprache liegen vor: Mario Spartaro, *Rapresaglia. Via Rasella e le Ardentina alla Luce del Caso Priebke*, Verlag Settimo Sigillo, Rom 1996, sowie ders., *Dal Caso Priebke als Nazi Gold*, Verlag Settimo Sigillo, Rom 1999. Den Freundeskreis Priebke betreuen H. und H. Kiessler, Baccaratstr. 3/6, D 76593 Gernsbach. Den Fall Kappler beschreibt das Buch Anneliese Kappler, *Ich hole Dich heim. Die Affäre Kappler*, Verlag Anneliese Kappler, Soltau 1990.

# RICHTIGSTELLUNGEN ZUR ZEITGESCHICHTE

von  
**Dr. H. Wendig**  
**Grabert-Verlag**

## Inhaltsübersicht Heft 1–15

### 1. Allgemein

	Heft/Seite
de Staël über Deutschland	3/17
Zweimal Sieger und Besiegte	3/36
Britischer Imperialismus	4/52
Geschichtsfälschung im Elsaß	4/60
»Beethoven war ein Neger«	4/61
Greuelmeldung im Golfkrieg	4/62
Britische Deutschlandhetze	8/7
Sowjetische Vertragsbrüche	8/50
Unter falschem Namen	8/51
Zur Person Winston Churchills	10/26
Zum sog. Vandalismus	12/63

### 2. Erster Weltkrieg und vorher

Das Entstehen einer Greuellüge	1/11
Versenkung der »Lusitania«	1 /12 u. 3 /61
Die abgehackten Kinderhände	2/7
André Gide zu Kinderhänden	10/7
UNO bringt Greuel von 1914	11/56
Churchill in Indien	12/7
Gebet im US-Kongreß	12/9 u. 14/16
Wilhelm II. falsch zitiert	13/7 u. 14/13
Hauptmann von Köpenick	13/8
Th. Mann zur Demokratie	13/11
BRD zahlt noch für Versailles	13/49
Testament Richelieus	14/7
Völkermord an Hereros?	14/11
Brit. Giftgasangriff 1917	14/14

### 3. Weimarer Zeit

Eisners Dokumentenfälschung	1/15
Die Weimarer Nationalversammlung	2/11
Generaloberst Mielke ein Mörder?	2/14
Franzosen gegen Kriegsschuldlüge	3/7
Die Entdeutschung Westpreußens	3/10
Greuel der Tschechischen Legion	4/7
Die Bedeutung der »Curzon-Linie«	4/8
Churchill über jüd. Bolschewismus	4/49

Das Diktat von Versailles	5/9
Weimarer Politik und pol. Mord	5/13
Aufruf Hölz: »Prolet. Standrecht«	5/15
Zweimal Compiègne '18 und '40	6/7
Massaker an Sudetendeutsche 1919	7/7
Legende vom »Ludendorff-Brief«	7/12
Ulmer Reichswehrprozeß 1930	7/30
»Terror der SA« in d. Weim. Rep.	10/8
Deutsche und Polen nach 1918	10/19
Gewerkschaft und Kapp-Putsch	11/7
Noske zum Handeln 1919	12/10
Linke Morde in Weimarer Zeit	12/13
Großdtl. u. Fahne in Weimar	12/18
Brach nur Hitler Versprechen?	13/15
USA und Eugenik	15/7
SPD verharmlost	15/10

### 4. Drittes Reich (Vorkriegszeit)

#### Juden

Abwehrboykott am 1. April 1933	7/14
Aufruf Dt. Juden zum 30.1.1933	10/62
Judenstern 11/10	

#### Kirche

Der wandelbare Herr Niemöller	4/57
Von »Gott segne den Führer« zum »Abfall der Kirche v. Vaterland«	5/16

#### Desinformation

Owens und Hitler 1936	1/18
Lebensborn	1/47 u. 3/61
Bombenschwindel um Guernica	2/15
Attentat im Bürgerbräukeller	2/23
Greuelmärchen über HJ	3/13 u. 15/13
Wiederherst. d. Wehrhoheit 1936	4/15
Rowohlt fälscht Hamsun	4/55
Lügen über den 20.Juni 1934	6/11
Bücherverbrennungen	6/25
Die »Nazi-Olympiade« 1936	10/10
Burckhardt dankt Hitler 1936	10/13
Sorbisch 1933 geduldet	15/12
Hitler und Aids	15/26

#### Österreich

Anschluß an das Reich	2/19
»Vergewaltigung« Österr. 1938	10/15

#### Polen

Chauvinismus in Polen	2/30
Pol. Herzogs- und Königsgeschlecht	5/7
Polens Imperialismus im 20. Jh.	9/7
Die deutsche Stadt Danzig	9/11

Polens Marschall in Siegespose	9/15
Juden in Polen	15/24
<b>Tschechei</b>	
Das Münchner Abkommen 1938	1/20
Tschechische Hochschulen	4/13
1938 keine Tschechen vertrieben	5/21
Die »Tilea-Lüge«	5/22
Moskau hilft 1938 Prag	6/13
Beneschs Vertreibungspläne	8/10
Hacha und Hitler in Berlin 1939	8/14

### Kriegsschuld

Die Lügen des Herrn Rauschnig	1/24
Wer hat Dtl. den Krieg erklärt?	3/18
Der »Potocki-Bericht«	4/18
A.H. »merkwürdigster Ausspruch«	4/21
Telegramm Weizsäckers vom 3.9.1939	4/28
Worte zur Kriegsschuldfrage	6/4
Hitlers Rede zum 22.8.1939	6/15
Die »Tyler Kent-Affäre«	6/19
Amerikas Weg in den Krieg	11/15

### 5. Drittes Reich (Kriegszeit)

#### Polen, Baltikum, Skandinavien

Schw. Madonna v. Tschenstochau	1/28 u. 3/61
Bromberger Blutsonntag	2/25
Zum Norwegenfeldzug	2/35
Universitäten in dt. Lagern	4/26
Schuld am Schicksal d. Baltikums	8/18
Überfall auf Gleiwitzer Sender	8/20
Der Warschauer Aufstand 1944	8/25
Deutscher ehrt Polen	11/13
Warschau Kapitulation 1939	12/21
Dt. Verhalten in Dänemark	13/41 u. 13/43
Terrorangriff auf Wielun?	14/18
Juden-Massaker in Jedwabne	14/27
NKWD-Morde in Lemberg	14/31

#### UdSSR

Churchill schenkt Stalin Ostpr.	1/31
Sowjet-Mord in Katyn	1/32 u. 3/61
Deutsch-russischer Vertrag	3/20
Wer zerstörte Lawra-Kloster?	4/25
Ilja Ehrenburg und die dt. Presse	9/27
Stalins Partisanenbefehl	14/37
War Stalin 39/41 neutral?	12/23 u. 15/17

#### Italien, Griechenland

Deutsche Papst-Entführung?	6/43
Deutsche zerst. n. i. Griechenland	6/45
Unternehmen »Merkur«	7/21

Plündern in Montecassino?	9/19 u. 14/42
Montecassino keine dt. Stellung	13/18
Montecassino irrtümlich zerstört?	14/40

### Frankreich

Compiègne 1918 und 1940	6/7
Der Fall Oradour	6/37
Wer wollte Paris zerstören?	7/30
Fühlten sich Franzosen befreit	11/20
An dt. Truppen in Frankreich	15/19

### Seekrieg

Kriegsverbrechen zur See	1/36
Der »Laconia«-Fall	6/28
Dönitz und Seekriegführung	11/26
Stukas und Briten	12/26

### Bombenkrieg

Alliierte begannen Bombenterror	5/28
Möhne- und Edertalsperre	6/31
US-Bomben auf Schweiz	12/28
Terrorangriff Pforzheim, Heilbronn	12/29
Wer begann Bombenkrieg?	14/21
Alliierte zerstörten Nantes	14/34
Brit. Terrorangriff auf Paris	15/21

### Partisanen

Der Fall Marzabotto	1/38
Titopartisanen in Kärnten	1/43
Verbrechen der Tito-Banden	7/43
Poln. Partisanen morden	14/36
Blutbad von San Miniato	14/38
Partisanen von Kalavrita	14/43
Italienische Partisanen	15/27

### Lager

Seife aus Menschenfett?	1/49 u. 3/61
Gaskammern in Ravensbrück	1/51
Lügen um Prinzessin Mafalda	2/45
Die »Menschenmühle von Belzec«	3/42
Kreuzigungen in Dachau?	3/45
Herzverpflanzung in KL	3/46
Keine Morde in Theresienstadt	5/47
Greuelmärchen aus Mauthausen	5/49
Keine Vergasungen im Altreich	5/50
Japaner in US-KZ	6/26
Revision KZ-Opferzahlen	6/53 u. 15/28
Alliierte Morde in Salzwedel	7/28
Zum Schicksal der Zigeuner	8/36
Erfundene Tote im KL Kemna	8/42
Elie Wiesel fälscht	8/43 u. 14/53
Aussage GFM von Weichs	11/30
Judentransporte in Schweiz 1945	11/32

Wilkomirski-Biographie falsch 13/54  
Lager bei Hitler u.Stalin 15/43

## Wehrmacht, Waffen-SS

Wie sich Legenden fortpflanzen 2/40  
10 Gebote für deutsche Soldaten 2/44  
Beschuldigungen gegen SS 5/33  
Dt. schändeten nicht Tolstois Grab 5/36  
»Russen am Erzkogl erschossen« 7/35  
Gorbach, Galen über dt. Soldaten 7/36  
SS erschöß keine Hiwis 8/28  
Dt. ermordeten keine Parlamentäre 8/30  
»Geislerschießung« in Czenstochau 9/17  
Wehrmacht entläßt Kriegsgef. 10/23  
LAH erschöß nicht Gefangene 10/29  
Verbrechen der Wehrmacht? 10/31  
Geschichtsfälschung in Post 10/34  
Maser: Sold.-briefe über 20. Juli 10/35  
Rovaniemi nicht angezündet 11/40  
Crailsheims Zerstörung 1945 11/42  
Wehrmacht als Besatzung 13/20

## Alliierte Planungen und Kriegsverbrechen

Nizer: Was mit Dtl. tun? 1/55 u.13/29  
Hemingway als Mörder 1/59  
Massaker von Lippach 2/47  
Dtl. muß vernichtet werden 2/53  
Die Alliierten und Giftgas 3/25  
Milzbrandverseuchung Dtls. 3/31  
»van-Imhoff«-Kriegsverbrechen 3/33  
Die Morde von Eberstetten 3/39  
Deutsche mit Strontium töten 4/23  
Plünderung Freudenstadts 1945 4/29  
Engl. Überfall auf Mers-el-Kebir 5/25  
Zitat amerikan. Kriegführung 5/32  
Der Fall Nemmersdorf 5/39  
Zitate Churchill als Kriegstreiber 5/44  
Französische Kriegsverbrechen 8/32  
US-Erschießungsquote 8/46  
Tragödie v. 5000 dt. Offizieren 9/36  
Gefangenemorde b. Jungholz. 10/44  
Besetzung durch Amerikaner 11/22  
Geislerschießungen 11/34  
Alliierte lassen Deutsche verhungern 11/45  
Gefangennahme GFM Milch 12/31  
Gefangennahme Reichsregierung 12/33  
Djilas erledigt »Schwaben« 12/35  
Lindbergh über US-Kriegführung 12/50  
Amerikaner über Kriegführung 12/54  
Direktive JCS 1067 12/57  
Massaker von Nachod 13/30  
Morde dänischer Widerständler 13/40  
Hemingway will Sterilisierung 13/46

Kaufman fordert Sterilisierung 13/47  
Leclercs Kriegsverbrechen 14/47  
Geisel-Ersch. in Reutlingen 14/51  
Britische Juden-KZ auf Mauritius 15/15

## Desinformation

Der gefälschte Möldersbrief 1/29  
BBC trieb Kriegspropaganda 5/58  
Die Mär vom gehunfähigen Hitler 6/34  
Der gefälschte Freisler-Brief 6/48  
Speers Attentatsversuch 6/52  
Hoßbach »Protokoll« 7/16  
Sex i m Führer-Sonderzug? 7/19  
Brit. Aufruf zur Greuelpropaganda 7/26  
HJ hackt Köpfe ab? 13/22  
Fremdarbeiter v. Helgoland 13/38  
»Braver Soldat Schimek« 14/49  
Todesspritze für Soldaten? 15/33

## »Sonstiges

Friedensplan von Carl Goerdeler 2/50  
Plünderer in London 1940 6/25  
Roosevelt vernachl. Warnungen 9/23  
Wollte Hitler keine Atombombe? 10/38  
GFM Rommels Religion 11/39  
Fälschung Goebbels-Rede 13/21  
Japan kapitulationsbereit 13/45

## 6. Nachkriegszeit

### Vertreibungen

Vertreibungsverluste 1/42  
Vom Sterben schlesischer Priester 4/43  
Verbrechen der Tito-Banden 7/43  
Brandt u. Wehner zu Ostgebieten 10/22  
Behörden für Grabschändung 10/48  
Prags Erzbischof für Vertreibung 10/59  
Kohl zu Oder-Neiße-Linie 13/52  
Aussagen zu Ostprovinzen 14/60  
Benesch-Dekrete 15/35  
Unterdrückung d. Vertreibung 15/41

### Kriegsverbrecherprozesse

Aus der Nürnberger Rachejustiz 2/63  
Deutsche wegen Katyn gehängt 4/35  
Dibelius »Siegerjustiz in Nürnberg« 5/51  
Nürnberger Siegerjustiz 7/57 u. 8/47  
Ein Beispiel alliierter Siegerjustiz 9/38  
Morde in Landsberg 10/53  
Landsberger Stadtrat 1950 10/54

### Alliierte Lager u. Verbrechen

Alliierte Konzentrationslager 2/61  
Amerik. lassen Dt. verhungern 5/52

US-Massenmord in My Lai	12/59	Hunger als Nachkriegswaffe	11/53
Gefangenenmorde in Paris	13/23	Mord an 3 SS-Männern	12/38
Ermordung dt. Gefangener	13/25	Die Morde von Haar	12/39
Erschießungen v. Reichenhall	13/34	Massenvergewaltigungen	12/42
Minensuchen in Dänemark	13/42	Gefangene in Großbritannien	12/46
Kindersterben in Dänemark	13/44	Besatzungsterror in Tübingen	13/32
US-Kriegsverbrechen in Korea	13/48		
USA u. Atombombenversuche	15/45		

## Desinformation

Die alliierte Umerziehung	1/7
Der Film Teutonenschwert	1/53
Tigerpanzer in Nesselwang 1985?	1/58
»Todesmühlen mahlen«	2/59 u. 8/39
Der UFA-Film »Kolberg«	3/51
Toter Kampfflieger bombte	3/53
Fälschung der Bundesprüfstelle	3/58
ZDF fälscht U 234-Fahrt	5/42
Zahlenspiele mit Rußlands Toten	5/45
Deutsche erfinden Greuelmärchen	7/59
Übersetzer fälschen	7/61 u. 9/54
Wie Hermlin lügt	8/56
Kein Mord im NS-Kinderheim	8/34
Bildfälschungen zu Lasten Dtl.	8/40
Falsches über Auschwitz 1995	9/43
WDR erweckt falschen Anschein	9/49
Politiker nennen falsche Zahlen	9/52
Fernsehen erfindet Vergasungen	10/46
Kein dt. Sprengstoff-Spielzeug	10/57
Anti-Wehrmachtausstellung	11/49 u. 13/57
Kein Mord an russ. Fußballern	11/55
Möbel aus Menschenknochen	12/44
Fälschung Kapitulationsurkunde	15/46

## Juden

Das Juden-Pogrom von Kielce	4/48
Die Exodus-Tragödie	6/56
Israel. Mordkommandos	7/46,7/48,12/37
Ein vergessener Jude	10/61

## Behandlung Bevölkerung 1945

Flugkapitän Hanna Reitsch	3/55
Zur Befreiung Deutschlands 1945	4/32
Schweden lieferte Deutsche aus	4/39
Quedlinburger Domschatz	5/54
Orden-Klau der Alliierten	5/56
Franz. Verbrechen in Stuttgart	7/32
Polnisches KZ Lamsdorf	7/37
Alliierte verbieten Verständigung	10/41
Franzosen in Stuttgart 1945	10/51
Rost v. Tonningen Selbstmord?	11/28
Massenmord von Prerau 1945	11/44
Mord schlesischer Priester	11/46

## Über Wehrmacht, SS und Deutsche

Die dt. Wehrmacht im Urteil	2/42
Zwei US-Generale über Deutschland	3/38
Zitate über deutsche Soldaten	4/42
Zitat Romeo über deutsche Soldaten	5/46
v. Habsburg über Sühnedeutsche	7/5
Urteile über deutsche Besatzung	7/31
Gorbach, Galen über dt. Soldaten	7/36
Adenauer über Soldaten, SS	7/51
Schmidt über Waffen-SS	10/25
20. Juli in britischer Presse	10/36
Liddell Hart über deutsche Armee	10/40
Italiener über Wehrmacht	10/50
Ukrainer über deutsche Soldaten	13/61
Ehrenerklärung f. deutsche Soldaten	14/58

## Adenauer

Adenauers Deutschland-Verrat	8/57
Adenauer und Gefangene	9/45

## Sonstiges

Hakenkreuze in Köln 1959	3/48
Mord durch Widerständler straffrei	4/38
UNO-Feindstaatenartikel	4/50 u. 15/50
Für Bomber-Harris ein Denkmal	5/60
Niedersachsenlied faschistisch?	5/62
Worte vor Wiedervereinigung	6/58
Stuttgarter Schuldbekennnis	7/52
Ermordung von Siegfried Buback	7/62
»Flamme empor« nazistisch?	8/60
Revisionisten ins Irrenhaus?	8/62
UNO – Organ der Siegermächte	9/47
Wenn Jenner und Bubis	9/56
»Tschechien« von Haß erfunden	9/58
Der Betrug des Jahrhunderts	9/60
Dank für »Befreiung« Breslaus	11/58
Arroganz der Fernsehwoche	11/60
Hufeisen statt Hakenkreuz	11/61
Lizenzpresse	12/56
Otto John als Verräter	12/60
Fritz Fischer u. Quellen	13/63
Carl Schmitt falsch zitiert	14/55
Feindstaatenliste u. -klauseln	15/50
»Zehn kleine Negerlein« umbenannt	15/53
Italien befördert Soldaten	15/55
Fall Erich Priebke	15/57

# DIE EUROPÄISCHE KATASTROPHE

## Der 30jährige Krieg des 20. Jahrhunderts

*»Ich widme dieses Buch den Angehörigen meiner Generation die tapfer für ihr Vaterland gekämpft haben und dabei gefallen oder verschollen sind, die unschuldig gequält und aus ihrer Heimat vertrieben wurden, die den Krieg überlebt haben und am Aufbau einer besseren Welt arbeiten, die geschmäht und beschimpft werden und dennoch fragen:  
Warum ist das alles so gekommen, wie es gekommen ist?«*

GERHARD BAUMFALK

Historiker und Politiker haben in den letzten Jahren bei der Bewertung des 20. Jahrhunderts mehrfach von dem neuen Dreißigjährigen Krieg gesprochen und zu Recht beide Weltkriege als Teile einer großen Auseinandersetzung angesehen. Immer deutlicher wird erkannt, daß der Zweite Weltkrieg nicht ohne den Ersten verstanden werden kann, daß sogar für diesen auf die Entscheidung von 1871 zurückgegriffen werden muß. Es ist viel zu einfach und blockiert das tiefere Verständnis, wenn man, wie es heute meist geschieht, bei 1933 beginnt und allein Hitler für die Tragödie des Zweiten Weltkrieges und die Nachkriegszeit verantwortlich macht. Dennoch liegt kaum eine sachliche und objektive Darstellung dieses ganzen Zusammenhanges vor. Diese Lücke füllt das vorliegende umfangreiche Werk endlich aus. Es bringt in übersichtlicher und leicht verständlicher Form diese Wechselwirkungen. Der Benutzer erhält zuverlässige Information, auch solche, die von der herrschenden Political Correctness gern verschwiegen wird. Rund 150 Abbildungen und zahlreiche Tabellen vervollständigen dieses praktische Nachschlagewerk und machen es zu einem Handbuch der Geschichte des 20. Jahrhunderts.



### Gerhard Baumfalk **Tatsachen zur Kriegsschuldfrage**

Diplomatie – Politik – Hintergrund  
752 S., Ln., 150 Abb. € 34,90

*»Wer die Geschichte eines Volkes  
verbiegt, macht es krank.«*

Paul Schmidt-Carell

## GRABERT-VERLAG TÜBINGEN

72006 Tübingen · Postfach 1629  
Tel. 07071/4070-0 · Fax 07071/40 70 26

## Bestellschein Hiermit bestelle ich

- Expl. Wendig: Richtigstellungen Nr. 1
- Expl. Wendig: Richtigstellungen Nr. 2
- Expl. Wendig: Richtigstellungen Nr. 3
- Expl. Wendig: Richtigstellungen Nr. 4
- Expl. Wendig: Richtigstellungen Nr. 5
- Expl. Wendig: Richtigstellungen Nr. 6
- Expl. Wendig: Richtigstellungen Nr. 7
- Expl. Wendig: Richtigstellungen Nr. 8
- Expl. Wendig: Richtigstellungen Nr. 9
- Expl. Wendig: Richtigstellungen Nr. 10
- Expl. Wendig: Richtigstellungen Nr. 11
- Expl. Wendig: Richtigstellungen Nr. 12
- Expl. Wendig: Richtigstellungen Nr. 13
- Expl. Wendig: Richtigstellungen Nr. 14
- Expl. Wendig: Richtigstellungen Nr. 15
- Expl. Wittmann: Streit Herkunft d. Slawen

**Einzelheft € 7.20; im Abonnement € 5.- ; ab 10 Expl. je € 3.10; ab 50 Expl. je € 2.10**

**Kunden-Nummer  
nicht vergessen!**

Name/Vorname: \_\_\_\_\_

Straße: \_\_\_\_\_

PLZ, Ort: \_\_\_\_\_

Postkarte

**Grabert-Verlag**  
**Postfach 1629**  
**D-72006 Tübingen**

Walter Post

## **DIE URSACHEN DES ZWEITEN WELTKRIEGES**

*Ein Grundriß der internationalen Diplomatie  
von Versailles bis Pearl Harbor*

624 Seiten, Leinen, zahlreiche Abbildungen € 29.80 ISBN 3-87847-205-6

Post gelingt in seinem umfangreichen Werk eine historiographische Meisterleistung. Er bezieht alle beteiligten Mächte, ihre treibenden Motive, ihre führenden Politiker in das globale Szenario. Denn tatsächlich wurde der Krieg von 1939 erst dadurch zum Weltkrieg, daß außereuropäische Mächte gleichzeitig auch auf entfernten Schauplätzen massive Interessenpolitik betrieben – die ihrerseits wieder auf Europa zurückwirkte. Vor allem die Einbeziehung der Ereignisse im Fernen Osten, die Post überaus kenntnisreich referiert, bedeutet für die Diskussion um den Ausbruch des Zweiten Weltkrieges eine erhebliche Horizont-erweiterung. Die Lektüre dieses Buches ersetzt das Lesen ganzer Bibliotheken und vermittelt überzeugend, wie es damals wirklich war. Die verwirrende Vielfalt der Fakten, Zitate und Ereignisse fügt sich in seinem Werk zu einem stimmigen Ganzen von erheblicher Überzeugungskraft. Es wird den Verfechtern einer etablierten, politisch korrekten Gesinnungshistoriographie manche Nuß zu knacken geben. Dieser »Post« ist ein echtes Standardwerk zur Kriegsschuldfrage!

**GRABERT**  
72006 Tübingen



**TÜBINGEN**  
Postfach 1629